

TEXTE

17/2018

Diskurse zum guten Leben: Analyse ihrer Begriffe, ihrer Akteure und damit verbundener politischer Strategien

Zwischenbericht

TEXTE 17/2018

Umweltforschungsplan des
Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Forschungskennzahl 3714 11 100 0

Diskurse zum guten Leben: Analyse ihrer Begriffe, ihrer Akteure und damit verbundener politischer Strategien

Zwischenbericht

von

Eugen Pissarskoi, Thomas Vogelpohl, Tanja Schäfer, Ulrich Petschow
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Berlin

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
info@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

Durchführung der Studie:

Institut für ökologische
Wirtschaftsforschung (IÖW)
Potsdamer Straße 105
10785 Berlin

Abschlussdatum:

Dezember 2017

Redaktion:

Fachgebiet

I 1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien, Ressourcenschonung
Anne Klatt

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

ISSN 1862-4359

Dessau-Roßlau, Februar 2018

Das diesem Bericht zu Grunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unter der Forschungskennzahl 3714 11 100 0 finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Kurzbeschreibung

Dass das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung auch das Ziel beinhaltet, gutes Leben für alle Menschen weltweit und in der Zukunft zu ermöglichen, dürfte unumstritten sein. In den letzten Jahren haben Diskurse zum Thema gutes Leben in öffentlichen Debatten deutliche Verbreitung gefunden. Gleichwohl sind ihre Beziehungen zur Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ungeklärt. Dieser Bericht ist der erste Teil von zwei Berichten, die das Ziel verfolgen, diese Bezüge herauszuarbeiten. Dieser Teil widmet sich der konzeptuellen Analyse von ausgewählten Diskursen zum guten Leben, um Voraussetzungen zu schaffen, um im zweiten Teil ihre Beziehungen zu den Belangen nachhaltiger Entwicklung zu erarbeiten.

Drei aktuelle Diskurse, in denen Auffassungen guten Lebens eine zentrale Rolle spielen, haben wir für die Analyse herangezogen: den zivilgesellschaftlich geprägten Postwachstumsdiskurs, die auf der politisch-institutionellen Ebene vorangetriebene Debatte „Beyond-GDP“ sowie die auf der Grundlage der aktuellen Ergebnisse aus der ökonomisch-psychologischen Glücksforschung resultierenden Diskurs zum Glück als Indikator guten Lebens. Für jeden dieser Diskurse arbeiten wir heraus, welche Auffassung guten Lebens dort jeweils unterstellt wird, welche zentralen Akteure sich an dem Diskurs beteiligen und welche politischen Implikationen innerhalb der Diskurse geschlussfolgert werden.

Aus diesen Analysen ziehen wir vorläufige Schlussfolgerungen hinsichtlich der Bezüge dieser Diskurse zur Nachhaltigkeitspolitik: Diskurse zum guten Leben sind prinzipiell anschlussfähig an Themen der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. Jedoch lassen sich grundlegende Unterschiede hinsichtlich ihrer tatsächlichen Bezüge zu Nachhaltigkeitsbelangen feststellen: Der Diskurs mit der größten inhaltlichen Nähe zum Konzept der starken Nachhaltigkeit (Postwachstumsdiskurs) hat die geringste Wirkmächtigkeit auf der politisch-administrativen Ebene. Der Glücksdiskurs hat hingegen die stärkste Wirkung auf der politisch-administrativen Ebene, aber Nachhaltigkeitsbelange spielen darin die geringste Rolle.

Abstract

It is beyond reasonable doubt that sustainable development pursues the goal to provide all people worldwide and in the future the ability to lead a good life. Discourses about a good life have gained public attention over the last years. However, it is unclear how these discourses are related to the goals of sustainable development. This report is a first part of two reports analysing this relationship. This first part focuses on a conceptual analysis of three prominent discourses about a good life. Thereby it provides the basis for a detailed analysis of the relationships between the discourses and the concerns of sustainable development.

This report analyses three discourses in which conceptions of a good life play a salient role: the Degrowth discourse mainly lead within civil society, the “Beyond-GDP” debate triggered off at the political-administrative level, and the discourse on happiness based on the results of research in economics and psychology. We analyse the particular conception of a good life for each of these discourses, identify their main stakeholders as well as the political implications and recommendations brought forward within the particular discourses.

On the basis of this analysis, we draw preliminary conclusions with regard to the relationship between the good-life discourses and sustainability policy. All these discourses consider subjects which are relevant for the environmental and sustainability policy. However, there are substantial differences with regard to in how far sustainability aspects are addressed within the particular discourses. The Degrowth discourse, being the closest ally of strong sustainability, has the weakest efficacy on the political-administrative level. On the other hand, the happiness discourse has already reached political efficacy but sustainability topics play there the weakest role.

DANKSAGUNG

Wir danken Maria Lindow für die Koordination der Fertigstellung der Veröffentlichung, unserer studentischen Mitarbeiter/innen Laura Theuer und Katja George für ihre tatkräftige Unterstützung, den Teilnehmer/innen des Kolloquiums „Diskurse zum guten Leben und ihre Relevanz für die Nachhaltigkeitspolitik“ am 14.03.16 am BMUB für ihren hilfreichen Input und insbesondere den Kommentator/innen des Kolloquiums

- ▶ Nina Treu (Konzeptwerk Neue Ökonomie, Leipzig)
- ▶ Heino von Meyer (OECD Berlin)
- ▶ Prof. Dr. Jan Delhey (Universität Magdeburg)
- ▶ Prof. Dr. Stephan Lessenich (LMU München)
- ▶ Prof. Dr. Doris Fuchs (Universität Münster)

für ihre konstruktiv-kritischen Anregungen.

Nicht zuletzt möchten wir der Fachbegleitung am Umweltbundesamt, Anne Klatt, für die zielgerichtete und die politische Relevanz des Vorhabens nicht aus den Augen verlierende Koordination des Projektes danken.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	7
Abbildungsverzeichnis	9
Tabellenverzeichnis	10
Zusammenfassung	11
Summary	17
1 Einleitung	22
1.1 Hintergrund und Zielsetzung	22
1.2 Synergien und Abgrenzung zu anderen Forschungsvorhaben am Umweltbundesamt	23
1.3 Motivation der Auswahl der zu analysierenden Diskurse	23
1.4 Methodisches Vorgehen	26
2 Diskurse zum guten Leben	31
2.1 Beyond-GDP: Alternative Indikatorensysteme	31
2.1.1 Genese des Diskurses	31
2.1.2 Gehalt der Auffassung Guten Lebens	32
2.1.3 Beteiligte Akteure	38
2.1.4 Bezüge zur politischen Ordnung	39
2.2 Postwachstum	39
2.2.1 Genese des Diskurses	39
2.2.2 Gehalt der Auffassung Guten Lebens	41
2.2.3 Beteiligte Akteure	44
2.2.4 Bezüge zur politischen Ordnung	45
2.3 Glück	46
2.3.1 Genese des Diskurses	46
2.3.2 Gehalt der Auffassung guten Lebens	48
2.3.3 Beteiligte Akteure	51
2.3.4 Bezüge zur politischen Ordnung	53
3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie Bezüge zwischen den Diskursen zum guten Leben	56
3.1 Inhaltliche Bezüge	56
3.2 Beteiligte Akteure und personelle Bezüge	58
3.3 Bezüge zur politischen Ordnung	58
4 Vorläufige Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Relevanz der Diskurse für die Nachhaltigkeitspolitik	62

5	Quellenverzeichnis.....	66
6	Anhang.....	69
6.1	Darstellungen der Dashboard-Indikatoren für die Lebensqualität.....	69
6.1.1	Enquete-Kommission	69
6.1.2	Jahreswohlstandsbericht	70
6.2	OECD-Indikatoren für die Messung der Nachhaltigkeit.....	71
6.3	Ergebnisse der Diskussionsmedienanalyse.....	72

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Übersicht Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Diskurse zum guten Leben	61
Abbildung 2:	Leitindikatoren.....	69
Abbildung 3:	Indikatorenansatz mit Warnlampen.....	69
Abbildung 4:	Überblick über die Darstellung der Indikatoren im Jahreswohlstandsbericht	70
Abbildung 5:	OECD-Indikatoren	71

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Kriterien für die Diskursauswahl.....	24
Tabelle 2:	Kriterienraster der Diskursanalyse	27
Tabelle 3:	Übersicht über Indikatoren und Wohlstandsdimensionen	34
Tabelle 4:	Anzahl der Beiträge der untersuchten Blogs, politischen Stiftungen und Konferenzen zu den jeweiligen Themen	72

Zusammenfassung

Die Forderung nach der Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft beinhaltet die Forderung an früh industrialisierte Länder wie Deutschland, eine Lebens- und Wirtschaftsweise zu etablieren, bei der grundlegende Prinzipien globaler, intergenerationaler und sozialer Gerechtigkeit gewahrt werden. Solche Gerechtigkeitsprinzipien bestimmen, wie etwas verteilt werden soll. Worin dieses zu verteilende Etwas besteht, wird von den vielfältigen gegenwärtigen Diskursen um die Begriffe Wohlbefinden, Wohlergehen, Lebensqualität, Lebenszufriedenheit, Glück oder gutes bzw. gelingendes Leben diskutiert. Gemein ist den Diskursen, dass sie Konzeptionen dessen entwickeln, was der Gegenstand der gesellschaftlichen Entwicklung sein soll. In den Diskursen werden die Begriffe jedoch uneinheitlich verwendet und es gibt unterschiedliche Konzepte des guten Lebens, die zum Teil gar in politischer Konkurrenz zueinander stehen.

Mit diesem Bericht verfolgen wir das Ziel, mehr Klarheit in das Dickicht von Konzepten guten Lebens hineinzubringen, indem wir ihre inhaltlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten. Bei den von uns analysierten Diskursen handelt es sich um den zivilgesellschaftlich geprägten Postwachstumsdiskurs, die auf der politisch-institutioneller Ebene vorangetriebenen Debatte „Beyond-GDP“ und die wirtschaftswissenschaftliche Glücksforschung. Im Folgenden präsentieren wir die Ergebnisse unserer Analyse.

Gehalte der drei Diskurse zum guten Leben

Die ausgewählten Diskurse zum guten Leben teilen einen gemeinsamen zeitgeschichtlichen und inhaltlichen Ausgangspunkt, nämlich die Infragestellung der Fortführung des kapitalistischen Fortschritts- und Entwicklungsmodells im Zuge der Krise des fordistischen Wohlfahrtsstaats und des Aufkommens der ökologischen Frage während der 1970er Jahre, welche sich in den Debatten um die Grenzen des Wachstums kristallisierte. Sie üben allesamt Kritik an der Nutzung des Bruttoinlandsprodukts als wesentliches Maß für gesellschaftlichen Fortschritt

Der **Beyond-GDP**-Diskurs ist aus der Arbeit wissenschaftlicher Akteure (einen Kristallisationspunkt stellt die vom französischen Präsidenten eingesetzte Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission¹) hervorgegangen. Er selbst spielt sich vor allem in der politisch-institutionellen Arena ab: OECD, Eurostat, statistische Ämter, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; in Deutschland ist die Debatte auch durch die Arbeit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ vorangetrieben worden. Sein Anliegen besteht darin, international messbare und vergleichbare Indikatoren für gesellschaftlichen Fortschritt zu erarbeiten, die über das BIP hinausgehen. Die der Operationalisierung konzeptuell vorgelagerte Frage, worin das gute Leben besteht, wird innerhalb dieses Diskurses nur marginal aufgegriffen. Vielmehr übernehmen Diskurs-Akteure die normativen Bestandteile dessen, was der Indikator guten Lebens zu messen hat, aus dem Bericht der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission. Letztere hat vorgeschlagen, Lebensqualität mittels einer so genannte „Dashboard-Konzeption“ zu operationalisieren und folgende Wertdimensionen unterschieden: materieller Lebensstandard, Gesundheit, Bildung, persönliche Tätigkeiten, soziale Beziehungen, politische Teilhabe, ökonomische und physische Sicherheit sowie Umwelt.

Der **Postwachstumsdiskurs** (im Englischen unter dem Namen „Degrowth“ verbreitet) hat sich innerhalb der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren etabliert. In diesem Diskurs wird ebenfalls – teils expli-

¹ Dies ist eine im Jahr 2008 vom damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy eingesetzte, nach ihren Leitern Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi benannte Kommission. Sie untersuchte, wie sich Wohlstand und sozialer Fortschritt messen lassen.

zeit – nach alternativen Auffassungen guten Lebens gesucht und es finden sich Bezüge zu verschiedenen Auffassungen guten Lebens. Prominent ist die Sichtweise, dass gutes Leben darin besteht, eine Vielfalt von Werten – Bestandteilen guten Lebens – realisieren zu können. Diese Werte sollen aber nicht maximiert, sondern in einem ausgewogenen Maße realisiert werden. Gegen die wohlhabenden Wachstumsgesellschaften wird innerhalb des Diskurses eingewandt, dass darin ein Bestandteil guten Lebens – materieller Wohlstand – in einem Maße realisiert wird, das dem guten Leben insgesamt abträglich ist. Andere Bestandteile guten Lebens werden hingegen nicht ausreichend gefördert: zum Beispiel soziales Miteinander, Solidarität, Altruismus, Kooperation, Freizeitgenuss, Ethos des Spielens, Autonomie, Selbstbestimmung oder Freiheit.

In den Sozialwissenschaften hat sich in den letzten Jahren die **Glücksforschung** in zahlreichen Disziplinen fest etabliert (Ökonomik, Psychologie, Pädagogik), aber auch Naturwissenschaftler/innen beschäftigen sich damit (z. B. Neurowissenschaften). In dieser akademischen Debatte steht Glück als eine bestimmte Auffassung dessen, was gutes Leben ausmacht, im Mittelpunkt. In diesem Diskurs geht es wesentlich um die Erhebung und Förderung des Glücks gegenwärtig lebender Menschen, während Belange zukünftiger Generationen oder ökologische Aspekte kaum erwähnt werden. Einige gesellschaftliche Akteure schlagen vor, politisches Handeln auf das Ziel der Maximierung des subjektiven Wohlbefindens auszurichten und beispielsweise Gesetze auf ihren Beitrag zu diesem zu prüfen. Insbesondere in Großbritannien wird diese Forderung durch Wissenschaftler/innen und Thinktanks prominent vertreten.

Inhaltliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Diskurse

Die drei Diskurse unterscheiden sich in ihrer normativen Grundausrichtung. Während es sich bei der politisch-administrativen **Beyond-GDP**-Debatte um einen Diskurs handelt, der weitgehend auf der deskriptiven Ebene stattfindet und das Ziel verfolgt, einen international vergleichbaren und statistisch verlässlichen Indikator zur Messung der gesellschaftlichen Lebensqualität zu operationalisieren, nehmen die anderen beiden Diskurse eine explizite, normative Position zur Frage, worin gutes Leben bestehe, ein. Diese unterscheiden sich wiederum grundlegend. So liegt dem **Glücksdiskurs** eine eindeutig subjektivistische Auffassung dessen zugrunde, was Politik und Gesellschaft als Handlungsmaxime dienen sollte. Neben dem subjektiven Wohlergehen treten alle weiteren normative Belange in den Hintergrund. Faktoren wie eine intakte Umwelt, Freiheit, Solidarität oder materieller Wohlstand wird lediglich ein instrumenteller Charakter zugewiesen. Demgegenüber zeichnet sich der **Postwachstumsdiskurs** durch eine pluralistische Auffassung des guten Lebens aus. Als dessen Quellen wird eine Vielfalt intrinsischer Werte (z.B. Autonomie, Solidarität, Genügsamkeit) diskutiert. Einige Autor/innen empfehlen, den normativen Kern des guten Lebens in partizipativen, demokratischen Deliberationsprozessen erst zu bestimmen. Zudem unterscheidet sich der Postwachstumsdiskurs in der Betonung von Genügsamkeit bzw. Suffizienz von den anderen beiden Debattensträngen.

Die drei Diskurse beziehen sich allesamt auf das gute Leben für heute lebende Menschen. Allerdings unterscheiden sie sich hinsichtlich der **Berücksichtigung zukünftiger Generationen** und nicht-menschlicher Lebewesen. Der Glücksdiskurs ordnet ihnen keinen eigenen Wert zu. Im Rahmen des Beyond-GDP-Diskurses wird diese Frage kontrovers diskutiert. Einige Diskursteilnehmer/innen argumentieren dafür, den Zustand der Natur sowie Gefahren für zukünftige Generationen in Indikatoren der gesellschaftlichen Lebensqualität abzubilden. Im Postwachstumsdiskurs liegt eine global und intergenerationell verallgemeinerbare Vorstellung der Lebensqualität zugrunde.

Unterschiede hinsichtlich der beteiligten Akteure

Die an den drei hier analysierten Diskursen beteiligten Akteure unterscheiden sich von Diskurs zu Diskurs erheblich. So ist der Postwachstums-Diskurs am stärksten zivilgesellschaftlich geprägt, die Indikatoren-debatte am stärksten von Akteuren aus Politik und Verwaltung und der Glücksdiskurs am

stärksten von Wissenschaft und privaten Thinktanks; Akteure aus der Wirtschaft nehmen in allen drei Diskursen eine marginale Rolle ein. Zudem sind die Diskurse nicht nur **intern homogen**, sondern weisen auch nur **geringe personelle Überschneidungen** auf. Dies kann auf die unterschiedliche sozio-kulturelle Genese der Diskurse zurückgeführt werden. Der wirtschaftswissenschaftliche Glücksdiskurs ist liberal-konservativ geprägt, während der Postwachstumdiskurs vor einem kapitalismuskritischen und sozio-ökologischen Hintergrund stattfindet. Der Indikatorendebatte ist in einen politisch-administrativen Kontext eingebettet.

Bezüge der Diskurse zur politischen Ordnung

Die betrachteten Diskurse unterscheiden sich auch hinsichtlich ihrer politischen Implikationen. Am schwächsten ausgeprägt sind die Bezüge zur politischen Ordnung in der **Beyond-GDP**-Debatte. Zwar sollen die entwickelten Indikatoren Entscheidungsträger/innen als Orientierung hinsichtlich der Lebensqualität der Bürger/innen dienen. Aufgrund des deskriptiven Charakters der Debatte findet dort jedoch keine explizite Diskussion von politischen Maßnahmen und der Rolle staatlicher Akteure statt. Demgegenüber lassen sich aus den anderen beiden Diskursen Politikimplikationen ableiten. So ist im **Glücksdiskurs** das Konzept des libertären Paternalismus verbreitet, gemäß dem der Staat seine Bürger/innen auf Grundlage der Erkenntnisse der Glücksforschung beeinflussen soll. Daraus wird eine zentrale Rolle der Wissenschaft zugesprochen. Als politische Maßnahme zur Steigerung des gesellschaftlichen Wohlbefindens wird zum Beispiel eine aktivierende und sanktionierende Arbeitsmarktpolitik vorgeschlagen. Außerdem betont der Diskurs die Eigenverantwortung der Bürger/innen. Innerhalb des **Postwachstumdiskurses** werden hingegen entgegengesetzte Maßnahmen diskutiert. Denn die aktuelle Form des Wirtschaftens wird infrage gestellt, da sie als Hemmnis guten Lebens betrachtet wird. Sie wird darüber hinaus dafür kritisiert, dass in einer modernen Wachstumsgesellschaft nicht alle Individuen die gleichen Chancen hätten, ihre eigenen Vorstellungen des Guten gleichberechtigt auszuleben. Zur Beseitigung dieser Ungerechtigkeit schlagen Postwachstumsvertreter/innen sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen vor, z.B. Arbeitszeitverkürzung, Reform von Finanzinstitutionen und Änderungen von Eigentumsrechten zur Verbreitung von Gemeingütern. Die Rollen, die bestimmte Akteursgruppen in einer Postwachstumsgesellschaft einzunehmen hätten, werden hingegen nur vage beschrieben. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass gemäß diesem Diskurs der Staat mit seinen Maßnahmen ein gutes Leben in Suffizienz ermöglichen sollte und darin legitimiert sei, grundlegende gesellschaftliche Institutionen und Rahmenbedingungen zu verändern. Darüber hinaus wird im Postwachstumdiskurs jedoch nicht konkret diskutiert, welche politischen Akteure auf welche Weise solche Reformvorschläge umsetzen sollten.

Vielmehr wird dafür plädiert, geeignete demokratische Partizipationsprozesse zu gestalten, um allen Menschen die Möglichkeit zu verschaffen, an einer gesamtgesellschaftlichen Deliberation über die Vorstellungen guten Lebens teilzunehmen. Im Gegensatz dazu wird der **Zivilgesellschaft** innerhalb des Glücksdiskurses auf der gesellschaftspolitischen Ebene, also in der Gestaltung und Definition dessen, was das gute Leben ausmacht, keine besondere Rolle zugeordnet. Ihre Bedeutung scheint aus der Perspektive ambivalent, dennoch gilt gesellschaftlicher Zusammenhalt als wichtiger Faktor für subjektives Wohlbefinden und damit als staatlich förderwürdig.

Die Festlegung der Konzeption des guten Lebens dürfte mit gewichtigen Konsequenzen für die Gestaltung politischer Institutionen und der allgemeinen Ordnung einhergehen. Der Postwachstumdiskurs scheint dabei die stärksten transformativen Wirkungen zu implizieren, da er eine erhebliche Transformation des gesellschaftlichen Zusammenlebens inklusive zentraler wirtschafts- und sozialpolitischer Institutionen fordert.

Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Relevanz der Diskurse für die Nachhaltigkeitspolitik

Die in diesem Bericht dargestellten Analysen von Diskursen zum guten Leben dienen dem Zweck, Ansatzpunkte einer Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik für ein gutes Leben aller zu erarbeiten. Aus den bisherigen Analysen lassen sich zwei Thesen schlussfolgern:

These 1: Die analysierten Diskurse zum guten Leben sind prinzipiell anschlussfähig an Themen der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. Jedoch lassen sich grundlegende Unterschiede hinsichtlich der tatsächlichen Bezüge der drei ausgewählten Debatten zu Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen feststellen.

Von ihrer Grundausrichtung und der in ihnen vertretenen Vorstellung guten Lebens sind alle drei Diskurse prinzipiell anschlussfähig, denn sie enthalten Debattenstränge, in denen umwelt- oder nachhaltigkeitspolitische Themen adressiert werden. In der Praxis weisen sowohl der **Beyond-GDP-** als auch der Postwachstumsdiskurs Anknüpfungspunkte auf. Ersterer berücksichtigt den Zustand der Umwelt und Natur in seinen Operationalisierungsansätzen für gesellschaftliche Lebensqualität. Gleichwohl unterscheidet sich die Abbildung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsbelangen zwischen den verschiedenen Vorschlägen für die Indikatoren. Auch der **Postwachstumsdiskurs** schließt unmittelbar an Nachhaltigkeitsdiskurse an, denn sein Ausgangspunkt liegt in der Suche nach einer gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung, welche sowohl ökologische Ziele als auch Prinzipien globaler und intergenerationaler Gerechtigkeit in Einklang bringt. Dem Diskurs liegt sogar das starke Konzept der Nachhaltigkeit zugrunde. Die Besonderheit des Postwachstumsdiskurses ist die Lenkung des Fokus der Nachhaltigkeitsdebatte auf eine Veränderung von gesellschaftlichen und ökonomischen Institutionen, die gegenwärtig dazu führen, dass der Ressourcenverbrauch absolut nicht hinreichend stark sinkt. Gleichzeitig suchen die Vertreter/innen von Postwachstumskonzepten ihre Veränderungsvorschläge mit der Realisation eines besseren Lebens für alle gesellschaftlichen Mitglieder zu begründen. Innerhalb des Postwachstumsdiskurses werden somit Begründungen diskursiv erarbeitet, die die Nachhaltigkeitspolitik dafür nutzen könnte, für eine Veränderung grundlegender gesellschaftlicher und ökonomischer Institutionen zu argumentieren.

Inhaltliche Verbindungen zwischen dem wirtschaftswissenschaftlichen **Glücksdiskurs** und der Nachhaltigkeitsdebatte bestehen ebenfalls. Dies ergibt sich aus dem instrumentellen Wert der Umwelt und Natur für das subjektive Wohlbefinden der Menschen. De facto spielt Nachhaltigkeit im Glücksdiskurs jedoch eine kaum wahrnehmbare Rolle. Außerdem besteht eine positive Korrelation zwischen ökologischem Fußabdruck und der individuellen Zufriedenheit mit dem Leben. Damit kann es einen Zielkonflikt zwischen subjektivem Wohlbefinden und nachhaltiger Entwicklung geben. Nichtsdestotrotz können die Ergebnisse der Glücksforschung für die Kommunikation von Nachhaltigkeitsthemen genutzt werden, wie das Beispiel des Happy Planet Index zeigt.

These 2: Die betrachteten Diskussionsstränge zum guten Leben weisen unterschiedliche politische Wirkmächtigkeit auf.

Zwar können auf Grundlage der durchgeführten Analyse keine verallgemeinerbaren Aussagen über die politische Wirkmächtigkeit der einzelnen Diskurse getroffen werden. Denn zum einen ist der politische Einfluss von Diskursen extrem schwer empirisch nachzuweisen. Zum anderen kann politische Wirkmächtigkeit auf unterschiedliche Weisen beurteilt werden. Dennoch können anhand der bisherigen Analysen einige Unterschiede zwischen den betrachteten Diskurssträngen im Hinblick auf ihre politische Wirkmächtigkeit aufgezeigt werden.

Obwohl die **Beyond-GDP-Debatte** mit ihren Akteuren und Arenen direkt in Politik und Verwaltung angesiedelt ist, konnte sie bislang keine große politische Wirkmächtigkeit entfalten. Denn es existieren nebeneinander sehr viele unterschiedliche Indizes dafür, was gesellschaftliche Entwicklung anstreben sollte, von denen sich noch keiner als anerkannter Standard durchsetzen konnte. Andererseits hat die prominent besetzte Stiglitz-Kommission politischen Schwung in die Debatte gebracht. Es ist möglich, dass der durch die Stiglitz-Kommission initiierte Prozess der Konstruktion eines alternativen Maßes für die gesellschaftliche Lebensqualität eine breite öffentliche Verbreitung erhält und für die Orientierung staatlichen Handelns genutzt wird und somit eine höhere Wirkmächtigkeit entfaltet. Es ist aber auch möglich, dass er – beispielsweise auf Grund seiner Komplexität – keine breite Akzeptanz findet und nur ein Index neben vielen anderen bleibt.

Der **Postwachstumsdiskurs** hat auf der politisch-administrativen Ebene bislang keine politische Wirkmächtigkeit gezeigt. Noch scheint er insgesamt nicht aus einer sozial-ökologischen, zivilgesellschaftlich geprägten Nische herausgewachsen zu sein. Dies zeigt sich einerseits an der homogenen Zusammensetzung des Diskurspersonals; andererseits aber auch daran, dass viele der Werte, die im Postwachstumsdiskurs eine hohe Bedeutung haben wie Autonomie, Suffizienz/Genügsamkeit, Kooperation oder Solidarität, in den anderen beiden Diskursen nicht oder nur marginal betrachtet werden. Für ein größeres Wirkmächtigkeitspotenzial des Postwachstumsdiskurses spricht allerdings seine Anschlussfähigkeit an weitere wirtschafts- und sozialpolitische Diskurse wie jenen zur Gemeinwohl-Ökonomie, zum bedingungslosen Grundeinkommen bzw. generell zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme oder zur Fluchtmigration (vgl. Lessenich 2016, Pissarskoi et al. i.E.). Darüber hinaus ist der Diskurs in der öffentlichen Wahrnehmung präsent, mobilisiert Konferenzen mit breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung und ist auf der akademischen Ebene durch eine DFG-Kollegforscher/innengruppe etabliert.

Der **Glücksdiskurs** hingegen hat aufgrund seiner Resonanz in Politik und Verwaltung bereits eine gewisse politische Wirkmächtigkeit auf der administrativen Ebene entwickelt. So ist er in Großbritannien bereits in politischen Institutionen und Programmen institutionalisiert und handlungsleitend geworden. Darüber hinaus ist angesichts der personellen Verflechtungen der „Happiness Economics“ mit Politik und Verwaltung davon auszugehen, dass die Erkenntnisse und Empfehlungen aus dem Glücksdiskurs auf der politisch-administrativen Ebene nicht ungehört verhallen. In Deutschland ist dieser Diskurs zwar weit weniger strukturiert und institutionalisiert. Aktuelle Entwicklungen, beispielsweise rund um den Bürgerdialog „Gut leben in Deutschland“² zeigen aber, dass sich die deutsche Bundesregierung in einem gewissen Maße an den Entwicklungen in Großbritannien orientiert und der SWB-Diskurs auch hierzulande einen größeren institutionellen Stellenwert erhalten könnte. Denn auch dieser hat eine hohe Anschlussfähigkeit zu weiteren in Deutschland wirkmächtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Diskursen wie jenem der Eigenverantwortung oder des bürgerschaftlichen Engagements.

² Zur Entstehung des Dialogs vgl. Pissarskoi et al. i.E.

Diese Gegenüberstellung der relativen Unterschiede in der Anschlussfähigkeit an Nachhaltigkeitsthemen und der politischen Wirkmächtigkeit der drei Diskurse verdeutlicht ein (durchaus vertrautes) Muster. Auf der einen Seite ist der Postwachstumsdiskurs derjenige Diskurs, der die größte inhaltliche Nähe zum Konzept der starken Nachhaltigkeit aufweist, gleichzeitig auch der Diskurs mit der geringsten Wirkmächtigkeit auf der politisch-administrativen Ebene. Auf der anderen Seite hat der Glücksdiskurs die größte Wirkung auf der politisch-administrativen Ebene und die stärkste handlungsleitende Funktion entwickelt, gleichzeitig ist er derjenige Diskurs, in dem Nachhaltigkeit die geringste Rolle spielt. Die Indikatorendebatte nimmt hinsichtlich beider Aspekte die mittlere Position ein.

Summary

The claim for transformation towards a sustainable society implies the requirement that early-industrialised countries like Germany establish a mode of life and economy that adheres to basic principles of global, intergenerational and social justice. These principles of justice determine how something ought to be distributed. However, it is not clear what exactly this “something” is that should be distributed among current and future people. That, in turn, is the main point of the discourses focusing on the notions “well-being”, “welfare”, “quality of life”, “satisfaction with life”, “happiness”, “good” or “flourishing life”. The common point of all these discourses is the discussion of the central goals of societal development and progress. However, within these discourses, the mentioned notions are used inconsistently and there are varying concepts of the good life, which may compete on the political level.

The aim of this report is to bring more clarity into the concepts of good life by examining their commonalities and differences. Therefore, we analyse three prominent discourses in which a conception of quality of life plays an important role: the post-growth or degrowth discourse, which is mainly driven by agents from civil society, the Beyond-GDP debate, taking place at the political and institutional level, as well as the discourse stemming from the academic research on happiness. Here, we briefly present our main results.

Contents of the three good-life discourses

The selected good-life discourses share a common starting point, namely the critique of the continuation of the capitalist development model in the context of the crisis of the fordist welfare state and the emergence of the ecological concerns during the 1970s, which led to debates about the limits to economic growth. The three discourses criticize the gross domestic product (GDP) as the main indicator of societal progress.

The **Beyond-GDP** discourse has arisen from the work of academics (crucial role played the Stiglitz-Sen-Fitoussi commission on behalf of the French president). However, the discourse’s arena was at the political-administrative level: OECD, Eurostat, national statistical offices, governmental expert advisory councils; the parliamentary committee of enquiry “Growth, Welfare, and Quality of Life” played a significant role for the German debate. This discourse mainly aims at a development of internationally commensurable indicators for societal progress which would substitute the GDP. The question about the content of the concept of a good life – which is a necessary condition for the discussion of its operationalization – is, though, not directly addressed within the Beyond-GDP discourse. Its stakeholder adopt the notion from the Stiglitz-Sen-Fitoussi commission. The latter suggested to operationalize quality of life by the means of the so-called “dashboard-approach” which means to distinguish main components of what contributes towards a good life without aggregating them into one index. The commission suggested considering the following dimensions: material living conditions, health, education, personal activities, political voice and governance, social connections, environmental conditions, physical and economic (in-)security.

The **Post-Growth** discourse (the name “Degrowth” is prevalent in English) has emerged mainly within the civil society and certain academic circles in the last years. There is no consensus on the concept of “good life” within this discourse. However, a certain prevalence has gained the position that a good life contains the possibility to realize a variety of values – components of a good life – which should not be maximized but be realized to an appropriate degree. Its stakeholder criticise the opulent growth-societies for the fact that the latter concentrate on the improvement of material well-being and disregard other components of a good life such as social cooperation, solidarity, enjoyment of leisure, ethos of playing, autonomy, or liberty.

Happiness research has been established in the social as well as natural sciences (e.g. economics, psychology, education science, and neuroscience). The discourse based on the results of the academic debate considers happiness as the conception of what counts as a good life. This discourse mainly focuses on the happiness of currently living individuals, whereas future generations or environmental aspects are hardly mentioned. Some discourse stakeholder argue that maximisation of happiness should become the central political goal and suggest for instance that laws should be proved regarding their happiness impact before their implementation. These claims are prominently advanced within the happiness discourse in Great Britain by academics and thinktanks.

Commonalities and differences between the discourses

The three discourses differ with regard to their normative orientation. The **Beyond-GDP** discourse remains descriptive and aims at the development of an internationally comparable and statistically reliable indicator for the measurement of the quality of life. The two other discourses, in turn, have explicit normative positions regarding the concept of a good life, differing here substantially. **Happiness** discourse presupposes a subjective view of what politics and society should take as the maxim of decision-making. All other normative concerns, like an intact environment, freedom, solidarity or material wealth, are merely instrumentally valuable insofar as they contribute to the individual's happiness or life satisfaction. On the contrary, the **post-growth** discourse argues mainly for a pluralistic conception of a good life. According to this approach, a variety of intrinsic values (e.g. autonomy, freedom, solidarity, sufficiency) can be considered as sources of a good life. Some authors propose to define the core of a good life by participative deliberative processes. However, post-growth proponents agree on the rejection of (further) economic growth (in early-industrialized countries) as it contributes to ecological damages and as the promotion of material prosperity prevents the realization of other elements of a good life. Furthermore, the post-growth discourse emphasises sufficiency in contrast to the two other discourses.

Although all three discourses refer to a good life for people living today, they differ with respect to the **consideration of future generations** and non-human beings. The happiness discourse does not assign intrinsic value to them. In the context of the indicator debate led within the Beyond-GDP-discourse, however, sustainability aspects are taken into account by environmental indicators. The post-growth discourse widely accepts that the conception of a good life should be globally and intergenerationally generalizable.

Differences in stakeholders

Stakeholders substantially vary from one discourse to another. While the post-growth discourse is mainly led by stakeholders from civil society, the Beyond-GDP debate is driven by political and institutional stakeholders, and the happiness discourse is dominated by scholars as well as private think tanks. Business stakeholders, however, play merely a marginal role in all three discourses. In addition to the **internal homogeneity** of the discourses, there is **little personnel overlapping** due to their different socio-cultural genesis. The happiness discourse is liberally and conservatively aligned, the post-growth discourse has a background which is critical of capitalism and socio-ecological, and the Beyond-GDP debate is embedded into political-administrative context.

Political implications

The selected discourses differ in their political implications. Within the **Beyond-GDP** debate, policy references are relatively weak. Alternative indicators are supposed to provide politicians with information regarding citizen's quality of life. However, due to the descriptive character of the debate, there

is no explicit discussion about appropriate measures or politicians' role. From the two other discourses, on the contrary, political implications can be derived. For example, the idea of libertarian paternalism is widespread within the **happiness discourse**, according to which the state is legitimized to influence its citizens on the basis of the happiness research findings. Thus, according to this discourse, stakeholder from academia play an important political role. The latter have, for instance, suggested implementing an activating and sanctioning labour market policy in order to increase people's happiness. Additionally, the discourse emphasizes individual responsibility of citizens. **Post-growth proponents**, on the contrary, propose contrarious measures since they object to the prevailing mode of production and consumption fundamentally. According to their view, modern growth economies impede the realisation of a good life, and they criticize them for the lack of equal possibilities to realize own conception of a good life. In order to eliminate those inequalities, post-growth advocates propose various social and economic policy measures, such as a reduction of working hours, a reform of financial institutions or changes in property rights in order to promote commons. However, the roles of political and societal agents are vaguely described. Generally, the state is supposed to reshape basic social and economic institutions and create conditions that facilitate individual's realization of a good life respecting the value of sufficiency. However, there are no concrete suggestions which political agents should implement such measures and how they should do so.

Instead, post-growth proponents argue for establishment of participative processes, in which a public deliberation on what counts as a good life would take place. According to the happiness discourse, on the contrary, **civil society** plays a marginal role in defining and shaping the politically relevant concept of a good life. However, social cohesion and social relationships are empirically acknowledged to be important factors for subjective well-being. Therefore, the happiness discourse, too, supports a strong civil society.

The choice of one conception of the good life has serious consequences for institutional arrangements and the overall political order. Moreover, the post-growth discourse seems to imply the strongest transformative effects as it claims a fundamental transition of society, including economic and social institutions.

Conclusions with regard to the relevance of the discourses for sustainability policies

The presented discourse analysis serves to provide the basis for an in-depth analysis of whether the good-life discourses could support the efficacy of sustainability politics. Here, we outline two preliminary claims regarding the relationship between sustainability and the three discourses:

Thesis 1: The presented good-life discourses are all compatible with the main goals of environmental and sustainability policies. However, fundamental differences exist in how far the particular discourses actually address sustainability issues.

The three discourses, and more precisely their basic orientations and their conceptions of a good life, are in principle compatible with environmental and sustainability policies. In fact, the **Beyond-GDP discourse** as well as the post-growth discourse address sustainability issues explicitly. Within the former, indicators for the state of the environment and nature are discussed to be taken into account for an index for quality of life. However, it is controversial how exactly environmental and sustainability concerns should be operationalized in an index for quality of life. The **post-growth discourse** directly addresses sustainability politics since it seeks a societal and economic order that promotes environmental goals as well as the principles of global and intergenerational justice. The discourse is even based on the idea of strong sustainability. The post-growth discourse shifts the focus of the sustainability debate towards a transformation of societal and economic institutions, which currently inhibit a sufficient decline of the resource use. Additionally, proponents of the post-growth ideas justify their claims for societal transformations by the prospect that such a transformation will also improve the

quality of life for the most current and future living people. The post-growth discourse thus discursively develops arguments which sustainability politics could also use in order to justify political reforms of basic social and economic institutions.

The link between the economic **research on happiness** and the sustainability discourse also exist since (ecological) sustainability serves as one (possible) factor that may contribute to the subjective well-being of humans. In the context of the current discourse, however, sustainability plays a subordinate, hardly perceivable role. Furthermore, a positive correlation between the ecological footprint and the individual life satisfaction is observable. Thus, there might be a trade-off between the goal of happiness maximization and sustainable development. Nevertheless, the results of the happiness research can be used for the communication of sustainability issues as the example of the Happy Planet Index illustrates.

Thesis 2: The analysed good-life discourses differ in their political impact.

On the basis of the undertaken analysis, we cannot derive generalizable statements about the political efficacy of the particular discourses. For, firstly, the political influence of a discourse is extremely difficult to detect empirically. Secondly, political efficacy can be judged in different ways. Nevertheless, the analysis carried out so far reveals a number of differences between the considered discourse strands with regard to their political impact.

Although the **Beyond-GDP debate** is directly linked to politics and administration in terms of its stakeholders and arenas, it has not been able to develop great political impact so far, as there are different indices for societal progress. None of them has yet gained broad acceptance as a recognised standard. On the other hand, the Stiglitz Commission with its prominent members have brought political momentum into the debate. Therefore, it is possible that the process of constructing an alternative measure for the quality of life will be widely disseminated to the public and will be used by political agents for the orientation of their decision-making processes, and thereby attain a higher degree of efficacy. However, it is also possible – for example, due to its complexity – that the newly constructed quality of life indicator will not be widely accepted and will remain just one index alongside many others.

The **post-growth discourse** has not so far demonstrated any significant impact at the political-administrative level. The discourse seems still to be restricted to a certain social niche shaped by socio-ecological parts of the civil society. This is reflected by the homogeneous composition of the discourse stakeholders. Moreover, many of the values which are of great importance within the post-growth discourse, such as autonomy, sufficiency, cooperation or solidarity, are not considered to be relevant in the other two discourses, or only marginally. However, the post-growth discourse contains linkages to a broad variety of other economic and socio-political discourses, such as the discourses on the unconditional basic income, the future of social security systems in general, or migration and refugees debates (Lessenich 2016, Pissarskoi et al. i. E.). This speaks in favour of a certain potential for social and political efficacy of the post-growth discourse. In addition, the discourse is present in the public perception, mobilises conferences with broad civil society participation and is established at the (German) academic level by a DFG research group.

The **happiness discourse**, on the contrary, has already developed a certain political efficacy on the administrative level due to its resonance in politics and administration. In the United Kingdom, for example, it has already become institutionalised in political institutions and programmes and has influenced decision-making processes. Moreover, given the personal entanglements among researchers from happiness economics and political administration in UK, it can be assumed that the findings and recommendations of the happiness discourse will not fade away unheard at the political level. In Germany, this discourse is far less structured and institutionalised. However, current developments as for

example around the citizens' dialogue "Wellbeing in Germany"³ show that the German government adapts political processes from Great Britain and that the happiness discourse could gain greater institutional significance in this country. This discourse entails also diverse linkages to other social and economic discourses, such as that of individual responsibility or civic engagement.

This comparison of the relative differences in the relationship of the discourses to sustainability issues and in their political efficacy illustrates a (familiar) pattern. On the one hand, the post-growth discourse is the one that is closest to the concept of strong sustainability, and at the same time the discourse with the least impact on the political and administrative level. On the other hand, the happiness discourse has gained the relatively the highest impact at the political-administrative level, but at the same time it is the discourse in which sustainability has played a tiny role so far.

³ The dialogue and its genesis are described more in detail in Pissarskoi et al. forthcoming.

1 Einleitung

1.1 Hintergrund und Zielsetzung

Die Forderung nach der Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft beinhaltet die Forderung an frühzeitig industrialisierte Länder wie Deutschland, eine Lebens- und Wirtschaftsweise zu etablieren, bei der grundlegende Prinzipien globaler, intergenerationaler und sozialer Gerechtigkeit gewahrt werden (Ott und Döring 2008, Diefenbacher et. al. 2014). Solche Gerechtigkeitsprinzipien bestimmen, wie etwas verteilt werden soll. Doch was ist eigentlich dieses Etwas, das in einer nachhaltigen Gesellschaft zwischen Generationen und innerhalb einer Generation zu verteilen ist?

Um die Beantwortung dieser Frage drehen sich die vielfältigen gegenwärtigen Diskurse um die Begriffe Wohlbefinden, Wohlergehen, Lebensqualität, Lebenszufriedenheit, Glück oder gutes bzw. gelingendes Leben. Diese Begriffe werden in den verschiedenen Diskursen uneinheitlich verwendet. Gemein ist aber all diesen Diskursen, dass sie Konzeptionen dessen diskursiv entwickeln, was der Gegenstand der gesellschaftlichen Entwicklung, des gesellschaftlichen Fortschritts sein soll. Weil in diesen Diskursen der Fokus nicht primär auf Gerechtigkeitsforderungen liegt, mit denen die Entwicklungs- bzw. Fortschrittsziele begründet werden, sondern auf dem, was ein Leben gut und lebenswert macht, bringen sie auf den ersten Blick das Potential mit, Menschen zu erreichen, die nicht von sich aus an Fragen gesellschaftlicher Entwicklung interessiert sind. Gleichzeitig veranschaulicht bereits die oben aufgezählte Vielzahl der Begriffe, die in dem Zusammenhang verwendet werden, dass es unterschiedliche Konzepte eines guten Lebens geben könnte, die möglicherweise miteinander in politischer Konkurrenz stehen.

Mit diesem Bericht verfolgen wir das Ziel, mehr Klarheit in das Dickicht von Konzepten guten Lebens hineinzubringen, indem wir ihre inhaltlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten. Das Ziel verfolgen wir allerdings nicht als Selbstzweck. Vielmehr interessiert uns die übergreifende Frage, ob Konzepte guten Lebens die Nachhaltigkeitspolitik stärken können. Die Analysen in diesem Text liefern einen ersten Baustein zur Beantwortung dieser Frage.

Hierzu fokussieren wir uns in diesem Bericht auf die Diskurse selbst und analysieren sie im Hinblick auf die folgenden Fragen:

1. Wie werden die Begriffe Lebensqualität, Wohlstand, Glück und gutes bzw. gelingendes Leben im Diskurs konstruiert?
 - a) Sowohl inhaltlich als prozessual
 - b) Welche Akteure sind maßgeblich daran beteiligt?
2. Wie werden die nicht-menschliche Entitäten sowie in der Zukunft und weit entfernt lebende Menschen berücksichtigt?
3. Wie wird zwischen Präferenzen und Bedürfnissen unterschieden?
4. Wie werden Individual- und Gemeinwohlinteressen unterschieden?
5. Welche Rolle haben lokale und globale Gemeinschaftsgüter?
6. Welche Handlungszuständigkeit wird den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren (Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Konsumenten, Individuen, etc.) zugeordnet?

Der sich anschließenden Frage, welche Relevanz diese Diskurse und die darin diskutierten Auffassungen guten Lebens für die Nachhaltigkeitspolitik haben, dieser Frage wenden wir uns in einem weiteren Bericht (Pissarskoi et. al. im Erscheinen).

Der Text ist wie folgt aufgebaut: Das methodische Vorgehen sowie die Auswahl der zu betrachtenden Diskurse erläutern wir in den Abschnitten 1.3 und 1.4. In Abschnitt 2 stellen wir die Ergebnisse der Diskursanalysen dar. Anschließend arbeiten wir Bezüge zwischen den Diskursen im Hinblick auf ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede heraus (Abschnitt 3). Vorläufige Schlussfolgerungen im Hinblick

auf die übergreifende Leitfrage, ob und wie Diskurse zum guten Leben Nachhaltigkeitspolitik stärken können, ziehen wir in Kapitel 4.

Die in diesem Bericht dargestellten Analyseergebnisse haben Eingang gefunden in die im weiteren Projektverlauf analysierte Frage, welche Spannungsfelder und Synergiepotentiale zwischen Diskursen zum guten Leben und der Nachhaltigkeitsstrategie bestehen (Pissarskoi et al. i.E.).

1.2 Synergien und Abgrenzung zu anderen Forschungsvorhaben am Umweltbundesamt

Die unternommene Diskursanalyse zum guten Leben baut auf den Ergebnissen vorangegangener bzw. parallellaufender Projekte des Umweltbundesamts (UBA) und des Bundesumweltministeriums (BMUB) auf. Eine ausführliche Literaturanalyse über Konzepte, politische Strategien und Reformansätze, die das Ziel eines nachhaltigen Wohlfahrtskonzeptes verfolgen, erfolgte in Meyer et al. (2012). Die für die Auswertung herangezogenen Kriterien richteten sich dabei u.a. auf die mit den Strategien verfolgten umwelt- und sozialpolitischen Ziele oder Möglichkeiten, sie für die Wohlfahrtsmessung zu verwenden (Meyer et.al. 2012; S. 16ff). Die diesen Bericht leitende Frage, welche Auffassungen guten Lebens solche Strategien unterstellen, diskutierten die Autor/innen nicht. Lutz et. al. (2015) vertieften die Frage, wie ein Wohlfahrtskonzept operationalisiert und auf Basis von verfügbaren statistischen Daten gemessen werden kann, das mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung im Einklang steht. Diefenbacher et. al. (2014) legten wiederum den Schwerpunkt auf das Konzept der ökologischen Gerechtigkeit, um auf dieser normativen Grundlage die Bezüge zwischen der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik auf der einen Seite und anderen gesellschaftlichen Themenfeldern auf der anderen aufzuzeigen.

Dieser Bericht berücksichtigt die genannten Arbeiten und erweitert die dort erfolgten Analysen insbesondere durch den expliziten Fokus auf die Konzepte guten Lebens und ihren Bezug zur Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik.

Im Rahmen des UBA-Vorhabens „Nachhaltigkeit 2.0“ ist eine Diskursanalyse zum Thema „Neue Wohlstands- und Entwicklungsmodelle“ erstellt worden (Henseling et. al. 2015). Dort sind in einer breiten Analyse von politischen Dokumenten, Massenmedien und wissenschaftlichen Publikationen zu Stichworten „Wohlstandsmodelle/ Gutes Leben; Entkopplung von Wachstum und Wohlstand; Wachstumskritik und Wohlstandsmessung“ Diskurslinien identifiziert worden, die von gesellschaftlichen Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft diskutiert werden.

Die Analysen in diesem Bericht bauen auf den Ergebnissen aus dem Vorhaben „Nachhaltigkeit 2.0“ (Henseling et. al. 2015) auf. Letzteres hat eine große Breite an Akteuren und Storylines identifiziert. Im Unterschied zu Henseling u.a. (2015) gehen die Analysen in diesem Bericht stärker in die Tiefe. Hierzu fokussieren wir uns auf drei inhaltlich abgegrenzte Diskurse (Glück, Postwachstum/Degrowth, Indikatoren-Debatte „Beyond-GDP“), um die dort jeweils vertretene Auffassung guten Lebens herauszuarbeiten und nach bestimmten Kriterien zu analysieren (vgl. Abschnitt 1.4).

1.3 Motivation der Auswahl der zu analysierenden Diskurse

Konzepte guten Lebens werden unter sehr vielen Begriffen diskutiert und erarbeitet: Wohlbefinden, Wohlergehen, Wohlstand, Lebensqualität, Lebenszufriedenheit, Glück, gutes bzw. gelingendes Leben oder Buen Vivir. Die Breite der relevanten Teildiskurse veranschaulichen Meyer u.a. (2012): Sie unterscheiden 23 Konzepte bzw. Reformansätze. Eine in die Breite gehende Analyse von beteiligten Akteuren sowie in den Diskursen enthaltenen Storylines ist im Rahmen des UBA-Vorhabens „Nachhaltigkeitsstrategien 2.0“ erstellt worden (Henseling et. al. 2015).

Der Schwerpunkt dieses Berichtes liegt auf einer vertieften Analyse von Konzepten guten Lebens. Eine Diskursanalyse aller mit diesen Begriffen verbundenen Teildiskursen im Rahmen der verfügbaren

Ressourcen wäre nicht möglich. Deshalb haben wir einzelne Diskurse ausgewählt und sie zum Gegenstand der Analyse genommen. Die Diskurse sind so ausgewählt worden, dass sie eine große Bandbreite von beteiligten bzw. den jeweiligen Diskurs prägenden Akteursgruppen und sowohl nationale als auch internationale Perspektiven einschließen. Folgende drei Diskurskomplexe wurden dabei ausgewählt:

1. Postwachstum und Degrowth (als zivilgesellschaftlich geprägter Diskurs)
2. Beyond-GDP und Enquete-Kommission (als von der politisch-institutionellen Ebene vorangetriebener Diskurs)
3. Diskurs über Glück als Ziel staatlichen Handelns (internationaler, insbesondere im angelsächsischen Raum verankerter, nicht ökologisch motivierter Diskurs)

Tabelle 1 veranschaulicht die Auswahl im Hinblick auf die o.g. die Auswahlkriterien:

Tabelle 1: Kriterien für die Diskursauswahl

Prägende politisch-räumliche Ebene		Prägende gesellschaftliche Akteursgruppe		
		Politisch-administ-rativ	Akademisch	Zivilgesellschaft-lich
		Enquete	(Glück) (Postwachstum)	Postwachstum
		Internatio-nal	Beyond GDP	Glück

Nachfolgend charakterisieren wir die ausgewählten Diskurse kurz.

Postwachstumsdiskurs

Innerhalb der Zivilgesellschaft hat sich in den letzten Jahren ein Diskurs unter den Schlagworten „Degrowth“ und „Postwachstum“ etabliert, in dem – teils explizit – nach alternativen Auffassungen guten Lebens gesucht wird. Eine geteilte Auffassung in diesem Diskurs – und das über ein breites politisches Spektrum hinweg – ist die Kritik, dass in den bestehenden Wachstumsgesellschaften bestimmte Bestandteile guten Lebens zu stark (insbesondere materieller Wohlstand) und andere Bestandteile guten Lebens zu schwach ausgeprägt sind. Zu den von den Wachstumsgesellschaften vernachlässigten Bestandteilen guten Lebens gehören insbesondere „soziale Werte“, also z. B. Kooperation, Solidarität und soziale Anerkennung.

Indikatoren-Debatte

Im Zuge der Finanzkrise 2008 und der dabei aufgekommenen Kritik am BIP als Indikator des gesellschaftlichen Wohlergehens und des guten Lebens haben sich zahlreiche politisch-institutionell verankerte Akteure an der Diskussion um alternative Indikatorensysteme zur Messung der Lebensqualität und des gesellschaftlichen Wohlergehens beteiligt. In Deutschland ist die Debatte auch durch die Arbeit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ vorangetrieben worden. Auf internationaler Ebene sind diese Debatten von Institutionen wie der OECD oder Eurostat aufgegriffen worden, welche so genannte „Dashboard-Konzeptionen Guten Lebens“ entworfen und teils operationalisiert haben. Das sind Listen von wertvollen Eigenschaften, die gemeinsam ein gutes Leben konstituieren und letztlich in operationalisierbare Indikatoren übersetzt werden sollen, um dieses gute Leben vermessen zu können.

(Akademischer) Glücksdiskurs

Glück ist eine bestimmte Auffassung dessen, was gutes Leben ausmacht. In den Sozialwissenschaften ist die Glücksforschung in zahlreichen Disziplinen fest etabliert (Ökonomik, Psychologie, Pädagogik), aber auch Naturwissenschaftler/innen beschäftigen sich damit (z. B. Neurowissenschaften). In dieser interdisziplinären, akademischen Debatte steht dabei das subjektive Wohlbefinden von Individuen im Mittelpunkt: wie viel Glück sie empfinden oder wie zufrieden sie sich mit ihrem Leben fühlen. Einige gesellschaftliche Akteure schlagen vor, politisches Handeln auf das Ziel der Maximierung des subjektiven Wohlbefindens auszurichten und beispielsweise Gesetze auf ihren Beitrag zum diesem zu prüfen. Insbesondere in Großbritannien wird diese Forderung durch Wissenschaftler/innen und Thinktanks prominent vertreten.

Exkurs: Buen Vivir

In dieser Auswahl fehlt aufgrund eines beschränkten Projektrahmens mindestens ein auf der internationalen Ebene prominenter Diskurs zum guten Leben, der zum Buen Vivir. In einem Exkurs präsentieren wir einen Überblick über seine wesentlichen Züge.

Exkurs: Diskurs zum „Buen Vivir“

Das Konzept

Die Idee des Buen Vivir (spanisch für „gutes Leben“) stammt ursprünglich aus den Anden und dem Amazonasgebiet. Im Kontext des indigenen Widerstandes gegen den Kolonialismus entstand eine Lebensphilosophie, die das traditionelle Konzept des Fortschritts und seinen Wachstumsgedanken in Frage stellt und eine alternative Vorstellung von Entwicklung vertritt (Acosta 2015; S. 193).

Das Konzept propagiert eine Harmonie von Mensch und Natur und hat zum Ziel, ein soziales Gleichgewicht zwischen den Menschen zu schaffen, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen (Agostino und Dübgen 2014; S. 272). Es bricht hierbei aber mit der anthropozentrischen Vorstellung, der Mensch stehe außerhalb der Natur, er ist vielmehr ein Bestandteil der Natur. In den Diskursen des Buen Vivir wird sie oft auch als Pachamama („Mutter Erde“) bezeichnet. Durch die Anerkennung der Natur als Rechtssubjekt erhält sie eigenständige Rechte gegenüber dem Menschen. Zur Wahrung des Gleichgewichts und der Menschenrechte dürfen Menschen ihre Ressourcen aber auch sie selbst in einem gewissen Ausmaß nutzen. Die natürlichen Ressourcen sollen aber nur insoweit verbraucht werden, wie sie regeneriert werden können. Das Konzept beinhaltet eine andere Vorstellung von gesellschaftlicher Entwicklung als die im Westen verbreiteten Konzepte (Acosta 2015; S. 193). Buen Vivir liegt eine zyklische Auffassung von Leben zugrunde, in der es keine unterentwickelten und entwickelten Phasen gibt (Acosta 2015; S. 194). Anstelle von Wirtschaftswachstum als Motor guten Lebens setzt Buen Vivir auf Suffizienz. Laut Agostino und Dübgen bedeutet dies für Länder, die Buen Vivir als gesellschaftspolitisches Prinzip zu implementieren versuchen, einen ökonomischen Paradigmenwechsel (2014; S. 273).

Implementation in Bolivien und Ecuador

Ecuador und Bolivien nahmen die Idee des Buen Vivir 2008 und 2009 in ihre Verfassungen auf. Der Diskurs konnte damit politisch wirkmächtig werden. Der bolivianische Staat verpflichtet sich seitdem zur Wiederherstellung der geschädigten Ökosysteme. Die Verfassung hebt außerdem die Anerkennung der Plurinationalität Boliviens hervor. Die Wirtschaft wird als „plurale Ökonomie“ festgelegt. Neben der privaten und der kommunitären Wirtschaftslogik gibt es auch die der staatlich gelenkten Wirtschaft. Der Staat soll hierbei durch die Nutzung der natürlichen Ressourcen die Entwicklung des Landes fördern.

Die ecuadorianische Verfassung hingegen hat Buen Vivir umfassender umgesetzt und hat explizit eine Post-Erdöl-Entwicklung zum Ziel. Der „Nationale Plan für das gute Leben“ für den Zeitraum von 2009 bis 2013 will Bildung und Infrastruktur fördern und zielt auf stärker diversifizierte Wirtschaft, um unabhängiger von Importen zu sein. Es gibt jedoch mehrere Zielkonflikte bei der Umsetzung dieser Politik im Namen des guten Lebens. Das bekannteste Beispiel ist das Yasuní-Projekt. Präsident Correa schlug der Weltgemeinschaft vor, im Yasuní-Nationalpark kein Öl zu fördern, wenn sein Land Ausgleichszahlungen für die entgangenen Einnahmen erhält. Der Fokus auf den Export von Ressourcen widerspricht der Ideologie des Buen Vivir, wird von Ecuador aber als Übergangsstrategie gerechtfertigt, um zunächst die radikalste Armut zu bekämpfen und langfristig vom Erdöl unabhängig zu sein.

In der **politischen Praxis** werden die Ideen des Buen Vivir verwässert. Die Staaten verwenden die Argumente des Buen Vivir zum Teil, um Maßnahmen zu legitimieren, die den Prinzipien des Konzeptes widersprechen (Caria und Dominguez 2016; S. 27). Mit dem Konzept der Pachamama und der Fixierung auf Ressourcenextraktivismus wurden bereits in der Verfassung Boliviens zwei unvereinbare Ziele gesetzt. Auch wird bezweifelt, dass das auf Konsum fokussierte Wohlstandsverständnis mit dem Recht der Natur auf Regeneration nicht vereinbar sei (Agostino und Dübgen 2014; S. 279). In der entwicklungstheoretischen Literatur zu Buen Vivir wird festgestellt, dass unklar ist, wer die Deutungshoheit über Buen Vivir hat (ebd.). Andere Autor/innen kritisieren auch, dass die politischen Prozesse die Konzepte ausgehöhlt hätten und die Teilhabe indigener Akteure am Regierungsprozess erschwert wurde (Waldmüller 2015; S. 13, Caria und Dominguez 2016; S. 25).

Fazit

Bei der bisherigen Implementierung des Konzeptes des Buen Vivir gab es mehrere Hindernisse und Widersprüche zwischen der politischen Praxis und der indigenen Theorie. Agostino und Dübgen identifizieren in der Bevölkerung ein Spannungsverhältnis zwischen den Zielen des Buen Vivir und dem Wunsch nach einem Wohlfahrtsstaat, der für einen angemessenen Lebensstandard sorgt. Diese beiden Ziele konnten von den Regierungen in der Praxis noch nicht zusammengebracht werden (2014; S. 285). Ein radikales Umdenken wird auch durch die bestehenden politischen Institutionen verhindert. Machtkämpfe zwischen sozialen Schichten behindern die Versuche neue Formen wirtschaftlicher Organisation umzusetzen. Für eine Politik nach den Grundsätzen des Buen Vivir müssten diese Differenzen überwunden und die Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt grundsätzlich überdacht werden.

Abschließend möchten wir eine Anmerkung zur Verwendung des Begriffs „gutes Leben“ anfügen. Relevante Diskurse finden unter zahlreichen Namen statt (eine Auflistung ist weiter oben), die nicht einheitlich verwendet werden. Daher ist es nicht möglich, sie kontextunabhängig eindeutig voneinander abzugrenzen. Dementsprechend ist darauf hinzuweisen, dass wir die Begriffe „gutes Leben“, „Wohlergehen“, „Wohlbefinden“, „Lebensqualität“, „Glück“ – im Bewusstsein dessen, dass sie in bestimmten Diskurskontexten durchaus einen spezifischen Gehalt haben und voneinander abgegrenzt werden – in diesem Bericht weitgehend synonym verwenden werden und mit ihnen jeweils das gute Leben meinen werden, dass individuell oder gesellschaftlich angestrebt werden sollte. Ob im Einzelnen dann vom guten Leben, vom Wohlbefinden, von der Lebensqualität oder vom Glück die Rede ist, ist abhängig vom jeweilig beschriebenen Diskurskontext und stellt keinen semantischen Unterschied dar.

1.4 Methodisches Vorgehen

Methodisch orientieren wir uns an der argumentativen Diskursanalyse Maarten Hajers (Hajer 2008). Zwei Konzepte sind zentral in Hajers Diskursanalyseansatz: jenes der Storylines und jenes der Diskurskoalitionen. Hajer definiert Storylines als „verdichtete Aussage[n] ..., welche komplexe Erzählungen zusammenfasst, die von Menschen in Diskussionen als Kurzformel benutzt werden“ (Hajer 2008; S. 216). Keller nennt Storylines auch den „roten Faden“ eines Diskurses, der seine verschiedenen Elemente zu einem Diskurs ‚zusammennäht‘ (Keller 2011; S. 252). Über die Analyse von Storylines kann somit der zentrale inhaltliche Gehalt eines Diskurses analysiert werden.

Allerdings ist die Diskursanalyse – wie das Konzept der Diskurskoalitionen bereits andeutet – keineswegs eine akteurslose Forschung (siehe auch Keller 2011). So müssen die zentralen Akteure, die einen Diskurs prägen und ihn gestalten, ebenfalls in eine Diskursanalyse integriert werden. Dieses Element integriert Hajer über das Konzept der Diskurskoalitionen, mit denen Akteursgruppen gemeint sind, die sich sozusagen um die oben angesprochenen Storylines herum organisieren.

Mit dem Konzept der Diskurskoalitionen lassen sich viele diskurstheoretische Begriffe für den Kontext des hier beschriebenen Vorhabens operationalisieren und nutzbar machen. Dies ermöglicht es, ein Analyseraster zu erstellen, mit dem der hier untersuchte Diskurskomplex diskurstheoretisch fundiert nach bestimmten Charakteristika untersucht werden kann. In der Tabelle 2 ist dieses Analyseraster dargestellt.

Tabelle 2: Kriterienraster der Diskursanalyse

Zentrale Kriterien	Unterkriterien	Welche Fragen aus der Einleitung damit beantwortet werden
Gehalt des jeweiligen Diskurses (zentrale Storylines)	Quelle(n) der Lebensqualität (Was sind die zentralen normativen Belange?)	Inhaltliche Konstruktion der Begriffe (1) Unterscheidung zwischen Präferenzen und Bedürfnissen (3) Glück als subjektiv-individualistisches oder kollektives Konzept (4)
	Gewichtung der einzelnen Belange untereinander	Unterscheidung zwischen Präferenzen und Bedürfnissen (3) Gewichtung von Individual- und Gemeinwohlinteressen (4)
	Wessen Lebensqualität wird berücksichtigt?	Berücksichtigung von intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit sowie von nicht-menschlichen Lebewesen (2)
	Verteilungsprinzipien für die Lebensqualität	Vorarbeiten für das AP 2.2
Konstruktion/Genese des jeweiligen Diskurses	Genese des Diskurses: Wie verläuft der Prozess der Begriffskonstruktion? Wer sind die Hauptakteure bzw. die wichtigsten Kontrahenten?	(1) Konstruktion der Begriffe
	Wie anschlussfähig ist der Diskurs an die Nachhaltigkeitspolitik und andere Diskurse?	Stellt die Grundlage für Arbeiten in AP 2.2 dar
Bezüge des jeweiligen Diskurses zur politischen Ordnung	Gibt es Implikationen in Bezug auf Eigentumsrechte (Rolle von Commons)	Rolle von lokalen und globalen Gemeinschaftsgütern (5)
	Implikationen in Bezug auf Rollen politischer Akteure	Aufgaben von Staat und anderen Akteursgruppen in der Realisierung eines guten Lebens (6)
	Wie politisch wirkmächtig ist der Diskurs?	Stellt Vorarbeiten für das AP 2.2 dar

Mit diesem Analyseraster wird also das Konzept der Diskurskoalitionen auf den Kontext des hier beschriebenen Vorhabens und der entsprechend relevanten Fragen (siehe Einleitung) übersetzt. Es stellt somit gewissermaßen das Verbindungsstück zwischen dem analytischen Konzept und dem empirischen Vorgehen dar, welches an diesem Raster bzw. der Beantwortung der dort als Unterkriterien formulierten Fragen ausgerichtet ist.

Methodisch beruht dieser Arbeitsschritt vor allem auf der Analyse zentraler Dokumente der jeweils ausgewählten Diskurse. Diese Dokumente können politische Beschlüsse und Strategien sein, aber auch wissenschaftliche Studien, populärwissenschaftliche Veröffentlichungen oder auch zivilgesellschaftliche Positionspapiere. Für die oben genannten Diskurse wurden dazu folgende Texte als Startpunkte einer weiteren Auswahl nach dem Schneeballprinzip ausgewählt:

- ▶ Postwachstum/Degrowth
 - ▶ Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. oekom-Verlag.
 - ▶ Muraca, Barbara (2014): Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Wagenbach.
 - ▶ Latouche, Serge (2015): Es reicht. Abrechnung mit dem Wachstumswahn. oekom verlag.
- ▶ Beyond-GDP
 - ▶ OECD Better-Life-Index: OECD (2011, 2015). How's Life? Paris.
 - ▶ Eurostat (2015): Quality of Life. Facts and Views. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
 - ▶ NWI bzw. "Jahreswohlstandsbericht": Zieschank, Roland und Diefenbacher, Hans (2015): Endbericht zum Gutachten „Jahreswohlstandsbericht“ - Konzeptionelle und empirische Grundlagen. Gutachten für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Deutschen Bundestag.
- ▶ Glück
 - ▶ O'Donnell, Gus, Angus Deaton, Martine Durand, David Halpern und Richard Layard (2014): Wellbeing and Policy. Report commissioned by the Legatum Institute.
 - ▶ NEF (2012): Happy Planet Report. Download from: <http://www.neweconomics.org/publications/entry/happy-planet-index-2012-report>

Bei der Analyse dieser Dokumente geben die Fragen in der Einleitung (bzw. die Unterkriterien des oben dargestellten Analyserasters) hinsichtlich des methodischen Vorgehens bereits konkret vor, nach welchen Begriffen und Konzepten das empirische Material untersucht werden soll. Dies bedeutet, dass wir die Dokumente bereits mit einem für die zentralen Begriffe und Fragen geschärften Blick analysieren. Darüber hinaus wurden die zentralen Dokumente auf der Grundlage theoretischer Vorkenntnisse so ausgewählt, dass sie die oben genannten an das Material gestellten Fragen möglichst gut beantworten können.⁴ Des Weiteren spielten für die Auswahl der Texte die (eingeschätzte) Prominenz bzw. Reichweite der Texte im jeweiligen Diskursstrang sowie ihre inhaltliche Kohärenz eine Rolle, damit die Fragen möglichst einheitlich beantwortet werden können. Von der Analyse dieser zentralen Dis-

⁴ Rainer Diaz-Bone spricht in diesem Kontext davon, dass man den Forschungsprozess aus der Perspektive einer sich aus den fallspezifischen Vorkenntnissen zusammensetzenden „Vortheorie“ startet, die „unterstellt, dass die Texte eine diskursive Praxis verbergen, die ans Licht gebracht werden kann. Die Vortheorie gibt an, wonach zu suchen ist, sie gibt aber nicht an, in welcher konkreten Gestalt das zu Suchende sich zeigt. Die Vortheorie gibt auch nicht im Vorhinein an, welche Diskursformationen möglich sind und welche nicht (...). Die Vortheorie ist also notwendig empirisch unterspezifiziert. Dennoch kann sie die empirische Analyse darin anleiten, was Heuristiken für die Eingrenzung des Textkorpus sein können“ (Diaz-Bone 2010; S. 193).

kursdokumente ausgehend, wurden anschließend mit Blick auf die gemäß dem Analyseraster zu ermittelnden Kriterien im Schneeballprinzip weitere Dokumente herangezogen. Die auf diese Weise ausgewählten Dokumente wurden dann ebenfalls entsprechend des oben dargestellten Analyserasters ausgewertet.

Den Vorteilen, die dieses selektive Vorgehen hinsichtlich der zeitlich aufzuwendenden Ressourcen und Analysetiefe mit sich bringt, stehen dabei unvermeidlich Nachteile hinsichtlich der Quantität und Breite der analysierten Begriffe und Dokumente entgegen. So ist es nicht möglich, bspw. den gesamten Glücksdiskurs mit all den verschiedenen Verwendungen des Begriffs Glück und den potenziellen Implikationen dessen für die Leitfragen dieser Analyse in seiner Breite abzubilden. Es können somit jeweils lediglich bestimmte, auf vorab festgelegten Verständnissen der zentralen Begriffe (Storylines) beruhende Diskursstränge dargestellt werden. Angesichts der begrenzten zeitlichen Ressourcen und im Sinne einer zielgerichteten und für die ausgewählten Diskursstränge genaueren Analyse scheint dieses Vorgehen unsererseits jedoch gerechtfertigt.

Nichtsdestotrotz ist bei dieser Konzentration auf bestimmte Diskursstränge und die sie repräsentierenden zentralen Dokumente eine Begründung dieses Fokus' notwendig. Insbesondere gilt dies für den Postwachstums- und den Glücksdiskurs, da diese aus mehreren Strängen bestehen. Der Postwachstumsdiskurs umfasst eine große Breite gesellschaftlicher Perspektiven, die von kapitalismuskritischen Ansätzen bis hin zu Ideen reichen, die von Akteuren vertreten werden, die dem konservativen Spektrum zuzuordnen sind (Schmelzer 2014). In diesem Bericht haben wir uns auf den ökologisch motivierten Strang des Postwachstumsdiskurses fokussiert und für die Analysen Monographien von einem deutschen (Paech) und einem französischen (Latouche) Autor ausgewählt, die jeweils den ökologisch motivierten Postwachstums-Diskurs in Deutschland bzw. den Décroissance-Diskurs in Frankreich geprägt haben. Zusätzlich haben wir eine Monographie herangezogen (Muraca 2014), in der der Postwachstumsdiskurs als ein Diskurs über Auffassungen guten Lebens interpretiert wird.

Beim Glücksdiskurs hingegen wurde der Schwerpunkt auf den akademischen, vor allem von britischen Wissenschaftler/innen geprägten Diskurs gelegt. Denn zum einen vertritt dieser einen explizit politischen Anspruch, also fordert, dass die Erkenntnisse der Glücksforschung von der Politik aufgegriffen und politische Maßnahmen entsprechend dieser Erkenntnisse gestaltet werden – im Gegensatz bspw. zu anderen Strängen des Glücksdiskurses, die eher auf die Gestaltung des persönlichen Lebensumfeldes (Glücksratgeber nach dem Motto „Wie werde ich glücklich?“) fokussieren. Zum anderen ist in Großbritannien dieser Diskursstrang besonders ausgeprägt und politisch einflussreich. Gleichzeitig wird er aber auch in Deutschland – gerade auf der politisch-administrativen Ebene – zunehmend rezipiert und verspricht daher, aufschlussreiche Einsichten zu den in der Einleitung gestellten Fragen zuzulassen.

Zur Analyse der am Diskurs beteiligten Akteure wurde eine kombinierte Internetrecherche durchgeführt. Zuerst wurde systematisch zu den bekannten Stichworten (Storylines) der Diskurse nach relevanten Akteuren und Dokumenten gesucht. Diese Akteure wurden dann für eine Schneeballsuche verwendet, bei der nach Zitationen und Erwähnungen von weiteren Akteuren gesucht wurden. Dadurch liegt der Fokus der Analyse auf den stark vernetzten Akteuren. Bei der anschließenden Analyse der Akteure, ihrer Handlungen und Ziele wurde auf Studien, Internetauftritte und sonstige online verfügbare Dokumente zu den jeweiligen Akteuren und ihren Positionen zurückgegriffen.

Des Weiteren wurde eine systematische Analyse der gesellschaftlichen Diskussionsmedien, Blogs und Veranstaltungen politischer Stiftungen, zu allen Diskursen durchgeführt, um weitere Informationen über die gesellschaftliche Verbreitung des Diskurses und der dominierenden Akteure zu erhalten. Hierbei wurden die Internetseiten der Blogs, politischen Stiftungen und Konferenzen nach Beiträgen bzw. Veranstaltungen zu den Stichworten „Beyond GDP“, „Indikatoren“, „Glück“, „Lebenszufriedenheit“, „Lebensqualität“, „Wohlergehen“, „Gutes Leben“, „Postwachstum“, und „Degrowth“ durchsucht,

diese dokumentiert und bezüglich ihres Inhalts, des zeitlichen Aufkommens und der Gesamtanzahl analysiert (siehe Tabelle 4).

Wie bereits für die Analyse der Gehalte der Diskurse gilt entsprechend auch für die Akteursanalyse, dass sie sich an den diskursspezifischen Verwendungen der zentralen Begriffe des jeweiligen Diskurses orientiert. Sie kann damit nicht alle Akteure abbilden, die die entsprechenden Begriffe verwenden, sondern nur jene, die dies auf eine bestimmte Art und Weise sowie im Rahmen diskursspezifischer Praktiken tun. Sie bildet somit die Mitglieder einer bestimmten Diskurskoalition ab, die auf einer spezifischen Verwendung der zentralen Begriffe (Storylines) beruht. Dennoch können durch den Fokus auf die Vernetzung der beteiligten Akteure weniger sichtbare und isoliertere Akteure durch das Raster fallen, obwohl sie eigentlich zum jeweiligen Diskurs gehören. Es kann somit kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden, auch wenn versucht wird, diese Fälle auf ein Minimum zu reduzieren.

Über diese Form der Dokumenten- und Akteursanalyse werden zudem bereits die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der – bis hierhin separat voneinander betrachteten – Diskurse deutlich. In Kapitel 3 werden diese Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Diskursen in Bezug auf die Kriterien des Analyserasters systematisch herausgearbeitet und expliziert.

2 Diskurse zum guten Leben

2.1 Beyond-GDP: Alternative Indikatorensysteme

2.1.1 Genese des Diskurses

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben sich Indikatoren wie das Bruttoninlandsprodukt (BIP) und das Bruttosozialprodukt (BSP) (bzw. Bruttonationaleinkommen, BNE) im öffentlich-politischen Diskurs etabliert. Sie werden vielfach als Indikatoren für gesellschaftlichen Fortschritt interpretiert (Lepenies 2013). Gleichzeitig ist die Kritik an der Interpretation dieser Indikatoren als Abbild des gesellschaftlichen Wohlergehens beinahe genauso alt wie die Indikatoren selbst. Demnach tragen erstens viele Aktivitäten zum gesellschaftlichen Wohlergehen bei, die außerhalb von Märkten stattfinden und deshalb in das BIP nicht eingehen. Zweitens gehen in das BIP zahlreiche Marktaktivitäten ein, die dem Wohlergehen nicht förderlich sind oder Schäden kompensieren. Drittens ist das BIP selbst als Indikator materiellen Wohlstandes nicht unumstritten, da es methodische Herausforderungen gibt, den Wert von einigen Gütern und Dienstleistungen (z. B. staatliche Dienstleistungen) oder von aus technischen Innovationen resultierenden Qualitätsveränderungen von Produkten (z.B. bei Computern) adäquat zu bewerten (Stiglitz et. al. 2009).

Spätestens seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts sind zahlreiche alternative Indizes entwickelt worden (z. B. das Measure of Economic Welfare; Nordhaus und Tobin (1972)).⁵ Die meisten von ihnen sind von Thinktanks und Wissenschaftler/innen erarbeitet und gepflegt worden.⁶ Keiner von ihnen hat allerdings die politische oder öffentliche Relevanz wie das BIP erlangt.

Anfang der 2000er Jahre haben sich politisch-administrative Akteure in die Debatte um **alternative Indikatoren für gesellschaftliches Wohlergehen** eingeschaltet. 2007 wurde eine Konferenz unter dem Titel „Beyond GDP“ von der Europäischen Kommission, dem EU-Parlament, dem Club of Rome, dem WWF und der OECD ausgerichtet. Ziel der Konferenz war die Diskussion geeigneter Indikatoren für die Messung gesellschaftlichen Fortschritts. Die Partner der Konferenz haben sich anschließend zur Arbeitsgruppe „Beyond GDP“ zusammengeschlossen und sich mit weiteren institutionellen Aktivitäten auf der EU- bzw. OECD-Ebene zur Entwicklung alternativer Indikatoren zur Wohlstandsmessung vernetzt.

Im Jahr 2008 setzte Frankreichs Präsident die „**Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress**“ (CMEPSP/ Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission) ein, die mit namhaften Ökonomen besetzt war (u. a. Joseph Stiglitz, Amartya Sen, Kenneth Arrow). Der Bericht dieser Kommission (Stiglitz et al. 2009) verdeutlichte zum einen die methodischen Schwächen der Erhebung des Bruttoinlandsproduktes (und der verwandten Indikatoren wie Bruttonationalprodukt, Nationaleinkommen etc.), zum anderen trug er die Kritik an der Interpretation des BIPs als Indikator gesellschaftlichen Wohlergehens und seine Erhöhung als Indikator gesellschaftlichen Fortschritts zusammen. Die Kommission empfahl die Entwicklung alternativer Indikatoren, die eine alternative Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung bzw. des gesellschaftlichen Fortschritts erlauben würden (Stiglitz et al. 2009). Hierzu empfahl sie, zum einen die Höhe der gesellschaftlichen Lebensqualität (quality of life) bzw. des gesellschaftlichen Wohlergehens (well-being) und zum anderen ihre Nachhaltigkeit, hier verstanden als die Möglichkeit ihrer Erhaltung oder Steigerung in der Zeit, zu messen (Stiglitz et

⁵ Eine Sammlung von Indikatoren, die gesellschaftliches Wohlergehen oder wesentliche Bestandteile davon abzubilden beanspruchen, findet sich unter: http://ec.europa.eu/environment/beyond_gdp/indicators_en.html (letzter Zugriff: 18.01.16)

⁶ Eine prominente Ausnahme stellt der Human Development Index (HDI) dar, der im Auftrag der UN erarbeitet worden ist.

al. 2009; S. 11). Für die Messung der Lebensqualität hat die Kommission vorgeschlagen, einen mehrdimensionalen Indikator, ein so genanntes Instrumentenbrett (dashboard), zu operationalisieren (Stiglitz u. a. 2009; S.14f.).

Im Anschluss an die Arbeit der Kommission und zur Fortsetzung ihrer Arbeit etablierte die OECD eine Expertengruppe unter Vorsitz von Stiglitz, Fitoussi sowie Martine Durand, die so genannte High-Level Expert Group on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (HLEG)⁷. 2011 hat die OECD die Initiative „OECD Better Life Initiative“, die die innerhalb der Organisation stattfindenden Arbeiten zur Messung gesellschaftlichen Wohlergehens vereint, ins Leben gerufen (OECD 2011; S.16).

Den Empfehlungen des Berichtes folgend hat der deutsch-französische Ministerrat den deutschen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie den französischen Conseil d'Analyse Économique damit beauftragt, die Ergebnisse der Stiglitz-Kommission zu vertiefen (GCEE und CAE 2010; S. iii). Der gemeinsame Bericht der beiden Räte enthält Empfehlungen zur kontinuierlichen Erhebung menschlichen Wohlergehens (GCEE und CAE 2010). Inzwischen haben zahlreiche europäische statistische Ämter Vorschläge zur Verbesserung der Messung der gesellschaftlichen Lebensqualität erarbeitet.⁸

In Deutschland hat sich der Bundestag im Rahmen der **Enquete-Kommission** „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ auch mit der Frage befasst, was ein gutes Leben ausmachen sollte (Deutscher Bundestag 2013). In ihrem Bericht empfiehlt die Enquete-Kommission, einen mehrdimensionalen Indikator (W3-Wohlstandsindikator) zu erarbeiten. Die Fraktion Bündnis 90/Grüne hat 2015 eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Operationalisierbarkeit eines aus vier Dimensionen bestehenden Indikators geprüft hat (Diefenbacher und Zieschank 2015).

Die Entstehung dieser Indikatorendebatte verdeutlicht, dass ihr zentrales Anliegen darin liegt, international messbare und vergleichbare Indikatoren für gesellschaftlichen Fortschritt zu erarbeiten, die über das BIP hinausgehen bzw. dieses ersetzen. Insbesondere ist es das ausdrückliche Ziel der beteiligten Institutionen (OECD, Eurostat sowie nationale statistische Ämter), zuverlässige und vergleichbare statistische Grundlagen zu schaffen.

2.1.2 Gehalt der Auffassung Guten Lebens

Die der Operationalisierung des gesellschaftlichen Wohlergehens konzeptionell vorgelagerte Frage, worin Lebensqualität, Wohlergehen oder gutes Leben besteht, diskutieren die im Rahmen der Beyond-GDP-Initiative vernetzten Akteure marginal (z. B. in kurzen Absätzen in den Einleitungen der jeweiligen Publikationen). Die normativen Bestandteile dessen, was der Indikator zu messen hat, werden dem Bericht der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (Stiglitz et. al. 2009) entnommen.

Dieser Bericht nennt mehrere in der Literatur diskutierte **Quellen** dessen, was ein menschliches Leben gut bzw. lebenswert macht: Erfüllung bestimmter menschlicher Bedürfnisse (objektive Faktoren), Zufriedenheit mit dem Leben (subjektive Faktoren), Fähigkeiten, eigene Ziele zu realisieren (Freiheiten/Befähigungen) sowie Erfüllung individueller Präferenzen (Stiglitz et al. 2009; S. 42). Diese Quellen gehen auf unterschiedliche Werttheorien zurück, also theoretische Auffassungen dessen, was ein gutes menschliches Leben ausmacht. Und zwischen diesen Auffassungen kann es sehr wohl unterschiedliche Beurteilungen der Lebensqualität ein und desselben sozialen Zustandes geben. Stiglitz et. al. legen sich

⁷ Vgl. <http://www.oecd.org/statistics/measuring-economic-social-progress/> (letzter Zugriff: 18.01.16)

⁸ Österreich: www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&DocName=105439 (letzter Zugriff: 10.06.16);
Italien: http://www.istat.it/it/files/2015/12/Rapporto_BES_2015.pdf (letzter Zugriff: 10.06.16);
Frankreich: <http://www.gouvernement.fr/sites/default/files/liseuse/5711/master/index.htm> (letzter Zugriff: 10.06.16)
Großbritannien: <http://www.neighbourhood.statistics.gov.uk/HTMLDocs/dvc146/wrapper.html> (letzter Zugriff: 10.06.16)

nicht auf eine einzelne Werttheorie fest. Stattdessen listen sie acht Dimensionen auf, die individuelles und gesellschaftliches Wohlergehen ausmachen, unabhängig davon, welche Werttheorie zugrunde gelegt wird (Stiglitz et. al. 2009; S. 14f., S. 42): materieller Lebensstandard, Gesundheit, Bildung, persönliche Aktivitäten, politische Teilhabe und Governance, Soziale Bindungen, Umwelt, ökonomische und physische Sicherheit (Stiglitz et. al. 2009; S. 14f.). Die Autor/innen empfehlen, ein Indikatoren-Set zu entwickeln, mit dem objektive Daten und subjektive Einschätzungen über die Realisierung dieser Dimensionen gesellschaftlichen Wohlergehens erhoben werden. Als ein methodologisches Kriterium für die Operationalisierung der Lebensqualität nennt der Stiglitz-Bericht den Fokus auf einzelne Individuen (S. 144). Gemeinschaften und Institutionen müssen demnach aus dem Blickwinkel betrachtet werden, was sie zur Lebensqualität von Individuen beitragen.

Die **normative Begründung** für die Auswahl der Dimensionen sowie die Dimensionen selbst sind von der OECD, dem Eurostat und auch der Enquete-Kommission (Bundestag 2013; S. 235f.) übernommen worden. Die OECD behauptet, mit ihren Indikatoren unterschiedliche Quellen der Normativität zu berücksichtigen. Die Dimension „materielle Lebensbedingungen“ wird mittels objektiver Indikatoren operationalisiert, die Indikatoren, welche die Lebensqualität messen, sind sowohl subjektiv als auch objektiv. Eurostat konzentriert sich darauf, für die Dimensionen gesellschaftlichen Wohlergehens sowohl objektive als auch subjektive Indikatoren zu finden, die den Qualitätskriterien einer statistischen Behörde genügen würden. Gleichwohl behaupten die Autor/innen, dass acht Dimensionen des menschlichen Wohlergehens (also alle außer der Zufriedenheit mit dem Leben) „relate to people’s capabilities to pursue their self-defined well-being, according to their own values and priorities“ (Eurostat 2015; S. 9). Das Zitat verdeutlicht, dass auch die Befähigungen/Freiheiten als Quelle des Wohlergehens berücksichtigt werden sollen. Anhand der gewählten Indikatoren wird es allerdings nicht deutlich, wie das geschieht.

Die Dimensionen des Jahreswohlstandsberichts basieren auf dem Sondervotum der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Sachverständigen Prof. Uwe Schneidewind und dem im Votum vorgestellten „Wohlstandskompass“ (Bundestag 2013; S. 277ff.). Als Begründung für ihr Sondervotum führt die Fraktion an, einen besser kommunizierbaren Indikator als den der Enquete zu benötigen (Bundestag 2013; S. 278).

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick darüber, wie OECD, Eurostat, Enquete-Kommission sowie die Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen das gesellschaftliche Wohlergehen operationalisiert haben. Sie alle haben **mehrdimensionale Indizes** entwickelt. Zwar unterscheiden sich die Indizes hinsichtlich der Anzahl der Dimensionen auf der höchsten Aggregationsstufe: OECD und Eurostat folgen den acht Dimensionen des Stiglitz-Berichts und ergänzen noch die Dimension „subjektives Wohlbefinden“. Die Enquete-Kommission hat die Entwicklung eines auf drei Kategorien aggregierten Indizes vorgeschlagen (Materieller Wohlstand, Soziales und Teilhabe sowie Ökologie), die Bundestagsfraktion einen vierdimensionalen Index (Ökologische, soziale, gesellschaftliche und ökonomische Dimension). Doch bereits die nächste Ebene unter den obersten Kategorien umfasst die meisten Dimensionen des Stiglitz-Berichts. Diese werden in der Tabelle 3 dargestellt.

Die Tabelle verdeutlicht auch, dass alle betrachteten Operationalisierungsansätze, außer dem der Enquete, subjektive Indikatoren beinhalten und insbesondere auch über die Zufriedenheit mit dem Leben berichten. Der Enquete-Bericht verweist bei der Begründung der einzelnen Indikatoren vielfach auf ihre Bedeutung für die Lebenszufriedenheit (u. a. Bundestag 2013; S. 236, 242, 252, 254), verwendet jedoch nur objektive Indikatoren für die Beurteilung der Lebensqualität.

Tabelle 3: Übersicht über Indikatoren und Wohlstandsdimensionen

Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht	OECD	Eurostat	Bundestags-Enquete	Grünen-Jahreswohstandsbericht
Materieller Lebensstandards (Einkommen, Konsumhöhe, Vermögen)	Einkommen und Wohlstand Wohnverhältnisse Beschäftigung und Erwerbseinkommen	Finanzielles Einkommen Wohnverhältnisse Beschäftigung	BIP/Kopf Einkommensverteilung Beschäftigung Staatsschulden Finanzielle Nachhaltigkeit des Privatsektors Nettoinvestitionsquote (nicht-marktvermittelte Produktion)	NWI im Vergleich zum BIP Einkommensverteilung Anteil von Umweltschutzgütern an Exporten von Industriewaren insgesamt
Gesundheit	Gesundheit	Gesundheit	Gesundheit	
Bildung	Bildung	Bildung	Bildung	Bildung
Persönliche Tätigkeiten, einschließlich Arbeit	Work-Life-Balance			
Soziale Bindungen und Beziehungen	Gemeinsam	Freizeit und soziale Interaktion		
Politische Teilhabe und Governance	Zivilengagement	Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte		Governance-Index
Ökonomische und physische Sicherheit	Physische Sicherheit	Wirtschaftliche und physische Sicherheit		

Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht	OECD	Eurostat	Bundestags-Enquete	Grünen-Jahreswohlstandsbericht
Umwelt (gegenwärtige und zukünftige Bedingungen)	Wasserqualität Luftqualität	Lärm Luftqualität	Treibhausgase Stickstoff Artenvielfalt	Artenvielfalt und Landschaftsqualität Ökologischer Fußabdruck im Verhältnis zur Biokapazität
	Subjektives Wohlergehen	Subjektives Wohlergehen	Freiheit	Subjektives Wohlergehen

Die OECD und Eurostat folgen den Empfehlungen des Stiglitz-Berichtes, die unterschiedenen Dimensionen des Wohlergehens nicht untereinander zu gewichten. Der mehrdimensionale Indikator soll vielmehr die Öffentlichkeit über den Zustand der jeweiligen Dimensionen des Wohlergehens informieren. Eine weitere **Aggregation** bzw. ein Vergleich oder eine Gewichtung der einzelnen Dimensionen untereinander soll öffentlichen Diskussionen überlassen werden, da diese kontroverse normative Festlegungen erforderten (Stiglitz et. al. 2009). Das Gleiche gilt auch für die Gewichtung von subjektiven Einschätzungen (Zufriedenheitsdaten) und objektiven Indikatoren. Im Falle von Zielkonflikten (z.B. hohe Zufriedenheit mit einem Zustand, obwohl die objektiven Indikatoren darauf hindeuten, dass das Wohlergehen darin niedrig ist) soll in öffentlich-politischen Diskussionen entschieden werden, wie das Wohlergehen zu beurteilen ist. Die OECD hat ein Online-Tool erstellt, mit dem Benutzer/innen die Dimensionen mit eigenen Gewichten versehen und so einen aggregierten Index guten Lebens erstellen können.⁹

Die Enquete-Kommission sowie die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen unterscheiden drei (Materieller Wohlstand, Soziales/Teilhabe, Ökologie) bzw. vier Dimensionen (Ökonomische, Soziale, Gesellschaftliche, Ökologische Dimension) des Wohlergehens. Allerdings enthält jede Dimension weitere Unterkategorien, die nicht mehr miteinander verglichen oder aggregiert werden. Diese Unterkategorien werden auch in den Vorschlägen zur Darstellung des jeweiligen Indexes erwähnt (vgl. Beispiele für die Darstellungen im Anhang, Abschnitt 6.1).

Die Frage, wie das **Wohlergehen zukünftiger Generationen** in einem Indikator guten Lebens berücksichtigt werden soll, wird innerhalb des Beyond-GDP-Diskurses kontrovers diskutiert. Übereinstimmung herrscht darüber, dass lediglich die Messung aktuellen Wohlergehens nicht ausreichend ist, um über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung zu entscheiden (vgl. Stiglitz et al. 2009). Aus diesem Grund hat der Stiglitz-Bericht empfohlen, neben der Messung der aktuellen Lebensqualität

⁹ Das Online-Tool ist zu erreichen über die Webadresse: <http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/> (letzter Zugriff am 18.01.16).

auch die Nachhaltigkeit der Lebensqualität zu messen, d.h., Indikatoren zu entwickeln, die es zu beurteilen erlauben, ob das Niveau der Lebensqualität für die zukünftigen Generationen erhalten werden kann (Stiglitz et. al. 2009; S. 11).

In ihrer neuesten Publikation hat die OECD die Dimension der Nachhaltigkeit in die Berichterstattung aufgenommen (OECD 2015). Die Nachhaltigkeit des Wohlergehens wird mittels eines kapitalbasierten Ansatzes operationalisiert: Indikatoren der Nachhaltigkeit sind Bestände von vier Arten von Kapital: Natur-, Human-, Sozial- und ökonomisches Kapital (OECD 2015; S. 108f.). Die für die Operationalisierung vorgeschlagenen Indikatoren sind in Abschnitt 6.2 (Anhang) abgebildet.

Auch die Enquete-Kommission berücksichtigt das Wohl der zukünftigen Generationen durch die Dimension der Nachhaltigkeit. Um die Nachhaltigkeit unserer Lebensweise zu messen, sucht die Enquete-Kommission nach Indikatoren, die aufzeigen, welche Möglichkeiten zukünftigen Generationen überlassen werden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen (Bundestag 2013; S. 237). Die Kommission schlägt vor, dies mittels Warnlampen-Indikatoren für die Leitdimensionen (Materieller Wohlstand, Soziales und Teilhabe, Ökologie) zu operationalisieren. Diese Indikatoren sollen kommuniziert werden, wenn sie gewisse Grenzwerte unterschreiten oder sich negativ entwickeln.

Kontroverse: Berücksichtigung der Lebensqualität zukünftiger Generationen

Innerhalb der Enquete hat die Wahl der Indikatoren für die Dimension Ökologie eine Kontroverse ausgelöst. In einem Sondervotum schreibt der Sachverständige Marc-Oliver Bettzüge, dass „Messung der **tatsächlichen** Entwicklung der Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes [...] das erklärte Ziel des Indikatorensatzes“ (Bundestag 2013; S. 274, Hervorhebung im Original) sei. Aus diesem Grund kritisiert er die Wahl der ökologischen Indikatoren (Artenvielfalt, Treibhausgasemissionen, Stickstoffbilanz) – sie sagten nichts über die tatsächliche Lebensqualität der Gesellschaftsmitglieder aus, sondern lieferten Evidenzen für das Potenzial zu ihrer Erhaltung, so Bettzuges Argumentation.

Dieser Einwand verdeutlicht eine Kontroverse innerhalb der Debatte um die Indikatoren für gesellschaftliches Wohlergehen. Einigkeit herrscht darüber, dass der Zustand der Umwelt für die Beurteilung der aktuellen Lebensqualität zu berücksichtigen ist. Kontrovers ist jedoch, welche Aspekte der Umwelt von Relevanz sind. Die eine Position behauptet, dass die Zustände der Umweltmedien wie Wasser und Luft, die Lärmbelastung oder die Flächenversiegelung für die Beurteilung der aktuellen Lebensqualität einschlägig seien, nicht jedoch der Zustand der Atmosphäre oder der Biodiversität. Letztere seien Indizien dafür, ob die gesellschaftliche Lebensqualität über die Zeit erhalten werden kann. Die andere Position hält dagegen, dass auch der Zustand der Atmosphäre oder der Biodiversität Indikatoren dafür seien, wie hoch die Lebensqualität der Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt ist.

Den beiden Positionen liegen unterschiedliche Auffassungen dessen zugrunde, was Wohlergehen, Lebensqualität oder gutes Leben ausmacht. Die erste Position begründet Bettzüge mit dem Verweis darauf, dass die Höhe der Treibhausgase die „konkrete Lebenssituation“ der heutigen Bürger/innen nicht betreffe (Bundestag 2013; S. 274). Das ist allerdings vage ausgedrückt: ökologisch besorgte Menschen würden bestreiten, dass die Höhe der Treibhausgase oder der Zustand der Artenvielfalt ihre konkrete Lebenssituation nicht betreffen. Die Wahl der Indikatoren gemäß der ersten Position lässt sich nur durch eine **subjektivistische Auffassung der Lebensqualität** begründen (vgl. hierzu Abschnitt 2.3.2). Gemäß dieser Auffassung ist die Lebensqualität zu einem Zeitpunkt allein dadurch bestimmt, was für einen Menschen zu diesem Zeitpunkt unmittelbar erfahrbar oder spürbar ist. Die Höhe der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre ist für die heute lebenden Menschen nicht unmittelbar erfahrbar, die Lärmbelastung hingegen schon. Die Begründung in OECD (2011) sowie im gemeinsamen Bericht der deutschen und französischen Sachverständigenräte dafür, den Zustand der

Umwelt in die Instrumententafel für das Monitoring gesellschaftlichen Wohlergehens aufzunehmen, lässt ebenso vermuten, dass die Autor/innen eine subjektivistische Auffassung guten Lebens implizit unterstellt haben. Denn gemäß diesen Publikationen ist der Zustand der Natur wertvoll, weil er andere grundlegendere Bestandteile des menschlichen Wohlergehens wie Gesundheit oder Erholungsmöglichkeiten (GCEE und CAE 2010; S. 90; OECD 2011) betrifft.

Die zweite Position lässt sich hingegen mit einer **objektiveren Auffassung menschlichen Wohlergehens** begründen. Beispielsweise argumentiert Martha Nussbaum dafür, dass Zugang zu intakter Natur ein Bestandteil eines gelingenden menschlichen Lebens ist (z. B. Nussbaum 2007; S. 77). Die Höhe der Treibhausgasemissionen oder der Zustand der Artenvielfalt sind Indikatoren dafür, ob die Natur intakt ist oder nicht. Somit zeigen diese Indikatoren an, ob eine notwendige Voraussetzung dafür gegeben ist, dass die gegenwärtig lebenden Menschen Zugang zu intakter Natur zu haben. Des Weiteren kann für die zweite Position damit argumentiert werden, dass sie für die Beurteilung der gegenwärtigen Lebensqualität auch die Bedingungen für die Erhaltung der Lebensqualität für relevant hält.¹⁰ Die gemäß dieser Position befürworteten Indikatoren (Höhe der Treibhausgasemissionen, Verlust der Artenvielfalt) sind Indikatoren für planetare Leitplanken. Die Einhaltung der planetaren Leitplanken stellt wiederum eine Bedingung dafür dar, dass die Menschheit ihre in der Epoche des Holozäns etablierten Lebensweisen aufrechterhalten kann. Dass Bedingungen dafür, dass eine Situation X aufrechterhalten werden kann, einschlägig dafür sind, wie wir die Qualität der Situation X beurteilen, ist uns aus anderen Kontexten durchaus vertraut. Beispielsweise würden wir eine Person nicht als gesund bezeichnen, die zwar keinerlei Beschwerden spürt, über die wir allerdings wissen, dass sie einen Tumor hat, der jederzeit ausbrechen und zu Einschränkungen der körperlichen Funktionen führen kann. Analog könnte man dafür argumentieren, auch bei der Beurteilung der aktuellen Lebensqualität einer Gesellschaft Bedingungen zu berücksichtigen, die die Erhaltung der Lebensqualität ermöglichen. Schließlich lässt sich für die zweite Position auch das Argument vorbringen, dass ein Indikator für gesellschaftliche Lebensqualität offen dafür sein sollte, das Wohlergehen von nicht-menschlichen Wesen zu berücksichtigen, um normative Einstellungen von Gesellschaftsmitgliedern nicht auszuschließen, die biozentrische Werthaltungen vertreten. Das stellt einen zusätzlichen Grund für die Aufnahme des Indikators für die Artenvielfalt dar.

Verteilungsfragen werden meist nicht berücksichtigt

Die im Rahmen dieses Diskurses entwickelten Indikatoren gesellschaftlichen Wohlergehens richten sich primär darauf, eine Auskunft über die gesamte Gesellschaft bzw. ihren Durchschnitt zu geben. Gleichwohl wird in nahezu allen Publikationen darauf verwiesen, dass solche aggregierten bzw. Durchschnittswerte den Nachteil haben, dass die Verteilung des Wohlergehens nicht abgebildet wird. Um Verteilungsaspekte in der Messung gesellschaftlicher Lebensqualität zu integrieren, werden zwei unterschiedliche Vorgehensweisen gewählt.

In die Indikatoren von der Enquete-Kommission sowie der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen gehen Indikatoren für Einkommens- bzw. Vermögensverteilung direkt ein. Die OECD und Eurostat haben in ihren Dashboards keine Verteilungsindikatoren oder Ungleichheitsmaße. Jedoch analysieren sie in ihren Publikationen die Daten nach soziodemographischen Faktoren (Geschlecht, Alter, Haushaltstypen). Die OECD gibt in einem eigenen Abschnitt Auskunft über mehrere Indizes für Einkommens- und Vermögensverteilung (Gini-Koeffizient, S90/S10-Verhältnis, Verteilung des Haushaltswohlstands (OECD 2015; S. 60ff.)).

¹⁰ Mit dieser Überlegung wird im Bericht der Enquete-Kommission die Berücksichtigung der Dimension „Ökologie“ gerechtfertigt (Enquete-Kommission 2013; S. 265).

2.1.3 Beteiligte Akteure

Der Diskurs ist aus der Arbeit wissenschaftlicher und institutioneller Akteure entstanden. Entscheidenden Einfluss darauf hatte die Arbeit der **Stiglitz-Kommission**. Die Kommission wurde geleitet von drei Ökonomen, die restlichen 22 Mitglieder sind ebenfalls fast ausschließlich Wissenschaftler/innen¹¹. Die an der OECD angesiedelte Expert/innen-Gruppe besteht ebenfalls aus 19 Wissenschaftler/innen und dem Generaldirektor von Eurostat¹². Das von der Kommission empfohlene Indikatoren-Set basiert auf drei unterschiedlichen und unter Umständen miteinander konfligierenden Auffassungen guten Lebens: Gutes Leben im Sinne der Befähigungen, bestimmte Werte zu realisieren; Gutes Leben im Sinne der Zufriedenheit mit dem Leben und gutes Leben als materieller Wohlstand (vgl. Stiglitz et. al. 2009; S. 145). Angesichts der Zusammensetzung der Kommission, in der Vertreter/innen aller drei theoretischer Ansätze versammelt waren¹³, vermuten wir, dass die Berücksichtigung der drei Ansätze der Zusammensetzung der Kommission geschuldet ist.

Die Empfehlungen der Stiglitz-Kommission sind neben Eurostat von zahlreichen **nationalen Statistikämtern** aufgegriffen worden. Inzwischen haben beispielsweise die Ämter von Italien oder Österreich Berichte vorgelegt, in denen sie den Empfehlungen der Stiglitz-Kommission folgend die Lebensqualität in den jeweiligen Ländern bewerten.

Das Netzwerk „Beyond-GDP“ wird vom **DG Environment der EU-Kommission** koordiniert. Zusätzlich wurde zwischen 2012 und 2014 durch die Europäische Kommission ein Forschungsvorhaben finanziert, das die europäischen Beyond-GDP-Aktivitäten koordiniert und die Arbeit der nationalen Statistikämter gefördert hat (European Framework for Measuring Progress (e-Frame))¹⁴. Entsprechende Empfehlungen wurden auf Konferenzen und insgesamt neun Workshops erarbeitet. An diesem Projekt beteiligten sich unter anderem das britische Statistikamt, die New Economics Foundation und mehrere Universitäten.

Während der Arbeit der Enquete-Kommission wurden die Aktivitäten des Beyond-GDP-Netzwerkes regelmäßig auf zivilgesellschaftlichen Blogs ausgewertet und diskutiert. In der Zeit fanden zahlreiche Konferenzen statt, organisiert von politischen Stiftungen, auf denen Indikatoren zum gesellschaftlichen Wohlergehen diskutiert wurden. Auch auf der Degrowth-Konferenz 2014 gab es Vorträge, die Bezüge zwischen Beyond-GDP und Postwachstumsdiskursen analysierten. Nach dem Ende der Arbeit der Enquete-Kommission hat auch die öffentliche zivilgesellschaftliche Debatte zu diesem Diskurs weitestgehend aufgehört.

Die Empfehlung der Stiglitz-Kommission, einen mehrdimensionalen Index des Wohlergehens zu konstruieren, wird damit begründet, auf diese Weise zwischen unterschiedlichen Auffassungen guten Lebens, die sich in der Gewichtung der einzelnen Bestandteile guten Lebens unterscheiden, nicht zu diskriminieren, und damit möglichst vielfältige gesellschaftliche Interessen zu berücksichtigen. Zwischen den hier untersuchten Akteuren herrscht auch weitestgehend Einigkeit über die relevanten Dimensionen der Lebensqualität (vgl. Tabelle 3). Gleichwohl lässt sich eine wichtige Kontroverse bezüglich der Operationalisierung der Dimension Umwelt identifizieren (vgl. Abschnitt 2.1.2).

¹¹ In der Kommission finden sich 20 Wissenschaftler/innen, ein Vertreter der OECD und ein Vertreter von UNDP.

¹² <http://www.oecd.org/statistics/measuring-economic-social-progress/members.htm> (letzter Zugriff: 18.01.16)

¹³ Glücks- bzw. Zufriedenheitsansätze vertreten beispielsweise Andrew J. Oswald, Alan B. Krueger, Daniel Kahnemann; den Befähigungsansatz hat Amartya Sen wesentlich geprägt; den im Bericht so genannten fair allocation Ansatz vertritt aus den Kommissionsmitgliedern Marc Fleurbaey.

¹⁴ <http://www.eframeproject.eu/> (letzter Zugriff: 18.01.16)

2.1.4 Bezüge zur politischen Ordnung

Die Rollen politischer Akteure werden innerhalb des Indikatoren-Diskurses kaum explizit diskutiert. Das primäre Ziel liegt ja darin, ein **Informationstool** zu schaffen, das politische Entscheidungsträger/innen – wer auch immer sie sein mögen – besser in die Lage versetzt, zur Förderung der Lebensqualität, des Wohlergehens oder des guten Lebens beizutragen. Es finden sich jedoch zahlreiche Hinweise dafür, dass die Indikatorensets an **staatliche Akteure** gerichtet sind, um ihnen Orientierung und Legitimation zu liefern, politische Maßnahmen zur Förderung der Lebensqualität zu implementieren.

Alle betrachteten Studien erfolgten im Auftrag staatlicher politischer Akteure bzw. durch staatliche bzw. supranationale Institutionen. Der Stiglitz-Bericht legitimiert das Einsetzen der Kommission gleich zu Beginn der Publikation mit der Unzufriedenheit des französischen Präsidenten mit der Information über den Zustand der Ökonomie und Gesellschaft (Stiglitz et. al. 2009; Executive Summary, Punkt 1)¹⁵. Die OECD rechtfertigt ihre Arbeit mit dem Ziel „better policies for better lives“. Die Indikatorensets sollen auch dabei behilflich sein, Prioritäten in der Staatstätigkeit (public policy) zu setzen (OECD 2015; S. 22).

Es wäre allerdings verkürzt zu urteilen, in diesem Diskurs werde dem Staat eine zentrale Rolle zugesprochen. Zum einen wird innerhalb dieses Diskurses an einem Instrumentenbrett (Dashboard) für die Beurteilung des gesellschaftlichen Wohlergehens gearbeitet, die mehrere Bestandteile des Wohlergehens nebeneinander stehen lässt. Die Vergleiche zwischen diesen Bestandteilen und Wertkonflikte dazwischen werden einem breiten politischen Prozess überlassen. Zum anderen verweist der Stiglitz-Bericht auf die Notwendigkeit von deliberativen Prozessen, in denen die einzelnen Bestandteile des Wohlergehens identifiziert werden müssten (S. 156). Allerdings sind solche deliberativen Prozesse nach unserem Wissen bislang nicht durchgeführt worden.¹⁶

2.2 Postwachstum

2.2.1 Genese des Diskurses

Seit der industriellen Revolution haben die frühzeitig industrialisierten Länder ein bis dahin in der Menschheitsgeschichte nicht erlebtes Wachstum an ökonomischer Wertschöpfung erfahren (Buchheim 1997). Der durchschnittliche Lebensstandard ist seit der Zeit zweifellos gestiegen: neben den höheren durchschnittlichen Einkommen ist auch die Lebenserwartung oder die Bildung der Bevölkerung in diesen Ländern gestiegen. So hat sich in der Öffentlichkeit die Meinung verfestigt, Wirtschaftswachstum sei für die Wahrung der Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt unabdingbar. Diese Meinung wird allerdings seitens politischer Ökonom/innen als auch Philosoph/innen seit langem bezweifelt. Bereits Adam Smith (Smith 1776) und John Stuart Mill (1888, 2004) hielten eine **stagnierende Volkswirtschaft für wünschenswert**. Bertrand Russell argumentierte dafür, den technologischen Fortschritt nicht dafür einzusetzen, weitere wirtschaftliche Wertschöpfung zu kreieren, sondern dafür, weniger arbeiten zu müssen, weil das der Menschheit ein besseres Leben ermöglichen würde (Russell 1935, 2004; S. 1-15). Auch John Maynard Keynes malte in einem Aufsatz eine Vision für das Jahr 2030 aus, in der Menschen in nicht weiter wachsenden Volkswirtschaften lediglich 15

¹⁵ Wörtlich: “In February 2008, the President of the French Republic, Nicholas Sarkozy, unsatisfied with the present state of statistical information about the economy and the society, asked, Joseph Stiglitz (President of the Commission), Amartya Sen (Advisor) and Jean Paul Fitoussi (Coordinator) to create a Commission, subsequently called “The Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress”.”

¹⁶ Vorausgesetzt, der vom Kanzleramt initiierte Dialog „Gut leben in Deutschland“ wird nicht als ein solcher deliberativer Prozess aufgefasst wird. Dazu mehr in Kapitel **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Stunden pro Woche zu arbeiten brauchen, um ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen (Keynes 1930).

Das waren allerdings vereinzelte Stimmen. Als einen Kristallisationspunkt des heutigen Postwachstumsdiskurses identifizieren sowohl Martínez-Alier et al. (2010) als auch Muraca (2015) die Publikation „**Grenzen des Wachstums**“ für den Club of Rome (Meadows et. al. 1972). Diese hat in Frankreich eine lebendige Debatte über die Möglichkeit und Erwünschtheit weiteren wirtschaftlichen Wachstums ausgelöst. Georgescu-Roegen (1975) kritisierte Meadows dafür, dass letzterer eine stagnierende Volkswirtschaft befürworte, und deutete die Notwendigkeit einer Schrumpfung an (1975; S. 368f.). Ende der 70er Jahre, spätestens mit der Publikation des Buches „*Demain la Décroissance*“ (Georgescu-Roegen 1979) hat sich in Frankreich auch der Begriff „*Décroissance*“ etabliert (Martínez-Alier et al. 2010; S. 1742), das französische Pendant für den englischen Ausdruck „*Degrowth*“ und den deutschen „Postwachstum“. Nach Martínez-Alier et al. (2010) hat der französische Diskurs in den 1970er Jahren zwei ideelle Stränge verbunden: Erstens die aus der ökologischen Ökonomik stammende Skepsis darüber, ob die Lösung ökologischer Herausforderungen mit weiterem wirtschaftlichen Wachstum kompatibel ist. Zweitens die innerhalb der kritischen Politik- und Sozialwissenschaften diskutierte These, dass eine Vorstellung gesellschaftlicher Entwicklung bzw. gesellschaftlichen Fortschritts, die wesentlich auf weiteres Wirtschaftswachstum setzt, weder soziale und globale Ungerechtigkeiten beseitigt noch ein gutes Leben in solchen Gesellschaften ermöglicht (prominenter Vertreter war Ivan Illich (Illich 1973)).

Einen neuen Aufschwung – und größere internationale Verbreitung – hat der **Postwachstumsdiskurs Anfang des 21. Jahrhunderts** erhalten. In den 2000er Jahren fanden in Frankreich eine Reihe von Veranstaltungen zu *Décroissance* statt¹⁷, die in die erste internationale *Degrowth*-Konferenz, die 2008 in Paris stattfand, mündeten (Muraca 2015; S. 109). Ein Jahr später veröffentlichte die britische Sustainable Development Commission den Bericht „*Prosperity without Growth*“ (Jackson 2009). Darin argumentierten die Autor/innen für die These, dass eine vom Wirtschaftswachstum unabhängige Gesellschaft wünschenswert sei und dass es möglich sei, einen hohen Lebensstandard in einer solchen Gesellschaft zu realisieren.

Spätestens in dieser Zeit hat die Postwachstumsdebatte auch in Deutschland Fuß gefasst. Zahlreiche Autor/innen aus verschiedenen politischen Lagern und diversen wissenschaftlichen Disziplinen haben Gründe dafür vorgebracht, die Wachstumsabhängigkeit gegenwärtiger Ökonomien zu beseitigen. Sie haben gesellschaftliche Bereiche und Institutionen identifiziert, die auf Wirtschaftswachstum angewiesen sind, und Vorschläge erarbeitet, wie diese transformiert werden könnten, um eine Postwachstumsgesellschaft zu realisieren (Miegel 2010, Rauchenberger und Sturn 2010, Seidl und Zahrnt 2010, Rätz et. al. 2011, Paech 2012, Welzer 2013).

Die von Martínez-Alier et al. (2010) unterschiedenen zwei geistigen Strömungen, die in den 70er-Jahren den *Décroissance*-Diskurs in Frankreich bestimmten, finden sich auch in den heutigen Debatten: Zum einen die Überzeugung, dass die Wachstumsgesellschaften ökologische Herausforderungen nicht bewältigen werden und zum anderen die Kritik an der Vorstellung, dass eine beständig wirtschaftlich wachsende Gesellschaft eine sinnvolle Vorstellung für gesellschaftlichen Fortschritt darstelle. Insbesondere innerhalb des zweiten Stranges wird dafür argumentiert, dass die Art und Weise, wie wir in den frühzeitig industrialisierten Gesellschaften leben, nicht gut für uns sei. Ausgehend von dieser Kritik werden entsprechend Ideen diskutiert, wie unsere Gesellschaft verfasst sein sollte, um ein besseres Leben darin zu ermöglichen. In diesem Abschnitt zeichnen wir nach, welche Vorstellungen guten Lebens dabei zugrunde gelegt werden.

¹⁷ 2002 fand ein Unesco-Kolloquium statt, auf dem Wirtschaftswachstum als ein Entwicklungsparadigma kritisch diskutiert wurde; 2005 fand in Frankreich ein nationalweites Treffen wachstumskritischer Gruppen statt (Muraca 2015; S. 108f.)

2.2.2 Gehalt der Auffassung Guten Lebens

Innerhalb des Postwachstumsdiskurses werden Konzepte einer gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Ordnung gemäß dem von Tim Jackson geprägten Motto „Prosperity without Growth“ (Jackson 2009) entwickelt, also einer Ordnung, welche gutes Leben, Wohlergehen, Glück, Lebensqualität ermöglichen würde, ohne dafür auf ständiges Wirtschaftswachstum angewiesen zu sein. In den Worten von Latouche ist es das Ziel der Décroissance, „objektive Bedingungen bereitzustellen, die es allen ermöglichen, ein gutes Leben zu führen“ (Latouche 2015a; S. 96). Gleichwohl gibt es innerhalb des Diskurses keinen Konsens darüber, was genau unter „Prosperity“, „gutem Leben“ und verwandten Begriffen (Wohlergehen, Glück, Lebensqualität) zu verstehen ist. Vielmehr findet sich bereits in der von uns analysierten Literatur eine **breite Vielfalt von Interpretationen**.

Innerhalb des Postwachstumsdiskurses wird keine einheitliche Auffassung guten Lebens vertreten und nur wenige Autor/innen diskutieren systematisch, worin das gute Leben bestehen soll. Es finden sich Bezüge auf unterschiedliche normative Quellen: sowohl Glück, einzelne Werte (wie Autonomie, Freiheit, Solidarität, Altruismus, Suffizienz/Genügsamkeit, Kooperation oder soziales Miteinander) als auch Befähigungen.

Der Begründer des Degrowth-Konzeptes, Georgescu-Roegen, scheint **individuelles Glück** bzw. Zufriedenheit mit dem Leben („enjoyment of life“) als dasjenige Ziel angesehen zu haben, auf das Ökonomien ausgerichtet werden sollten (Georgescu-Roegen 1975; S. 353). Expliziter vertritt Paech diese These. Er kritisiert die bestehende Wachstumsgesellschaft dafür, dass die bestehenden Wachstumstreiber und -abhängigkeiten dem Streben nach individuellem Glück hinderlich seien (vgl. Abschnitte „kulturelle Wachstumstreiber“ (S. 110ff.), „Suffizienz und Zeit“ (S. 126ff.)). Paech schreibt beispielsweise: „Das Alternativprogramm einer Postwachstumsökonomie würde zwar auf eine drastische Reduktion der industriellen Produktion hinauslaufen, aber erstens die ökonomische Stabilität der Versorgung (Resilienz) stärken und zweitens keine Verzichtleistung darstellen, sondern sogar die Aussicht auf mehr Glück eröffnen“ (Paech 2012; S. 11). Dennoch weicht er davor zurück, das individuelle Glück als das letztendliche Ziel anzusehen (S. 148). Stattdessen plädiert er dafür, das „aufgeklärte Glück“ anzustreben (S. 148f.). Der Autor erläutert allerdings nur cursorisch, was damit gemeint ist. Die Aufgeklärtheit bestehe in der Übernahme von Verantwortung für die Folgen seines Handelns durch das Individuum, so Paech.

Der Begriff des Glücks wird von zahlreichen Vertreter/innen von Postwachstumskonzepten dazu genutzt, Postwachstumsvisionen oder Maßnahmen dorthin zu begründen. Nahezu alle Autor/innen zitieren Ergebnisse der Glücksforschung, welche die fehlende Korrelation zwischen dem BIP-Wachstum und der Zufriedenheit mit dem Leben in den frühzeitig industrialisierten Ländern seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts belegt (siehe auch Abschnitt 2.3.1), um für die These zu argumentieren, dass die Wachstumsgesellschaft dem guten Leben nicht förderlich sei (Paech 2012, Jackson 2009, Seidel und Zahrnt 2010). Selbst Latouche – der eigentlich die Idee des Strebens nach dem Glück kritisiert (vgl. Latouche 2015a; S. 83-85) – verwendet die Ergebnisse der Glücksforschung, um gegen die Wachstumsgesellschaft zu argumentieren (Latouche 2015a; S. 89f.)

Die These, das Glück sei das letztendliche Ziel für das individuelle Leben oder das staatliche Handeln, ist allerdings innerhalb des Postwachstumsdiskurses umstritten. O'Neill argumentiert dafür, dass Postwachstumskonzepte nicht das individuelle Glück oder Zufriedenheit mit dem (eigenem) Leben als normative Grundlage verwenden sollten (O'Neill 2011).

Zahlreiche Vertreter/innen von Postwachstumskonzepten leiten die von ihnen jeweils vertretene Auffassung guten Lebens nicht aus einer normativen Theorie ab. Latouche (2015) oder auch Muraca (2014) verweisen vielmehr darauf, dass der Gehalt von Auffassungen guten Lebens, also Werte, die darin enthalten sein sollen, in partizipativen demokratischen Deliberationsprozessen erst bestimmt

werden müssen (Muraca 2014; S. 89). Muraca (2012b) schlägt vor, den von Sen und Nussbaum entwickelten **Befähigungsansatz** als normative Theorie für die Explikation der Auffassungen guten Lebens zu verwenden (Muraca 2012b; S. 544). Demnach besteht ein gutes Leben darin, über gewisse wertvolle Befähigungen zu verfügen. Welche Befähigungen es sind, darüber besteht unter den Vertreter/innen des Befähigungsansatzes keine Einigkeit. Während Nussbaum eine Liste von grundlegenden menschlichen Befähigungen erstellt, argumentiert Sen dafür, keine solchen Listen zu erstellen, sondern die jeweiligen Befähigungen in öffentlichen deliberativen Prozessen diskursiv zu bestimmen (Robeyns 2006).

Allerdings kritisieren Postwachstum-Vertreter/innen die gegenwärtigen Wachstumsgesellschaften dafür, dass sie hinderlich dabei sind, einige Bestandteile guten Lebens zu verwirklichen. Anhand dieser Kritik können wir Schlussfolgerungen darauf ziehen, welche Konzeptionen guten Lebens sie implizit unterstellen.

Demnach vertreten sie keine monistische Auffassung guten Lebens (gutes Leben lässt sich nicht auf eine bestimmte Quelle, beispielsweise Glücksempfindungen, reduzieren), sondern eine pluralistische: Gutes Leben besteht darin, eine Vielfalt von Werten – Bestandteilen guten Lebens – realisieren zu können. Und sie benennen vielfach noch eine weitere Eigenschaft, die gutes Leben ausmacht: gutes Leben besteht nicht darin, alle seine Bestandteile möglichst zu maximieren, sondern sie in einem rechten Maße zu realisieren.

Gegen die Wachstumsgesellschaften wenden sie ein, dass darin einige Bestandteile guten Lebens – vor allem materieller Wohlstand – in einem Maße realisiert würden, die dem guten Leben nicht mehr förderlich sondern eher abträglich seien. Um den materiellen Wohlstand zu mehren, weiteten Wachstumsgesellschaften Marktbeziehungen in immer mehr gesellschaftliche Bereiche aus. Marktbeziehungen zeichneten sich aber dadurch aus, dass darin zahlreiche Bestandteile guten Lebens, insbesondere Werte wie **soziales Miteinander, Solidarität, Altruismus, Kooperation, Freizeitgenuss, Ethos des Spielens** (Latouche 2015b; S. 59; Muraca 2014; S. 78ff.) vernachlässigt würden, wogegen Werte, die einem guten menschlichen Leben hinderlich sind (z. B. Egoismus, Konkurrenz, Arbeitssucht, Fremdbestimmung), gefördert würden. Entsprechend kritisieren Postwachstums-Vertreter/innen an Wachstumsgesellschaften, dass die gesellschaftliche und ökonomische Ordnung es nicht erlaube, solche Bestandteile guten Lebens wie Solidarität, soziales Miteinander – Latouche verwendet den von Illich übernommenen Begriff „Konvivialität“ (gesellige und gemeinschaftliche Gestaltung des Zusammenlebens (Latouche 2015b; S. 70, 2015a; S. 95f.)) – in einem ausreichenden Maße zu realisieren.

Wegen des hohen Stellenwertes des materiellen Wohlstandes in den Wachstumsgesellschaften werde darin eine weitere Gruppe von Bestandteilen guten Lebens nicht ausreichend realisiert, innerhalb des Diskurses werden sie als **Autonomie, Selbstbestimmung oder Freiheit** bezeichnet (Muraca 2014; S. 89, Latouche 2015b; S. 69f., Paech 2012; S. 63ff.). Der Grund, aus dem die Autor/innen diese Werte als eingeschränkt realisiert betrachten, ist der folgende: Moderne Wachstumsökonomien zeichneten sich durch einen hohen Grad an Fremdversorgung aus: einzelne Individuen müssten sich nahezu vollständig fremdversorgen. Hierzu seien sie darauf angewiesen, über regelmäßiges Geldeinkommen zu verfügen. Aber auch Regionen oder Volkswirtschaften seien in vielen Bereichen auf Fremdversorgung und funktionierende regionale sowie Weltmärkte angewiesen. Dieses Angewiesensein auf Tauschbeziehungen mit anderen schaffe einen Zwang, stets über genügend Tauschmittel – meist in Form von Geld – zu verfügen. Als Alternativen diskutieren die Autor/innen Konzepte wie regionale/lokale Währungen, Lebensmittel- oder Energieversorgung.

Muraca (2014) macht auf einen weiteren Aspekt der Autonomie bzw. Selbstbestimmung aufmerksam. Weil in heutigen Gesellschaften kein Konsens über eine Vorstellung guten Lebens herrsche, die gesellschaftlichen, politischen und insbesondere ökonomischen Institutionen aber einen Einfluss darauf hätten, welche Vorstellungen guten Lebens leichter realisierbar sein würden, sei die Debatte über Auffas-

sungen guten Lebens eine moralisch-politische Debatte. Diese Debatte benötige partizipative und deliberative Verfahren, damit alle Mitglieder der Gesellschaft an dieser Debatte gleichberechtigt teilnehmen könnten. Muraca schlussfolgert: „Eine gelebte und offene Demokratie ist fundamentale Bedingung für ein gutes Leben für alle“ (Muraca 2014; S. 89).

Die bisher genannten Bestandteile guten Lebens werden seitens der (hier analysierten) Theoretiker/innen innerhalb des Postwachstumsdiskurses vertreten. Darüber, welche Vorstellungen guten Lebens innerhalb der Zivilgesellschaft tatsächlich vertreten werden, gibt die bisherige Analyse keine Auskunft. Eversberg und Schmelzer (2015) haben auf der Degrowth-Konferenz 2014 Einstellungen der Teilnehmer/innen mittels einer Befragung untersucht. Vorstellungen guten Lebens waren zwar kein expliziter Gegenstand ihrer Analysen. Allerdings haben die Autoren eine Cluster-Gruppe von Befragten identifiziert, deren Vertreter/innen überdurchschnittlich hohe Zustimmung zu Werthaltungen gaben, die die Autor/innen als „radikalökologisch“ klassifizierten: „Der Mensch sollte an seinen natürlichen Platz in der Welt zurückkehren“, „Die Städte müssen weitgehend zurückgebaut werden“ sowie „Um nachhaltiger zu leben, sollten wir uns auf die Lebensstile früherer Generationen zurückbesinnen“ (Eversberg und Schmelzer 2015S; S. 19f.). Diese Werthaltungen deuten auf physiozentrische Vorstellungen guten Lebens hin. Offen bleibt, wie prominent solche radikalökologischen Werthaltungen sind und welche weiteren Auffassungen guten Lebens innerhalb der Zivilgesellschaft erstrebt werden¹⁸.

Lebensqualität zukünftiger Generationen?

Die Diskussion der Auffassungen guten Lebens konzentriert sich primär darauf, zu beschreiben, wie ein besseres Leben in den wohlhabenden, frühzeitig industrialisierten Gesellschaften realisiert werden könnte. Doch der Grund für diese Suche nach (neuen) Auffassungen guten Lebens liegt gerade darin, dass die etablierten Vorstellungen nicht intergenerationell und global verallgemeinerbar sind. Von ihrer Motivation her richten sich daher die innerhalb des Postwachstumsdiskurses analysierten Auffassungen guten Lebens auf alle heute und künftig lebenden Menschen.

Verteilungsfragen prominent

Überlegungen zur Verteilung spielen innerhalb des Postwachstumsdiskurses eine prominente Rolle und es sind unterschiedliche Dinge, deren Umverteilung gefordert bzw. diskutiert wird. Zum einen wird eine stärkere Gleichverteilung von „materiellen Reichtümern“, insbesondere von Einkommen und Wohlstand gefordert (Paech 2012; S. 139; Muraca 2014; S. 80f.; Latouche 2015b; S. 62). Explizite Verteilungsprinzipien nennen die Autor/innen zwar nicht. Jedoch diskutieren sie Maßnahmen wie Obergrenzen für Einkommen und Vermögen (Paech 2012) oder die Einführung einer Grundsicherung für alle (Muraca 2014). Latouche macht darüber hinaus auf die Ungleichverteilung zwischen Norden und Süden bezüglich des materiellen Reichtums und dessen, was Latouche „ökologische Schuld“ nennt, aufmerksam und fordert eine Umverteilung in jederlei Hinsichten (Latouche 2015b; S. 62).

Ein weiterer Aspekt, dessen Umverteilung explizit diskutiert wird, ist die **Erwerbsarbeit** bzw. die für die Erwerbsarbeit aufgewendete Zeit. Alle hier betrachteten Autor/innen beobachten eine Ungleichverteilung zwischen der für die Erwerbsarbeit und für andere Lebensbereiche aufgewendeten Zeit. Frigga Haug (Haug 2011) unterscheidet vier Bereiche, zwischen denen die Lebenszeit gleichmäßiger aufgeteilt werden sollte, als es in den bestehenden wohlhabenden Gesellschaften der Fall ist: Erwerbsarbeit, Sorge- und Reproduktionsarbeit, Selbstentfaltungsbereich und politische Mitgestaltungsarbeit.

¹⁸ So lässt sich der Analyse nicht entnehmen, welche Auffassungen guten Lebens von Vertreter/innen anderer Cluster, die die Autoren identifizierten, vertreten werden. Es lässt sich vermuten, dass allen anderen Clustern keine radikalökologischen Vorstellungen guten Lebens zugrunde liegen. Doch eine positive Antwort müsste in weiteren Befragungen erarbeitet werden.

Zwar diskutierten die Autor/innen wiederum keine Verteilungsprinzipien dafür, wie die Zeit zwischen diesen Bereichen umverteilt werden sollte (und auch nicht die Frage, ob die Systematisierung von Haug vollständig und adäquat ist). Doch alle betrachteten Postwachstums-Autor/innen befürworten die Idee, die Zeit, die für die Erwerbsarbeit in den Wachstumsgesellschaften aufgewandt wird, zu reduzieren. Paech stellt zusätzlich die Forderung auf, dass die in einer Postwachstumsgesellschaft verbliebene Erwerbsarbeit gerecht verteilt werden sollte (Paech 2012; S. 145f.), ohne ins Detail zu gehen, nach welchen Prinzipien dies erreicht werden könnte.

2.2.3 Beteiligte Akteure

Der letzte Abschnitt hat gezeigt, dass innerhalb des Postwachstumsdiskurses substantielle – und daher voraussichtlich auch innerhalb der Gesellschaft kontroverse – Werte bzw. Bestandteile guten Lebens vertreten werden. Obwohl die analysierten Postwachstums-Autor/innen sich nicht auf eine einheitliche Auffassung guten Lebens beziehen, herrscht unter ihnen Konsens, dass ein gutes bzw. besseres Leben darin bestünde, **weniger materiellen Wohlstand zu generieren und Werte wie Solidarität, soziale Beziehungen, Lebensfreude stärker auszuleben** als es gewöhnlich in den Wachstumsgesellschaften der Fall ist. Mit einer solchen normativ dichten Auffassung guten Lebens dürften Postwachstums-Vertreter/innen sowohl politische Verbündete als auch Gegner finden. Zu den Verbündeten gehören womöglich gesellschaftliche Gruppen, die die Kritik an den gegenwärtigen in Wachstumsgesellschaften verbreiteten Lebensstilen und insbesondere den starken Stellenwert des materiellen Wohlstandes und Vernachlässigung gemeinschaftlicher Werte teilen. Zu den Gegnern dürften gesellschaftliche Gruppen gehören, die die bestehende Individualität und Unabhängigkeit von sozialen Bindungen wertschätzen.

Die im Rahmen dieses Vorhabens durchgeführte stichpunktartige Analyse der Akteurslandschaft (zu Methoden vgl. Abschnitt 1.4) hat diese Hypothesen nicht widerlegt. Die Kernergebnisse lauten (eine vollständige Darstellung der Ergebnisse ist dargestellt in Tabelle 4):

- ▶ Am Postwachstumsdiskurs beteiligen sich im Wesentlichen **zivilgesellschaftliche Akteure** (durch Blogbeiträge, Tagungen etc.) sowie **Wissenschaftler/innen**.
- ▶ Thesen aus dem Postwachstumsdiskurs werden dabei über alle politischen Strömungen hinweg diskutiert, allerdings sehr kontrovers. Nahezu alle **politischen Stiftungen** haben in den letzten fünf Jahren Veranstaltungen zum Thema Postwachstum veranstaltet bzw. tun es in der nahen Zukunft¹⁹. Auch alle für die Analyse herangezogenen Blogs haben Beiträge zu Thesen aus dem Postwachstumsdiskurs gepostet.

2011 organisierte Attac, unterstützt von politischen Stiftungen²⁰, den Kongress „Jenseits des Wachstums“. Die gleichnamige Attac-AG beschäftigt sich bereits seit 2009 mit dem Übergang in eine Postwachstumsökonomie.²¹ Politische Stiftungen bieten in Deutschland ein Forum zur Diskussion der Ideen und organisieren Workshops und Vorträge zu Postwachstum, wobei die Thesen kontrovers diskutiert werden. Die Heinrich-Böll-Stiftung legt hierbei einen Fokus auf Suffizienz und Commons.²² Die Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte mehrere Veranstaltungen zu Postwachstum und Solidarität.²³

¹⁹ Einzige Ausnahme: Hans-Böckler-Stiftung

²⁰ Kooperationspartner waren: Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxembourg-Stiftung, Otto Brenner Stiftung.

²¹ <http://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=12555> (letzter Zugriff: 10.06.16)

²² <https://www.boell.de/de/2015/12/02/die-welt-der-commons-muster-gemeinsamen-handelns> (letzter Zugriff: 10.06.16)

²³ <http://www.rosalux.de/event/53230/solidarisches-postwachstum-konzepte-sozial-oekologischer-transformation.html> (letzter Zugriff: 10.06.16)

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sowohl Lesungen mit Meinhard Miegel veranstaltet als auch ein Diskussionspapier von ihm publiziert.

Naturschutzverbände wie der BUND beteiligen sich ebenfalls am Diskurs. Der BUND fordert von der Politik, die politischen Rahmenbedingungen für einen Systemwandel zu schaffen und die bestehenden gesellschaftlichen Initiativen zu fördern. Eine Postwachstumsökonomie wird als Weg zu Nachhaltigkeit und Suffizienz angesehen.²⁴ Die Jugendorganisation des BUND diskutiert auch das Konzept der Commons und ruft dazu auf, Güter gemeinschaftlich zu teilen.²⁵

Auch kirchliche Entwicklungsdienste wie Misereor und Brot für die Welt greifen die Postwachstumsdebatte auf. In einer gemeinsamen Studie wurden auch konkrete Politikvorschläge gemacht: Steuern und Abgaben auf Arbeit zu reduzieren, jene auf den Einsatz von Ressourcen zu erhöhen und die allgemeine Arbeitszeit zu reduzieren.²⁶

Einen weiteren Impuls zur Postwachstumsdebatte in Deutschland lieferte die in 2014 in Leipzig stattgefundene Degrowth-Konferenz, die von der Universität Leipzig, dem DFG-Kolleg Postwachstumsgeellschaften der Universität Jena, dem Förderverein Wachstumswende e.V., dem Konzeptwerk Neue Ökonomie und dem Research & Degrowth Network ausgerichtet wurde.²⁷

Das Konzeptwerk Neue Ökonomie will die Vernetzung der Akteure und eine Veränderung zur Nachhaltigkeit „von unten“ fördern. Finanziert wird die Initiative durch Stiftungsgelder, öffentliche Förderungen, Honorare und private Förder/innen. Der Verein organisiert Workshops für Jugendliche und junge Erwachsene und betrieb z. B. das Projekt Enquetewatch, das über die Enquetekommission der Bundesregierung berichtete.²⁸ Der Förderverein Wachstumswende e.V. wurde gegründet, um dem Netzwerk Wachstumswende einen rechtlichen Träger zu geben. Ziel des Fördervereins ist es, Bildungskonzepte für einen sozial-ökologischen Kulturwandel zu entwickeln. Das Netzwerk Wachstumswende bündelt eine Vielzahl an Projekten mit Postwachstumsbezug und soll die Kommunikation und Kollaboration der Akteure erleichtern.²⁹

2.2.4 Bezüge zur politischen Ordnung

Innerhalb des Postwachstumsdiskurses werden **Auffassungen guten Lebens politisiert**. Das scheint im Gegensatz zu der innerhalb der liberalen Theorien vertretenen Überzeugung zu stehen, Auffassungen des Guten seien kein Gegenstand politischer Verhandlungen. Vielmehr sei es die Aufgabe des Staates, Individuen Möglichkeiten zu eröffnen, ihren eigenen (legitimen) Auffassungen des Guten nachzugehen. Doch auch die Argumentation von Postwachstums-Vertreter/innen lässt sich in **Einklang mit liberalen Staatstheorien** bringen. Sie argumentieren, dass in einer modernen Wachstumsgesellschaft nicht alle Individuen die gleichen Chancen hätten, ihre eigenen Vorstellungen des Guten gleichberechtigt auszuleben. Der durchschnittliche materielle Wohlstand in einer Gesellschaft verschaffe allen Mitgliedern der Gesellschaft gewisse Zwänge, beispielsweise ausreichend Einkommen zu erwirtschaften, um am sozialen Leben gleichberechtigt teilzunehmen. Menschen, deren Vorstellungen guten Lebens darin bestehen, weniger materiellen Wohlstand anzuhäufen, dafür andere Bestandteile des Guten zu realisieren, seien in einer Wachstumsgesellschaft strukturell darin benachteiligt, ihre Vorstellung eines guten Lebens auszuleben. Das sei ungerecht und, um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, müssten

²⁴ http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/nachhaltigkeit/130625_bund_nachhaltigkeit_enquete_kommission_position.pdf (letzter Zugriff: 10.06.16)

²⁵ <http://www.bundjugend.de/thema/postwachstum/> (letzter Zugriff: 10.06.16)

²⁶ <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/dossier-weltgemeinwohl-2013-2014.pdf> S. 16 (letzter Zugriff: 10.06.16)

²⁷ <http://www.degrowth.de/de/leipzig-2014/mitwirkende-organisationen/> (letzter Zugriff: 10.06.16)

²⁸ <http://www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org/projekttag-und-workshops/> (letzter Zugriff: 10.06.16)

²⁹ <https://wachstumswende.de/groups/> (letzter Zugriff: 10.06.16)

Auffassungen guten Lebens als politische Konzepte verstanden werden, deren Ermöglichung politisch durchgesetzt werden soll.

Auf der einen Seite versuchen die hier analysierten Vertreter/innen von Postwachstumskonzepten keine eindeutige Auffassung eines guten Lebens zu vertreten. Stattdessen plädieren sie dafür, geeignete **demokratische Partizipationsprozesse** zu gestalten, um allen Menschen die Möglichkeit zu verschaffen, an einer gesamtgesellschaftlichen Deliberation über die Vorstellungen guten Lebens teilzunehmen. Politische Prozesse sollten so gestaltet werden, dass darin selbstbestimmte Entscheidungen ermöglicht werden.

Andererseits argumentieren sie dafür, dass in den gegenwärtigen Wachstumsgesellschaften gewisse Werte – materieller Wohlstand – zu stark und andere – soziale Beziehungen – zu schwach ausgeprägt seien. Sie schlagen zahlreiche **politische Reformen** vor, die staatliche Akteure umzusetzen hätten:

- ▶ Arbeitszeitverkürzung
- ▶ Reform von Besteuerungssystemen
- ▶ Reform von Sozialstaatssystemen
- ▶ Reform von Finanzinstitutionen (Regionalgeld, Vollgeld etc.)

Gleichwohl diskutieren die Autor/innen nicht explizit, welche politischen Akteure auf welche Weise solche Reformvorschläge umsetzen sollen. Auch die Veränderung der Rolle des Staates ist in der betrachteten Literatur nicht genau analysiert. Ob die sozialen Netzwerke, Nachbarschaftsinitiativen etc., die sich in einer Postwachstumsgesellschaft ausbreiten sollen, auch politische Macht übernehmen sollen, wird nicht diskutiert.

2.3 Glück

2.3.1 Genese des Diskurses

Der Begriff „Glück“ hat in den letzten Jahrzehnten stark an Bedeutung gewonnen, und zwar insbesondere als Forschungsgegenstand und, infolgedessen, in den letzten Jahren zunehmend auch als Politikgegenstand. Als Ausgangszeitraum des gegenwärtigen Glücksdiskurses können die 1970er ausgemacht werden, als übergreifender soziokultureller Hintergrund also die Krise des fordistischen Wohlfahrtsstaates. Bis dahin stand in den westlichen Industrienationen die Mehrung des materiellen Wohlstandes breiter Bevölkerungsschichten im Mittelpunkt der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Anschließend an den Erfolg dieser Bemühungen und als Ausgangspunkt für die neuere akademische Glücksdebatte, die hier im Mittelpunkt stehen soll, wurde gefragt, ob dieser materielle Wohlstand tatsächlich glücklich macht. Als **Easterlin-Paradox** (Easterlin 1974) bekannt geworden ist dabei die Beobachtung, dass das Glück oder die Lebenszufriedenheit in den westlichen Industrienationen seit den 1970er Jahren – trotz (wenn auch langsamer) steigenden materiellen Wohlstands – konstant bleibt. Just zu der Zeit also, in der die Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten am materiellen Wohlstand schwieriger bzw. nicht mehr auf die althergebrachte Weise organisiert werden konnte (oder sollte), wurde verstärkt diskutiert, dass dieser materielle Wohlstand ohnehin nicht (allein) glücklich macht.

In der sich daraus entwickelnden wissenschaftlichen Glücksdebatte greifen viele akademische Disziplinen ineinander. Anknüpfend an das Easterlin-Paradox wurde die wirtschaftswissenschaftliche Glücksdebatte fachlich und öffentlich in den 1990er Jahren wirkungsmächtig, insbesondere als der spätere Nobelpreisträger Kahneman (Kahneman et al. 1997) und der britische Ökonom Layard (Layard 2004) angefangen haben, dafür zu argumentieren, dass das Glück und nicht der individuelle Nutzen dasjenige sei, was ein Individuum letztendlich anstrebt. In der Ökonomik ist diese Debatte vor dem Hintergrund der **Infragestellung des Leitbildes des Homo oeconomicus** der Neoklassik zu sehen. Auf die Probleme und Widersprüche dieses Leitbildes heben insbesondere die „behavioral economics“ ab, also die am tatsächlichen Verhalten von Menschen orientierte Ökonomik. Grundlegend für diese Verhaltensökonomik ist die Integration psychologischer Erkenntnisse (bspw. durch Kahneman),

beispielsweise was die Entscheidungsfindung unter Unsicherheit angeht. Verbunden werden können diese Ansätze aus den „behavioral economics“ mit neueren Erkenntnissen aus Neurologie und Hirnforschung, die über die physiologischen Aspekte des Glücks, also bspw. die Durchblutung bestimmter Hirnareale bei Glücksempfindungen oder die Ausschüttung bestimmter Botenstoffe wie Serotonin und Dopamin in bestimmten Situationen, Auskunft geben.

Durch die Integration dieser Aspekte wurde der in der Ökonomik zentrale Nutzenbegriff somit weiter gefasst bzw. neu definiert. Nutzenmaximierung wird – angetrieben durch Erkenntnisse der Neurologie und der Psychologie der letzten Dekaden – hedonistisch interpretiert, also als „Erfahrungsnutzen“, „Lustempfindung“ oder eben als „subjektives Wohlergehen“, „Glück“ oder „Lebenszufriedenheit“. Im Folgenden werden anhand ausgewählter Protagonisten dieser „Happiness Economics“ und ihrer Publikationen die inhaltlichen Kernpunkte der ihr zugrunde liegenden Glücksauffassung sowie ihre wirtschafts- sozial- und umweltpolitischen Implikationen dargestellt.

Exkurs: Bruttonationalglück

Abzugrenzen ist diese (wirtschafts-)wissenschaftlich geprägte Glücksdebatte von anderen Glücksauffassungen, die in den letzten Jahren verstärkt diskutiert werden. Exemplarisch soll hier in einem Exkurs das Konzept des Bruttonationalglücks beschrieben werden, das insbesondere mit dem Königreich Bhutan verbunden wird, aber auch in Europa viele Anhänger/innen hat.

Das Konzept des Bruttonationalglücks ist der Versuch, den auf Einkommen basierenden Maßen für die Lebensqualität eine ganzheitlichere Alternative gegenüberzustellen. Während konventionelle Entwicklungsmodelle das Wirtschaftswachstum zum herausragenden Kriterium politischen Handelns machen, nimmt die Idee des Bruttonationalglücks an, dass eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft nur im Zusammenspiel von materiellen, kulturellen und spirituellen Schritten geschehen kann, die einander ergänzen und bestärken.

Der Ausdruck Bruttonationalglück wurde 1972 vom damaligen König von Bhutan Jigme Singye Wangchuck spontan geprägt, als er auf einen Kommentar in der Financial Times reagierte, in dem die Entwicklung der bhutanischen Wirtschaft als zu langsam kritisiert wurde. Der im Westen vorherrschenden Vorstellung einer am BIP orientierten Wirtschaftsentwicklung wollte er damit eine Vorstellung entgegensetzen, die sich weniger an BIP-Wachstum, sondern stärker an kulturellen und spirituellen Werten orientiert. Bis Ende der 1990er bestand das Konzept des Bruttonationalglücks jedoch nur aus dem plakativen Begriff, mit dem erst Ende der 1990er Jahre eine politische und sozio-ökonomische Programmatik verknüpft wurde. So entwickelte eine im Jahr 1998 staatlich eingesetzte Kommission für das Bruttonationalglück folgende vier Säulen, die das Konzept konkretisieren:

- ▶ die Förderung einer sozial gerechten Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung,
- ▶ Bewahrung und Förderung kultureller Werte,
- ▶ Schutz der Umwelt und
- ▶ gute Regierungs- und Verwaltungsstrukturen.

Direkt aus diesen Säulen abgeleitete Politikprogramme oder Maßnahmen gibt es zwar nicht. Das Konzept des Bruttonationalglücks spiegelt sich jedoch mehrfach in der 2008 verabschiedeten Verfassung wider, in der als oberstes Staatsprinzip das Streben danach genannt ist, die Bedingungen individuellen Glückselbens zu schaffen. Und auch die vier Säulen finden sich in den in der Verfassung genannten Prinzipien der Staatspolitik wieder. So ist es die verfassungsmäßige Aufgabe des Staates, Einkommensungleichheiten und die Konzentration von Reichtum zu minimieren, auf nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz zu achten, freie Bildung bis zur 10. Klasse sowie kostenlose Gesundheitsgrundversorgung zu garantieren, das Gemeinschaftsleben und die Integrität der erweiterten Familienstruktur zu fördern und eine gute und von Mitgefühl geprägte Gesellschaft zu unterstützen.³⁰

³⁰ http://www.ratswd.de/download/RatSWD_WP_2011/RatSWD_WP_182.pdf (letzter Zugriff: 10.06.16).

Im Großen und Ganzen handelt es beim Bruttonationalglück um ein **wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitisches Grundsatzprogramm, das jedoch jenseits der Grundausrichtung viel offen lässt und auf verschiedene Arten umgesetzt werden kann**. Es bietet damit jedoch auch viele Anknüpfungspunkte für in anderen Kulturen bestehende Wirtschafts- und Sozialmodelle. So kommt beispielsweise Tobias Pfaff zu dem Schluss, dass das Konzept des Bruttonationalglücks prinzipiell viele Parallelen zum Modell der sozialen Marktwirtschaft aufweise, wie es in Deutschland Mitte des 20. Jahrhunderts diskutiert wurde (Pfaff 2011).

Kritisch wurde hingegen die tatsächliche Entwicklung in Bhutan im Hinblick auf die (fehlenden) demokratischen Strukturen und die Menschenrechtssituation der nepalesischen Minderheit gesehen. Allerdings bezog sich diese Kritik vor allem auf die Zeit, in der das Bruttonationalglück lediglich als Begriff existiert hatte und noch keine politische Programmatik damit verbunden worden war. Mit der Institutionalisierung eines Konzepts des Bruttonationalglücks ab Ende der 1990er Jahre und insbesondere im Rahmen der Verfassung von 2008 ging hingegen auch eine Demokratisierung des Landes einher. Dessen politisches System ähnelt nun einer konstitutionellen Monarchie nach britischem Vorbild, in dem das Königshaus einen Großteil seiner Macht (aus freien Stücken) an das Parlament und die aus ihm hervorgehende Exekutive abgegeben und eine Art „Demokratisierung von oben“ betrieben hat (Obrecht 2010).

Weltweit, insbesondere aber auch im deutschsprachigen Raum, hat das Konzept des Bruttonationalglücks in den letzten Jahren einigen Widerhall erzeugt. Zu nennen ist hier beispielsweise die **Gemeinde Schömburg im Schwarzwald**, die sich seit 2009 offiziell als „Glücksgemeinde“ nach dem Vorbild Bhutans versteht.³¹ Schömburg veranstaltet seitdem Glückswochen und versucht die Zufriedenheit der Bürger durch Umfragen und Bürgerbeteiligung zu verbessern. Die Marke „Glücksgemeinde“ soll auch den Tourismus fördern. Mittlerweile existiert eine enge Kooperation der Gemeinde mit Bhutan, so war Schömburg z. B. 2011 auf dem bhutanischen Stand der Tourismusmesse ITB vertreten. Zumindest lose verbunden mit der Glücksgemeinde Schömburg ist das **„Ministerium für Glück und Wohlbefinden“**, eine von Gina Schöler geführte Kampagne, die Kommunikation und Kunst nutzen will, um das Glück der Menschen zu steigern. Größere Bekanntheit hat das Konzept im deutschsprachigen Raum zudem über den Film **„What happiness is“** des österreichischen Regisseurs Harald Friedl erlangt, der 2011 in die Kinos kam. In der Dokumentation werden zwei Beamte des bhutanischen Ministeriums für Glück begleitet, die durchs Land reisen, um das Wohlbefinden des Volkes zu messen. Das dahinter stehende Konzept des Bruttonationalglücks wird seitdem auf den Webseiten des Films whathappinessis.de und whathappinessis.at weiter diskutiert und propagiert.

2.3.2 Gehalt der Auffassung guten Lebens

Glück ist eine bestimmte Auffassung dessen, was ein Leben gut oder lebenswert macht. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass es sich um **subjektivistische Auffassungen** guten Lebens handelt. Das bedeutet, dass die Güte des Lebens dadurch bestimmt ist, wie Individuen ihr Leben wahrnehmen: wie viel Glück sie empfinden oder wie zufrieden sie sich mit ihrem Leben fühlen.

In dem hier betrachteten akademisch geprägten Glücksdiskurs existieren, wie oben bereits beschrieben, verschiedene Stränge der Glücksforschung, die sich je um verschiedene Aspekte des Glücks drehen und dabei auch verschiedene Definitionen und Begriffe verwenden. So kommt es, dass – wie es plakativ in einem Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“ hieß – „Glücksforscher (...) nicht gern vom Glück“ sprechen, sondern „lieber von ‚Lebenszufriedenheit‘ oder **„subjektivem Wohlbefinden“**“.³² Im hier speziell betrachteten wirtschaftswissenschaftlichen Glücksdiskurs steht der letztgenannte Begriff im Mittelpunkt. So spielt der Begriff bzw. das Konzept „Glück“ in diesem spezifischen Diskursstrang eine dem Konzept des subjektiven Wohlbefindens untergeordnete Rolle.

³¹ <http://www.schoemberg.de/de/Glück/Die-Idee> (letzter Zugriff: 10.06.16).

³² <http://www.zeit.de/2012/01/Glueck-lernen> (letzter Zugriff: 10.06.16).

Nachfolgend präsentieren wir auf der Grundlage von zwei an die politische Öffentlichkeit gerichteten Studien: die im Folgenden „Legatum-Studie“ genannte von O'Donnell et al. (2014) sowie die Arbeiten zum Happy Planet Index von Abdallah et al. (2012). Wir stellen dar, mit welchem Gehalt der Begriff des Glücks – bzw. hier des subjektiven Wohlbefindens (SWB) – jeweils gefüllt wird.

O'Donnell et al. (2014) unterscheiden in Anlehnung an eine Studie der OECD drei Arten subjektiven Wohlbefindens (O'Donnell et al. 2014; S. 28, OECD 2013):

- ▶ erstens im Sinne von einer Differenz aus positiven und negativen Empfindungen (positive and negative affects), die sich der bewussten Steuerung oder Manipulation entziehen und direkt „aus unserem emotionalen System des Menschen [kommen], das wir eben nicht wirklich im Griff haben“ (Weimann et al. 2012; S. 106);
- ▶ zweitens im Sinne einer Bewertung der (kognitiv vermittelten) Zufriedenheit mit dem eigenen Leben;
- ▶ drittens im Sinne des Gefühls, ein sinnvolles Leben zu führen (eudaimonia oder eudaimonistisches Wohlbefinden).³³

O'Donnell et al. (2014) folgen der Empfehlung der OECD (2013), das SWB einer Gesellschaft anhand eines Maßes zu beurteilen, das alle drei Arten subjektiven Wohlbefindens berücksichtigt: Zufriedenheit mit dem Leben („life evaluation“), dem (positiven und negativen) affektiven Wohlbefinden („positive and negative affect“) und dem eudaimonischen Wohlbefinden („eudaimonic well-being“). Dieser differenzierteren Definition entsprechend wird das subjektive Wohlbefinden bei O'Donnell et al. auch nicht durch die einfache Frage nach der Zufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 10 ermittelt. Vielmehr werden Befragungsmethoden, mit denen alle drei Aspekte des subjektiven Wohlbefindens ermittelt werden sollen, miteinander verknüpft.³⁴

Allerdings scheinen O'Donnell et al. der **Zufriedenheit mit dem Leben** eine besondere Bedeutung für politische Kontexte zuzuschreiben. Sie schreiben: „For purposes of public policy the natural concept of wellbeing is life satisfaction – the way people evaluate their own lives. If you are a democrat, this seems the most natural way – to rely on people's own evaluation of their experience rather than on what politicians or public servants think about it“ (O'Donnell et al. 2014; S. 43).

Die Autor/innen führen verschiedene Faktoren der individuellen Zufriedenheit mit dem Leben auf:

- ▶ Ökonomisch: Einkommen; Bildung; Arbeit
- ▶ Sozial: Familienleben; Gemeinschaft und Werte; Umwelt
- ▶ Persönlich: Physische Gesundheit; psychische Gesundheit

Über die Stärke der jeweiligen Einflussfaktoren treffen O'Donnell et al. keine eindeutige Aussage. Allerdings stellen sie fest, dass sich Einkommen zwar positiv auf die Lebenszufriedenheit auswirkt, die sozialen Beziehungen in der Familie, der Gemeinschaft und am Arbeitsplatz jedoch deutlich wichtiger sind. Am wichtigsten sei jedoch die Gesundheit, und zwar mehr die psychische als die physische. Dies

³³ Eudaimonia ist eine in der Antike verbreitete und von Aristoteles in der Nikomachischen Ethik vertretene Auffassung dessen, worin das höchste Ziel menschlichen Strebens bestehen soll. Der altgriechische Ausdruck „eudaimonia“ wird gemeinhin ins Deutsche mit „Glück“ übersetzt (und ins Englische mit „Happiness“). Allerdings unterscheidet sich die von Aristoteles vertretene Auffassung der eudaimonia kategorial von Interpretationen von Glück im Sinne von Empfindungen oder von Zufriedenheit mit dem eigenen Leben. Insbesondere wird Glück im Sinne von eudaimonia gewöhnlich nicht-subjektivistisch interpretiert (die Tatsache, ob eine Person ein sinnvolles menschliches Leben führt, ist nicht dadurch bestimmt, ob diese Person glaubt, ein sinnvolles Leben zu führen – vgl. hierzu Kraut (2007), Nussbaum (1995), Nussbaum (2008)). Wir haben es daher mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass O'Donnell u.a. (2014) eudaimonia als eine subjektivistische Auffassung von Glück interpretieren.

³⁴ Für Details zur Datenerhebung und Messung von subjektivem Wohlbefinden siehe O'Donnell u.a. (2014; S. 26-41) und Weimann u.a. (2012; S. 91-115).

sind jedoch keine normativen Setzungen, sondern auf empirischen Ergebnissen beruhende Verallgemeinerungen. Ganz eindeutig liegt der Fokus bei O'Donnell et al. auf den Individualinteressen, während Gemeinwohlinteressen quasi vollständig ausgeblendet werden. Sie können höchstens indirekt als Einflussfaktoren des individuellen Wohlbefindens berücksichtigt werden.

Anders verwenden die Autor/innen des Berichtes „**Happy Planet Index 2012**“ Daten zum subjektiven Wohlbefinden, um ein Maß für die gesellschaftliche Lebensqualität zu konstruieren (Abdallah et al. 2012). Subjektives Wohlbefinden – gemessen anhand der Zufriedenheit mit dem Leben – ist dort eine Dimension des gesellschaftlichen Glücks neben zwei weiteren: Ökologie und Gesundheit. So setzt sich der Happy Planet Index aus einem Wert für das über Umfragen eruierte individuelle Lebenszufriedenheit der Befragten zusammen, der mit der Lebenserwartung im jeweiligen Land multipliziert und dann durch den ökologischen Fußabdruck des jeweiligen Landes geteilt wird.

Aus dieser Formel lassen sich bereits einige Setzungen ableiten. Zunächst wird die **individuelle Lebenszufriedenheit nicht näher definiert**, da dieses von den Befragten auf einer Skala von 0 bis 10 bewertet werden soll.³⁵ Ob die Befragten für die Bewertung ihrer Lebenszufriedenheit nun eher die Qualität ihrer sozialen Beziehungen, ihren Gesundheitszustand, ihr verfügbares Einkommen oder etwas Anderes heranziehen, bleibt dabei unklar. Der Aspekt der **Gesundheit** wird jedoch – über die Lebenserwartung, mit der der Wert für die Lebenszufriedenheit im Zähler multipliziert wird – besonders gewertet. Ähnliches gilt für den Aspekt der **Ökologie**, durch den das o.g. Produkt dann über den Wert für den ökologischen Fußabdruck geteilt wird. Die Lebenszufriedenheit und die Lebenserwartung werden also relativiert und an die ökologische Performance des jeweiligen Landes gebunden. Das Ergebnis wird dementsprechend auch „sustainable well-being“ genannt und als effizienzorientierter Index bezeichnet: „At heart, the HPI is a measure of efficiency. It calculates the number of Happy Life Years (life expectancy adjusted for experienced well-being) achieved per unit of resource use. (...) In a world of dwindling resources, efficiency has to sit at the heart of our approach“ (Abdallah et al. 2012; S. 3).

Obwohl beim HPI das Wohlbefinden auf individueller Ebene erhoben wird, wird das resultierende Maß für das gesellschaftliche Wohlergehen (Glück) kollektiv verstanden. Denn durch die beiden anderen Dimensionen findet eine relativ starke – wenn auch selektive – kollektive Relativierung/Kontextualisierung der individuellen Komponente des Glücks statt. Selektiv ist diese Relativierung, da die individuelle Lebenszufriedenheit als Maß des Glücks im Rahmen des HPI durch zwei Aspekte (Gesundheit und Umwelt) kontextualisiert wird. Andere Aspekte, bspw. die soziale Teilhabe, Solidarität oder Gleichheit einer Gesellschaft betreffend, bleiben hingegen unberücksichtigt. Gleichwohl haben sich die Autoren des HPI-Berichts dieser Leerstelle (zumindest ansatzweise) angenommen und neben dem HPI für ausgewählte Länder einen „inequality adjusted HPI“ berechnet, der die Werte für Lebenszufriedenheit und Lebenserwartung zu den nationalen Werten für ökonomische Ungleichheit in Beziehung setzt. Die Ergebnisse des „inequality adjusted HPI“ weichen für die ausgewählten Länder jedoch nicht stark von den ursprünglichen Ergebnissen ab. Die Autoren des Berichtes stellen zudem in Aussicht, den Aspekt der Ungleichheit in Zukunft noch stärker und systematischer in den HPI zu integrieren.

Lebensqualität zukünftiger Generationen?

Die beiden Studien veranschaulichen zwei verschiedene Weisen, wie mit Ansprüchen zukünftiger Generationen sowie ökologischen Belangen in einem auf Daten für das subjektive Wohlbefinden basierenden Index für gesellschaftliches Wohlergehen umgegangen werden kann.

³⁵ Zu einer Kritik dieser Art der „Glücksmessung“ siehe Weimann et al. (2012).

In der Legatum-Studie (O'Donnell et al. 2014) wird allein darauf fokussiert, das subjektive Wohlbefinden der gegenwärtig Lebenden zu erheben. Belange zukünftiger Generationen oder ökologische Aspekte werden in der Studie nicht erwähnt.

Anders verhält es sich beim HPI. Ökologische Nachhaltigkeit und Gesundheit sind zwei normative Belange, die im Index enthalten sind. Diese beiden Aspekte relativieren die über Umfragen ermittelte Zufriedenheit mit dem Leben. Damit unterstellen die Autor/innen des HPI, dass individuelles Glück als kollektives Ziel nur wünschenswert sei, solange es mit einem relativ niedrigen ökologischen Fußabdruck und einer relativen hohen Lebenserwartung einhergehe. Deshalb schneiden bspw. sämtliche Industrieländer im HPI relativ schlecht ab, da sie einen großen ökologischen Fußabdruck haben. Der intergenerationellen Gerechtigkeit, für die der ökologische Fußabdruck als Maß betrachtet werden kann, wird im HPI also ein großer Stellenwert zugeordnet.

2.3.3 Beteiligte Akteure

Der Glücksdiskurs ist in Großbritannien insbesondere auf der politischen Ebene stärker ausgeprägt als in Deutschland. Aus diesem Grund stellen wir nachfolgend zentrale britische Akteure des Diskurses um subjektives Wohlergehen vor und zeichnen anschließend die wesentlichen Züge der deutschen Akteurslandschaft.

Der wirtschaftswissenschaftliche Glücksdiskurs ist in Großbritannien stark von **Universitäten** und insbesondere **privaten Thinktanks** geprägt, die Glücksindikatoren erheben und Zusammenhänge von Glück und verschiedenen Einflussfaktoren erforschen.

Einer dieser Thinktanks ist das von einer Investmentgruppe aus Dubai finanzierte Legatum Institute (LI). Dieses noch recht junge Institut berät und forscht nach eigenen Angaben unabhängig zu Fragen der Förderung des Wohlstandes. Die Legatum Commission on Wellbeing and Policy, die 2014 den einschlägigen Bericht „Wellbeing and Policy“ (O'Donnell et al. 2014) veröffentlichten, ist hochkarätig mit zentralen Personen der „Happiness Economics“ besetzt. Eine zentrale Person ist dabei der britische Ökonom Richard Layard. Der Mitautor des Reports „Wellbeing and Policy“ ist außerdem Professor an der London School of Economics und forscht am dortigen Centre for Economic Performance zu Glück und Wohlbefinden. Layard war auch Co-Editor des World Happiness Reports des Sustainable Development Solutions Network der Vereinten Nationen. Vorsitzender der Legatum Commission und Hauptautor des Berichts ist Gus O'Donnell, ein Ökonom und ehemaliger Regierungsbeamter. 2015 wurde er Schirmherr des britischen What Works Centre for Wellbeing, das als Schnittstelle zwischen Forschung und Gesellschaft agieren soll. Ein weiterer Ko-Autor des Berichts ist Psychologe David Halpern, der zwischen 2002 und 2007 in der Strategieeinheit und zwischen 2010 und 2013 leitend im „Behavioral Insights Team“ (BIT) des britischen Cabinet Office tätig war.

Ein weiterer Thinktank, der sich mit dem Thema Lebensqualität beschäftigt hat, ist die New Economics Foundation (nef). Die nef ist eine unabhängige britische Denkfabrik, die 1986 von den Anführern von The Other Economic Summit (TOES) gegründet wurde. Eine Abteilung der nef ist das von Nic Marks gegründete Centre for Wellbeing, das den Happy Planet Index entwickelte, der 2010 erstmals vorgestellt wurde. Die vom nef Centre for Wellbeing formulierte Happy Planet Charter ruft Regierungen und die Vereinten Nationen dazu auf, Happiness-Indikatoren zu erheben und Wellbeing als politisches Ziel zu verankern, und wurde von Umweltorganisationen, Universitäten und Privatpersonen unterschrieben. Auf diese Weise vernetzt sich der Thinktank mit zahlreichen Akteuren aus Zivilgesellschaft und Forschung. Marks leitet außerdem das Unternehmen Happiness Works, das Maßnahmen und Lösungen zur Steigerung der Zufriedenheit im Arbeitsumfeld anbietet. Zusammen mit Richard Layard ist Nic Marks im Vorstand der Initiative „Action for Happiness“, die Aktionen und Kurse zu Themen wie Glück und Lebensqualität anbietet.

Und in beiden hier betrachteten Fällen, der nef und dem Legatum Institute, sind die Autor/innen bzw. die dahinter stehenden Institutionen grundsätzlich daran interessiert, dass die Erhebungen und Daten

zum subjektiven Wohlbefinden von der Politik beachtet und Letzteres auch als Ziel politischen Handelns etabliert wird. Beispielsweise schreiben die Autor/innen des HPI-Reports:

„We have separated out the economic systems as these are the ones that have been the biggest focus of policy to date and are the ones that likely require the biggest change to enable sustainable well-being for all. It is upon the human systems that governments have the most immediate influence, but it is well-being and sustainability that they must ultimately seek to enhance” (Abdallah et al. 2012; S. 17-18).

Private Thinktanks spielen im britischen Glücksdiskurs also eine wichtige und auch bereits politikgestaltende Rolle. Ähnlich ist dies in Deutschland, wobei der Diskurs hier lange nicht so weit fortgeschritten und etabliert ist. Wichtige Akteure in der deutschen Glücksforschung sind Thinktanks und Stiftungen sowie einige Wissenschaftler/innen an Universitäten. **Viele der privaten Forschungseinrichtungen werden von Wirtschaft und Arbeitgeberverbänden finanziert** und entwickeln Reforminitiativen aus Sicht der Arbeitgeber/innen.

Die Initiative neue soziale Marktwirtschaft (INSM), finanziert durch den Arbeitgeberverband Gesamtmetall, sieht die Glücksforschung als „pragmatisches Instrument“ (van Suntum 2009; S. 6). Sie gibt Studien in Auftrag, wie die vom Centrum für angewandte Wirtschaftsforschung durchgeführte Studie zur Konstruktion eines Indikators für gesellschaftliches Wohlergehen, in das Daten zur Lebenszufriedenheit eingehen (van Suntum 2009).

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) betreibt die Website „w-wie-wachstum.de“, veröffentlichte die Studie „Wachstum?!“, die darlegt, dass Wachstum zum Erhalt der Lebenszufriedenheit nötig ist. Auf der Seite wurden auch Studien der INSM und des Roman Herzog Instituts zusammengefasst. Letzteres ist auch offizieller Kooperationspartner des IW.

Das Roman Herzog Institut wird von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) und dem Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie (vbm) finanziert. Das Institut veröffentlichte 2012 die Studie „Zum Glück wachsen“, in der u. a. die Korrelationen der verschiedenen Lebenszufriedenheitsindizes betrachtet wurden. Die Autor/innen widmen sich auch der Frage des Zusammenhangs von Einkommen und Einkommensungleichheit auf Lebenszufriedenheit. Auf Personalebene gibt es eine Verbindung zur INSM durch das Beiratsmitglied Dieter Lenzen.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich für Politikberatung ein, in der auch Erkenntnisse der Glücksforschung berücksichtigt werden. 2014 organisierte sie eine Expertendiskussion in Kooperation mit dem Legatum Institute an der u. a. Layard, O'Donnell und Angus Deaton, ebenfalls Mitglied der „Legatum Commission on Wellbeing and Policy“, teilnahmen.

Die Veröffentlichungen und Veranstaltungen dieser Thinktanks und Stiftungen erwecken den Eindruck, dass die auf subjektivem Wohlbefinden basierende Glücksforschung dazu genutzt werde, um eigene wirtschaftspolitische Positionen zu propagieren und in die Politik zu tragen, die vor allem in der **Forcierung von Wirtschaftswachstum und unternehmerischer Freiheit** liegen. Bei diesen vier Institutionen stellen wir deshalb eine interessengeleitete Perspektive auf das Thema Glück im Allgemeinen und die ökonomische Glücksforschung im Besonderen fest.

Eine darüber hinaus in Deutschland beheimatete Glücksinstitution, die nicht direkt der ökonomischen Glücksforschung zuzurechnen ist, ist das Coca Cola Happiness Instituts. Nach Selbstauskunft des Instituts verfolgt es das Ziel, „den Dialog über Lebensfreude in Deutschland“ zu unterstützen.³⁶ An diesem Projekt sind viele der deutschen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure beteiligt wie u. a.

³⁶ Vgl. <http://www.coca-cola-deutschland.de/stories/warum-hat-coca-cola-ein-happiness-institut-gegruendet> letzter Zugriff: 08.05.17

das Ministerium für Glück und Wohlbefinden und der Ökonom Stefan Bergheim. Dieser gründete 2009 seinen eigenen Thinktank, das „Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt“, das sich mit Lebensqualität und Fortschritt befasst. Bergheim ist außerdem Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Regierungsstrategie "Gut leben in Deutschland" der Bundesregierung. Ebenfalls an dieser Strategie beteiligt ist das im Exkurs zum Bruttonationalglück bereits erwähnte Ministerium für Glück und Wohlbefinden, das zusammen mit anderen Hosts einen der großen Bürgerdialoge im Rahmen der Regierungsstrategie "Gut leben in Deutschland" der Bundesregierung organisiert und durchgeführt hat (vgl. Kapitel 3).

2.3.4 Bezüge zur politischen Ordnung

Bezüglich politischer Handlungsempfehlungen und politischer Ordnung ziehen die beiden betrachteten Studien unterschiedliche Schlussfolgerungen.

Der Bericht zum HPI diskutiert die Rolle von politischen Akteuren nicht explizit. Den Regierungen wird eine gewisse Rolle zugesprochen, das „nachhaltige Wohlbefinden“ ihrer Bürger/innen zu fördern. Diese Rolle wird jedoch nicht weiter konkretisiert. Zu anderen gesellschaftlichen Gruppen bezieht der Bericht selbst keine Position.

O'Donnell et al. (2014) hingegen nehmen eine spezifische, differenzierte Position hinsichtlich der **Rolle des Staates** ein. Die Autor/innen vertreten hier einen „libertären Paternalismus“, bei dem sich der Staat darauf konzentrieren solle, die Bürger/innen dazu „anzustupsen“, ihre Lebensqualität zu verbessern, da sie selbst nicht immer erkennen würden, was sie langfristig glücklich oder zufrieden macht:

„Libertarian paternalism (...) accepts that people will not always do what is in their own long-run interests and in that sense is paternalistic, but it is non-coercive and therefore liberal. The point about nudges is that they should enhance people's wellbeing, taking into account the benefits of having freedom to choose“ (S. 14).

Abgesehen von dieser paternalistischen Rolle setzen die Autoren – wie der Name libertärer Paternalismus schon sagt – auf einen Staat, der „seinen“ Bürger/innen vor allem Wahlfreiheiten lässt. Der Staat „stupst“ sie zwar in die von ihm – unter anderem auf der Grundlage wissenschaftlicher Evidenz aus der Forschung zum subjektiven Wohlbefinden – als richtig eingeschätzte Richtung, in diese Richtung gehen müssen die Bürger/innen aber selbst.

Auf der Basis dieses Verständnisses der staatlichen Rolle und gestützt durch die Ergebnisse der Glücksforschung leiten O'Donnell et al. (2014) substanzielle Vorschläge zu staatlichen Maßnahmen. Ein Beispiel hierfür sind die Vorschläge zur Arbeitsmarktpolitik. Als Arbeit wird in diesem Kontext lediglich Erwerbsarbeit verstanden, nicht jedoch andere Formen wie Pflege- und Erziehungsarbeit, Ehrenamt usw. Mithilfe der ökonomischen Glücksforschung argumentieren die Autor/innen für die Forderung, dass der Staat eine Arbeitsmarktpolitik betreiben solle, die gemeinhin als „**aktivierende Arbeitsmarktpolitik**“ bezeichnet wird. Diese begründen die Autor/innen anhand der aus der Glücksforschung stammenden Erkenntnis, dass Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Isolation und Stigmatisierung dem Glücklichsein stark abträglich ist. Da Arbeitslosigkeit einer der Hauptgründe für Unzufriedenheit sei, sollten Arbeitslose animiert und unterstützt werden, wieder eine Beschäftigung zu finden. Da aber eine bedingungslose finanzielle Unterstützung Arbeitsloser diese davon abhalten könnte, eine Beschäftigung zu finden, solle die diesbezügliche Verweigerung zu Sanktionen führen. Hier ist die Argumentation der Autor/innen im Wortlaut:

“So our aim must be low and stable unemployment. This requires suitable labour market measures. It will not happen if unemployment benefits are handed out unconditionally. It will happen, as international evidence shows, if there are active measures to help people back into work, on the understanding that those who refuse help cannot continue to draw benefit. Such measures normally include, after

a time, the provision of temporary work to keep the person in touch with the labour market. The well-being evidence shows clearly that people helped in this prescriptive way feel better than people just left on benefit" (O'Donnell et al. 2014; S. 67).

Eine zentrale politische Rolle kommt innerhalb des Glücksdiskurses der **Wissenschaft** zu. Insbesondere werden die Verhaltens- und Neurowissenschaften als bedeutsam aufgefasst, weil sie empirische Daten dazu liefern sollen, was Individuen glücklich macht. Darüber hinaus kommt der Psychologie im Rahmen des libertären Paternalismus eine wichtige Rolle in der Politikumsetzung zu, wenn es darum geht, die richtigen Anreize für Bürger zu setzen, ihr Verhalten daraufhin auszurichten, das eigene Glück bzw. die Zufriedenheit mit dem Leben zu steigern. Letzteres gilt auch für die Sozialwissenschaften, die sich mit Kosten-Nutzen-Analysen hinsichtlich bestimmter Politikinstrumente und ihrer Wirkung auf das subjektive Wohlbefinden der Bürger/innen nützlich machen sollten (O'Donnell et al. 2014; S. 54-55).

Die **Zivilgesellschaft** nimmt hingegen in der Gesellschaftsvorstellung, die im Bericht des Legatum-Instituts durchschimmert, eine ambivalente Rolle ein. So sind zwar einerseits die sozialen Beziehungen zwischen den Individuen der wichtigste Faktor des subjektiven Wohlbefindens. Jenseits familiärer Beziehungen ließe sich daraus auch ein Plädoyer für eine aktive, in Vereinen und sonstigen formellen und informellen Zusammenschlüssen organisierte Zivilgesellschaft ableiten. Tatsächlich sprechen sich O'Donnell et al. (2014) auch dafür aus, die Bedingungen für freiwilliges ehrenamtliches Engagement und Wohltätigkeit staatlicherseits zu verbessern, da dies für beide Seiten – also sowohl für die „gebende“ als auch für die „nehmende“ – die Zufriedenheit mit dem Leben befördere (S. 62-63). Andererseits wird die Zivilgesellschaft – abgesehen davon, dass der Begriff im gesamten Text nicht vorkommt – als gesellschaftliche Kraft, die das politische Zusammenleben prägt und mitgestaltet, nicht erwähnt.

Die bisherige Darstellung der Bezüge zur politischen Ordnung basieren im Wesentlichen auf einer Studie und den von den Autor/innen dieser Studie in sonstigen Medien veröffentlichten Stellungnahmen. Sie sind jedoch von Autor/innen verfasst worden, die im Diskurs einflussreich sind. Aus diesem Grund glauben wir, dass die darin vertretenen Thesen hinsichtlich der staatlichen Rolle dahingehend verallgemeinert werden können, dass sie keine Ausnahme innerhalb des Glücksdiskurses darstellen.

Gemäß einigen Autor/innen lassen sich die oben dargestellten sozialpolitischen Forderungen aus dem Bericht von O'Donnell et al. (2014) dahingehend verallgemeinern, dass die Glücksforschung dazu verwendet werde – im Rahmen eines generellen Trends zur „behavioral governance“ in Europa und insbesondere in Großbritannien (Straßheim und Korinek 2015a, 2015b)³⁷ –, eine **behavioristische Sozialpolitik** zu legitimieren (Marteau et al. 2011, Tomlinson und Kelly 2013). Eine solche Sozialpolitik verfolgt nicht das Ziel, den Bürger/innen in erster Linie die materielle Basis für die Befriedigung von Grundbedürfnissen zur Verfügung zu stellen, sondern die Sozialpolitik ist darauf ausgerichtet, Menschen in die Lage zu versetzen, auch bei materiell schlechter Versorgung glücklich zu sein (Tomlinson und Kelly 2013). Die Glücksforschung bietet hierfür eine Legitimation: Da materielle Ressourcen laut der Glücksforschung nicht der ausschlaggebende Faktor für die Höhe des subjektiven Wohlbefindens ist, liefert dies die Begründung dafür, dass der Staat seine Sozialpolitik auf andere, ggf. kostengünstigere Maßnahmen zur Erhöhung des subjektiven Wohlergehens der Bürger/innen ausrichtet als auf die Verbesserung ihrer materiellen Situation. Binkley (2014) sieht in der politischen Verwendung der Ergebnisse der Glücksforschung eine inhaltliche Nähe zu neoliberalen Vorstellungen staatlichen Handelns. So fördere der Diskurs zum subjektiven Wohlergehen auf der individuellen Ebene einen Zwang zur Selbstoptimierung und Eigenverantwortung und, einhergehend mit einer Art „victim blaming“ von

³⁷ Straßheim und Korinek definieren „behavioral governance“ dabei als „every mode of governing which is informed, designed or implemented by focusing on psychological as well as cognitive mechanisms of behaviour, in both individuals and collectives“ (Straßheim und Korinek 2015a; S. 154).

Unglücklichen³⁸, eine Konkurrenzsituation zwischen Individuen, in der Glück als wichtige Ressource für Erfolg und individuelle Wettbewerbsfähigkeit fungiere, so Binkleys Argumentation.

³⁸ <http://www.theguardian.com/society/2012/feb/21/sad-truth-action-for-happiness-movement> (letzter Zugriff 12.12.17)

3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie Bezüge zwischen den Diskursen zum guten Leben

3.1 Inhaltliche Bezüge

Die drei hier untersuchten Diskurse teilen einen **gemeinsamen Ausgangspunkt**, nämlich die Kritik an der Nutzung des Bruttoinlandsprodukts als zentralen Indikator für gesellschaftlichen Fortschritt. Darüber hinaus jedoch **unterscheiden sie sich hinsichtlich ihrer normativen Grundausrichtung** und der Gewichtung der normativen Belange deutlich.

Sie weisen zudem **strukturelle Unterschiede** auf, was zum Teil ursächlich ist für die Unterschiede bezüglich der Bewertung der normativen Belange. So handelt es sich bei der politisch-administrativ geprägten Indikatorendebatte weitgehend um einen auf deskriptiver Ebene stattfindenden Diskurs, der das Ziel verfolgt, einen international vergleichbaren und statistisch verlässlichen Indikator zur Messung der gesellschaftlichen Lebensqualität zu operationalisieren. Die konzeptuell vorgelagerte normative Frage, worin Lebensqualität, Wohlergehen oder gutes Leben bestehe, wird darin nur marginal diskutiert und stattdessen werden Antworten dem Bericht der Stiglitz-Kommission (Stiglitz et al. 2009) entnommen. Innerhalb der Debatte um die Aufstellung eines operationalisierbaren Indikatorensets findet sich daher keine explizite normative Position zur Frage, worin gutes Leben bestehe. Implizit spielen in der Indikatorendebatte allerdings normative Setzungen eine Rolle – das verdeutlicht die Kontroverse über die Indikatoren für die Dimension „Umwelt“ – die allerdings in den verschiedenen Diskursarenen unterschiedlich – und in der Regel nur marginal – expliziert werden.

Anders ist dies bei den anderen beiden Diskursen. So nimmt der wirtschaftswissenschaftliche **Glücksdiskurs** eine eindeutig **subjektivistische Auffassung** dessen ein, was Politik und Gesellschaft als Ziel und Handlungsmaxime dienen sollte – wobei hier nicht der Begriff des guten Lebens genutzt wird, sondern konsequenterweise vom subjektiven Wohlergehen die Rede ist. Das subjektive Wohlergehen ist der zentrale, meist gar der einzige normative Belang, der im hier analysierten Glücksdiskurs zählt – daher sprechen wir auch vom SWB-Diskurs (für „subjective well-being“). Alle weiteren normativen Belange, wie beispielsweise eine intakte Umwelt, Freiheit, Solidarität oder materieller Wohlstand, sind demgegenüber lediglich Mittel zum Zweck. Über diese Festlegung hinaus werden andere normative Belange nicht – zumindest nicht a priori – bewertet oder gewichtet. Auf der Grundlage der empirischen Messung des subjektiven Wohlbefindens – a posteriori also – werden jedoch die verschiedenen gesellschaftlichen Werte anhand ihres Beitrages zum subjektiven Wohlbefinden als „Glücksfaktoren“ differenziert. Hierbei zeigen die empirischen Ergebnisse, dass die physische und (insbesondere) die mentale Gesundheit sowie das Eingebundensein in gute soziale Beziehungen im Vordergrund stehen, weniger etwa der materielle Wohlstand.

Der Happy Planet Index zeigt hingegen, dass der im Glücksdiskurs verbreitete **Fokus auf das subjektive Wohlbefinden von heute lebenden Menschen nicht zwingend** ist. Sie beziehen die Natur und zukünftige Generationen bei der Beurteilung des Glücks mit ein und sprechen von einem „glücklichen Planeten“ und „nachhaltigem Wohlbefinden“. Hierzu qualifizieren sie das subjektive Wohlbefinden mittels des Indikators des ökologischen Fußabdrucks.

Dennoch unterscheidet sich der SWB-Diskurs hinsichtlich der normativen Belange deutlich vom **Postwachstumsdiskurs**. Im letzteren sind substantielle Positionen dazu zu finden, welche normativen Belange das gute Leben ausmachen sollen. Allerdings besteht im Postwachstums-Diskurs **kein Konsens über die normativen Quellen guten Lebens**. Diskutiert werden sowohl individuelles, aufgeklärtes Glück als auch einzelne intrinsische Werte (wie Autonomie, Freiheit, Solidarität, Altruismus, Suffizienz/Genügsamkeit, Kooperation oder soziales Miteinander) als auch Befähigungen, diese Werte zu realisieren. Einige Autor/innen schlagen vor, den normativen Kern des guten Lebens nicht vorzugeben, sondern ihn in partizipativen, demokratischen Deliberationsprozessen erst zu bestimmen. Einigkeit

herrscht im Postwachstums-Diskurs hingegen darüber, dass (weiteres) Wirtschaftswachstum (in den früh industrialisierten Ländern) abgelehnt wird. So kritisieren Postwachstum-Vertreter/innen die gegenwärtigen Wachstumsgesellschaften dafür, dass sie hinderlich dabei seien, einige Bestandteile guten Lebens zu realisieren – sei es aufgrund der ökologischen Schäden, die sie verursachen, oder aufgrund der zu einseitigen Förderung von Befähigungen zur Mehrung des materiellen Wohlstands (wie Egoismus oder Konkurrenz), die wiederum den Befähigungen zu Gemeinschaftlichkeit und Solidarität abträglich seien.

Insgesamt vertritt der Postwachstums-Diskurs somit eine **pluralistische Auffassung des guten Lebens**, der zufolge es sich nicht auf eine bestimmte normative Quelle, beispielsweise Glücksempfindungen, reduzieren lässt. Vielmehr bestehe das gute Leben dieser Auffassung zufolge darin, eine Vielfalt von Werten – Bestandteilen guten Lebens – realisieren zu können. Der SWB-Diskurs vertritt hingegen – aus normativer Sicht – eine monistische Auffassung guten Lebens, der zufolge das gute Leben einzig und allein darin bestehe, das subjektive Wohlbefinden zu maximieren, wobei anderen Aspekten ein lediglich instrumenteller Charakter zugewiesen wird. Innerhalb der Indikatorendebatte wiederum suchen die Protagonist/innen es zu vermeiden, sich auf eine Position hinsichtlich der normativen Quellen des guten Lebens festzulegen. Sie konzentrieren sich auf die eher technische Aufgabe der Operationalisierung von Indikatoren.

Dennoch wird zwischen dem Postwachstumsdiskurs auf der einen und den beiden anderen hier betrachteten Diskursen auf der anderen Seite ein weiterer inhaltlicher Unterschied in den vertretenen Auffassungen guten Lebens deutlich. Innerhalb des Postwachstumsdiskurses herrscht Einigkeit darüber, dass eine Auffassung gutes Leben die Vorstellung der Genügsamkeit, des rechten Maßes, der Suffizienz enthalten sollte. Insbesondere für den **Wert des materiellen Wohlstandes** gelte es in den wohlhabenden Industrienationen, dass dieser Wert über das rechte Maß hinaus realisiert und eine weitere Steigerung materiellen Wohlstandes dem guten Leben abträglich sei. Diese Vorstellung, dass ein Leben dann besser wird bzw. die Lebensqualität oder das Wohlergehen dann steigen, wenn die Bestandteile guten Lebens ein gewisses Maß nicht überschreiten, eine solche Genügsamkeits-Auffassung guten Lebens wird in der von uns betrachteten Literatur zu anderen Diskursen nicht diskutiert. Wenn jedoch die Indikatoren-Debatte neutral gegenüber unterschiedlichen Vorstellungen guten Lebens bleiben soll, müssen darin auch Indikatoren für die Genügsamkeitsauffassung guten Lebens entwickelt werden. Die in dieser Studie betrachteten Arbeiten setzen das bislang nicht um.

Die spezielle Frage danach, **wessen Lebensqualität** in den verschiedenen Diskursen wie berücksichtigt wird, muss entsprechend den obigen Ausführungen differenziert beantwortet werden. So fokussieren zwar alle drei Diskurse auf das gute Leben der jetzt lebenden Menschen. Allerdings unterscheiden sie sich in Bezug auf die intergenerationelle Gerechtigkeit und auch in Bezug auf das Verhältnis zu nicht-menschlichen Lebewesen. Im SWB-Diskurs wird diesen Aspekten kein eigenständiger normativer Wert zugewiesen. Das bedeutet, dass sie zwar durchaus einen Wert haben können, allerdings lediglich einen instrumentellen, wenn sie nämlich das (empirisch gemessene) subjektive Wohlbefinden von aktuell lebenden Menschen steigern. In der Indikatorendebatte sind diese Aspekte über die Dimension der Nachhaltigkeit und die entsprechenden Umweltindikatoren enthalten. Allerdings wird dort kontrovers diskutiert, ob sie instrumentell wertvoll für die heute lebenden Menschen sind oder ob die Natur und Umwelt eigenen Wert innerhalb des gesellschaftlichen Wohlergehens haben. Der Postwachstums-Diskurs fokussiert bei der Diskussion der Frage, worin gutes Leben bestehe, *prima facie* ebenfalls auf das gute Leben von gegenwärtig in den westlichen Industrienationen lebenden Menschen. Gleichzeitig liegt jedoch die Motivation für die Suche nach Genügsamkeits-Auffassungen guten Lebens genau darin, eine global und intergenerationell verallgemeinerbare Vorstellung der Lebensqualität zu entwickeln.

3.2 Beteiligte Akteure und personelle Bezüge

Die an den drei hier analysierten Diskursen beteiligten **Akteure unterscheiden sich von Diskurs zu Diskurs erheblich**. So ist der Postwachstums-Diskurs am stärksten zivilgesellschaftlich geprägt, die Indikatorendebatte am stärksten von Akteuren aus Politik und Verwaltung und der SWB-Diskurs am stärksten von Wissenschaft und privaten Thinktanks; Akteure aus der Wirtschaft nehmen in allen drei Diskursen eine marginale Rolle ein. Die im Voraus getroffenen Annahmen hinsichtlich der unterschiedlichen Akteursstrukturen der drei Diskurse, die zur Auswahl eben dieser Diskurse geführt haben, sind somit nicht widerlegt worden.

Die Diskurse sind hinsichtlich der an ihnen beteiligten Akteure nicht nur intern homogen, sondern überschneiden sich hinsichtlich des Diskurspersonals in geringem Maße. So sind lediglich einige Thinktanks wie das Legatum Institute oder das Denkwerk Zukunft, einige politisch-administrative Institutionen wie nationale Statistikämter sowie bestimmte Einzelpersonen aus der Wissenschaft an zwei der drei hier analysierten Diskurse beteiligt.

Erklären lassen sich diese interne Homogenität und die geringen personellen Überschneidungen auch aus der **unterschiedlichen sozio-kulturellen Genese der Diskurse**. Zwar haben alle Diskurse einen ähnlichen zeitgeschichtlichen und inhaltlichen Ausgangspunkt, nämlich die Infragestellung der Fortführung des kapitalistischen Fortschritts- und Entwicklungsmodells im Zuge der Krise des fordistischen Wohlfahrtsstaats und des Aufkommens der ökologischen Frage während der 1970er Jahre, welche sich in den Debatten um die Grenzen des Wachstums oder das Easterlin-Paradox kristallisierte. Die drei hier betrachteten Diskurse stellen jedoch unterschiedliche Kanalisierungen dieser Debatten dar. Während der SWB-Diskurs eher die wirtschaftswissenschaftliche Kanalisierung der Debatten rund um das Easterlin-Paradox repräsentiert, so repräsentiert der Postwachstumsdiskurs stärker die zivilgesellschaftliche Kanalisierung der Debatten rund um die ökologische Krise und die Grenzen des Wachstums. Die Indikatorendebatte hingegen ist als Reaktion des politisch-administrativen Apparats auf die Konjunktur eben dieser Debatten zu sehen, die sie in den 2000er Jahren und insbesondere im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise ab 2008 erfahren haben.

Entsprechend dieser verschiedenen sozio-kulturellen Hintergründe lassen sich auch die unterschiedlichen Konstruktionsprozesse und Verwendungen der Begriffe Glück, Lebensqualität, gutes Leben, Wohlbefinden, etc. in den drei Diskursen verstehen: nämlich vor einem kapitalismus-/systemkritischen, sozialökologischen Hintergrund im Falle des Postwachstumsdiskurses, vor einem wirtschaftswissenschaftlichen, gesellschaftspolitisch eher liberal-konservativen Hintergrund im Falle des SWB-Diskurses und vor einem politisch-administrativen Hintergrund im Falle der Indikatorendebatte.

3.3 Bezüge zur politischen Ordnung

Die Bezüge zur politischen Ordnung, die aus den Auffassungen guten Lebens in den drei hier betrachteten Diskursen hervorgehen, **sind zwischen den Diskursen sehr unterschiedlich** ausgeprägt. Am schwächsten ausgeprägt sind sie in der **Indikatorendebatte**, im Rahmen derer die **Rollen politischer Akteure kaum explizit diskutiert** werden. So beschränkt sich der Diskurs weitgehend darauf, ein Informationstool zu schaffen, das politische Entscheidungsträger/innen – wer auch immer sie sein mögen – besser in die Lage versetzt, zur Förderung der Lebensqualität, des Wohlergehens oder des guten Lebens beizutragen. Der Staat sollte seine Maßnahmen also so gestalten, dass sie die Lebensqualität (entsprechend der Indikatoren) steigern. Welche Maßnahmen dies sind, bleibt jedoch offen. Über diese vage Forderung hinaus enthält die Indikatorendebatte keine weiteren Bezüge zur politischen Ordnung.

Anders ist dies im **Glücksdiskurs**. Zumindest einige Akteure vertreten im Rahmen dieses Diskurses das gesellschaftspolitische Konzept des **libertären Paternalismus**. Dieses wird als ein auf den Erkenntnissen der Glücksforschung basierender Politikansatz verstanden. Die Vertreter/innen dieses

Konzepts setzen dabei auf einen paternalistischen Staat, der weiß, was gut für seine Bürger/innen ist und sie in die entsprechende Richtung lenken will, ihnen jenseits dieses „Stupsens“ jedoch Wahlfreiheiten lässt.

Neben dem Staat nimmt vor allem die **Wissenschaft** eine **zentrale Rolle** in dem Konzept ein. Ihre Aufgabe, insbesondere der Psychologie sowie der Sozial- und Neurowissenschaften, ist es in diesem Zusammenhang, mittels empirischer Methoden herauszufinden, was die Bürger/innen glücklich oder zufrieden macht und wie politische Maßnahmen zur Erhöhung gesellschaftlichen Glücks zu gestalten sind. Dies soll den staatlichen Akteuren Orientierung verschaffen, um staatliche Maßnahmen auszurichten. Der zugrunde liegende liberale Paternalismus ist wissenschaftsgetrieben, da die Wissenschaft eine wichtige Rolle beim Agenda Setting und der Politikformulierung spielt. So äußern sich einige der Protagonisten des SWB-Diskurses auch bereits in Bezug auf die zur Steigerung des gesellschaftlichen Wohlbefindens notwendigen Maßnahmen, bspw. bzgl. der aktivierenden, auf Sanktionen beruhenden Arbeitsmarktpolitik.

Eine **ambivalente Rolle** nimmt im SWB-Diskurs die **Zivilgesellschaft** ein. So wird bspw. anerkannt, dass funktionierende soziale Beziehungen einer der wichtigsten Faktoren für das Wohlbefinden sind. Daher sollten zivilgesellschaftliche Gruppen und Initiativen (Vereine, freiwilliges Engagement, etc.) gefördert werden. Auf der gesellschaftspolitischen Ebene, also in der Gestaltung und Definition dessen, was das gute Leben ausmacht, wird ihnen jedoch keine besondere Rolle zugeordnet. Hinsichtlich der Wirtschaftsform setzt der SWB-Diskurs bzw. der paternalistische Liberalismus auf die (relativ) freie Entwicklung (privat)wirtschaftlicher Aktivitäten und auch das Wirtschaftswachstum, da sie Arbeitslosigkeit verminderten und die persönliche Entfaltung förderten.

Im **Postwachstumsdiskurs** hingegen wird die **aktuelle Form des Wirtschaftens grundsätzlich als Hemmnis des guten Lebens** infrage gestellt, da in einer modernen Wachstumsgesellschaft nicht alle Individuen die gleichen Chancen hätten, ihre eigenen Vorstellungen des Guten gleichberechtigt auszuüben. Menschen, deren Vorstellungen guten Lebens darin bestehen, weniger materiellen Wohlstand anzuhäufen und dafür andere Bestandteile des Guten zu realisieren, seien in einer Wachstumsgesellschaft strukturell darin benachteiligt, ihre Vorstellung eines guten Lebens auszuleben. Dies sei ungerecht und um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, müssten Auffassungen guten Lebens als politische Konzepte verstanden werden, deren Ermöglichung politisch durchgesetzt werden sollte. Zu diesem Zweck schlagen die Vertreter/innen des Postwachstumsdiskurses konkrete sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, z.B. Arbeitszeitverkürzung, Reform von Finanzinstitutionen und Änderungen von Eigentumsrechten zur Verbreitung von Gemeingütern vor.

Hinsichtlich der Rollen, die bestimmte Akteursgruppen in einer Postwachstumsgesellschaft einzunehmen hätten, bleibt der für diese Studie analysierte Teil des Postwachstumsdiskurses hingegen vage. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass der Staat mit seinen Maßnahmen ein gutes Leben in Suffizienz ermöglichen soll. Angesichts der oben genannten Maßnahmenvorschläge lässt sich zudem ableiten, dass der Staat dazu auch Maßnahmen mit einer relativen hohen Eingriffstiefe durchsetzen sollte, da grundlegende gesellschaftliche Institutionen und Rahmenbedingungen geändert werden sollten. Darüber hinaus wird im Postwachstumsdiskurs jedoch nicht konkret diskutiert, welche politischen Akteure auf welche Weise solche Reformvorschläge umsetzen sollten. Vielmehr wird dafür plädiert, **geeignete demokratische Partizipationsprozesse** zu gestalten, um allen Menschen die Möglichkeit zu verschaffen, an einer **gesamtgesellschaftlichen Deliberation über die Vorstellungen guten Lebens** teilzunehmen.

Insgesamt möchten wir hinsichtlich der Bezüge der drei hier betrachteten Diskurse guten Lebens zur politischen Ordnung zwei Punkte festhalten:

Erstens zeigen die Analysen, dass **die Festlegung auf eine Konzeption guten Lebens gewichtige Konsequenzen für die Gestaltung politischer Institutionen und politischer Ordnung** generell haben dürfte. Dies wird sichtbar an den Differenzen bezüglich der Auffassung guten Lebens und der staatlichen Rolle zwischen dem Glücks- und dem Postwachstumsdiskurs. Im Glücksdiskurs wird die Interpretation des guten Lebens als der Steigerung subjektiven Wohlergehens als Begründung dafür verwendet, staatliche Institutionen wie beispielsweise die der Sozialpolitik daraufhin auszurichten, subjektives Wohlergehen der gesellschaftlichen Mitglieder zu fördern. Dagegen behaupten die Vertreter/innen des Postwachstumsdiskurses einerseits, keine explizite Vorstellung guten Lebens zu unterstellen, und fordern, diese Konzeptionen erst in partizipativen Deliberationsprozessen diskursiv zu entwickeln. Daraus leiten sie ihre Staatsvorstellungen ab, in denen partizipative Prozesse eine stärkere politische Bedeutung erhalten, als es gegenwärtig der Fall ist. Andererseits finden sich in den Arbeiten von Vertreter/innen des Postwachstumsdiskurses auch Festlegungen auf bestimmte Werte, die als wichtige (bzw. zu fördernde) Bestandteile guten Lebens aufgefasst werden (Kooperation, soziale Anerkennung etc.) und es werden politische Veränderungen vorgeschlagen, mit denen diese Werte besser realisiert werden können. Doch in beiden Fällen zeigen sich deutliche Differenzen bezüglich der staatlichen und institutionellen Ordnung zwischen den beiden Diskursen. Und diese Differenzen sind eng mit den Vorstellungen guten Lebens verbunden. Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, wie die politische Ordnung weiter entwickelt werden sollte, sollte aus diesem Grund die Auseinandersetzung über die Frage, worin gutes Leben besteht, nicht vernachlässigen.

Zweitens entnehmen wir den Analysen, dass der **Postwachstumsdiskurs** – sowohl vom gesellschaftspolitischen Ausgangspunkt als von seinen Schlussfolgerungen her – der **am stärksten transformative Diskurs** ist, da er eine erhebliche Transformation des gesellschaftlichen Zusammenlebens inklusive zentraler wirtschafts- und sozialpolitischer Institutionen fordert. Die Rollen, die die verschiedenen Akteursgruppen dabei einnehmen sollten, bleiben jedoch weitgehend offen. Expliziter werden diese im SWB-Diskurs angesprochen, wobei vor allem dem Staat und der Wissenschaft zentrale Rollen in der Umsetzung des libertären Paternalismus zugeschrieben werden. Darüber hinaus kann der im SWB-Diskurs (von einigen Autor/innen) vertretene Ansatz des libertären Paternalismus als gesellschaftspolitisch eher konservativ eingeordnet werden, da er eher auf Anpassung an die bestehenden sozial- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse setzt (durch Nudging, „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik, Wachstum, etc.), diese aber im Großen und Ganzen unangetastet lassen will. In der Indikatorendeckung sind die Bezüge zur politischen Ordnung im Vergleich zu den beiden anderen hier betrachteten Diskursen guten Lebens hingegen nur marginal.

Abbildung 1 fasst die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Diskursen im Hinblick auf die analysierten Kriterien in einem tabellarischen Überblick zusammen.

Abbildung 1: Übersicht Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Diskurse zum guten Leben

Zentrale Kriterien	Unterkriterien	Beyond GPD/Indikatorendebatte	Postwachstum	G Glück
Gehalt des Diskurses	Quelle(n) der Lebensqualität	Acht Wertdimensionen: Materieller Lebensstandard, Gesundheit, Bildung, persönliche Tätigkeiten, soziale Beziehungen, politische Teilhabe, ökonomische und physische Sicherheit, Umwelt	Glück Befähigungen dazu, wertvolle Lebensfunktionen zu realisieren.	Subjektives Wohlbefinden (beim HPI verschränkt mit Gesundheit und ökol. Fußabdruck)
	Gewichtung der einzelnen Belange untereinander	Keine Gewichtung der einzelnen Wertdimensionen (das wird einzelnen Individuen überlassen)	Starker Fokus auf Befähigungen zu gemeinschaftlichen/solidarischen Werten; Abwertung von Befähigungen zu materiellem Wohlstand	Subjektives Wohlbefinden: trifft nicht zu HPI; besondere Berücksichtigung von Gesundheit und ökol. Fußabdruck)
	Wessen Lebensqualität wird berücksichtigt?	Lebensqualität von heute lebenden Menschen (current well-being), und Nachhaltigkeit in einer eigenen Dimension; Kontroverse, ob zukünftige Generationen berücksichtigt werden sollen	Die Vorstellungen dessen, was gutes Leben heute ausmacht, sind durch die Verantwortung zukünftigen Menschen gegenüber beeinflusst	Subjektives Wohlbefinden: heute lebende Menschen; HPI: auch zukünftige Generationen (ökolog. Fußabdruck)
Am Diskurs beteiligte Akteure	Hauptakteure bzw. Kontrahenten	Hauptakteure: OECD, statistische Ämter, EU-Kommission, -Parlament Enquete-Kontroverse bezüglich zukünftiger Generationen: Betzüge/Heider (CDU) versus Bundestagsfraktion Bündnis 90/die Grünen sowie Müller/Buhlman/Kolbe (SPD).	Hauptakteure: Wissenschaftler/innen aus sozial-ökologischer Forschung; zivilgesellschaftliche Akteure Kontrahenten: insbesondere Mainstream-Ökonom/innen	Hauptakteure: Wissenschaft (v.a. Psychologie, Neurologie und Glücksökonomik) und Thinktanks, auch Regierungen Kontrahenten: Teile der Wissenschaft (Teile der Philosophie, Teile der Wirtschaftswissenschaft)
Bezüge des Diskurses zur politischen Ordnung	Implikationen in Bezug auf Eigentumsrechte (Rolle von Commons)	Nein	Stärkung von gemeinschaftlicher Nutzung von Gütern (Sharing); Förderung und Ausbreitung von Gemeingütern	Nein
	Implikationen in Bezug auf Rollen politischer Akteure	Befähigung staatlicher Akteure, politische Maßnahmen so zu gestalten, dass sie die Lebensqualität steigern	Staatliche Akteure sollen durch die Veränderung von grundlegenden gesellschaftlichen Institutionen andere Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass suffiziente Auffassungen guten Lebens sich entfalten können Betonung deliberativer Prozesse zum Aushandeln von Vorstellungen guten Lebens	Libertärer Paternalismus. Wichtige Rolle für Wissenschaft und Regierung, auch für die Eigenverantwortung der Bürger/innen, untergeordnete Rolle für die Zivilgesellschaft

4 Vorläufige Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Relevanz der Diskurse für die Nachhaltigkeitspolitik

Die in diesem Bericht dargestellten Analysen von Diskursen zum guten Leben dienen dem Zweck, Ansatzpunkte einer Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik für ein gutes Leben aller zu erarbeiten. Einige hierzu relevante Schlussfolgerungen lassen sich aus diesen Analysen ziehen. Hierzu bewerten wir die Teildiskurse im Hinblick auf folgende Fragen:

- ▶ Welche inhaltlichen Schnittstellen weisen die analysierten Diskurse sowie die darin enthaltenen Auffassungen guten Lebens zu den Themen der Nachhaltigkeitspolitik auf? – dies bezeichnen wir im Folgenden als „Anschlussfähigkeit“
- ▶ Welche politische Wirkmächtigkeit weisen die Diskurse auf?

Unsere Schlussfolgerungen basieren zum einen auf den Analysen der Diskurse zum guten Leben (Abschnitte 2 und 3). Zum anderen basieren sie auf den Ergebnissen der Diskussionen auf einem Fachkolloquium³⁹. Dort sind Hypothesen zur Anschlussfähigkeit der Diskurse zum guten Leben an Themen der Nachhaltigkeitspolitik sowie zu ihrer Wirkmächtigkeit mit Expert/innen und Vertreter/innen des BMUB und UBA diskutiert worden.

Aufgrund des fokussierten Analysekorpus, der diesem Arbeitspaket zugrunde gelegt wurde (vgl. Abschnitt 1.4), können die hier präsentierten Schlussfolgerungen nicht auf die gesamten Diskurse verallgemeinert werden. Insbesondere die Ergebnisse zu den Akteurskonstellationen dürften sich ändern, wenn eine größere Breite der Diskurse zum Glück und der Postwachstumsdiskurse in Betracht gezogen wird, darauf wiesen auch die Teilnehmer/innen des Fachkolloquiums hin. Dennoch lassen sich den bisherigen Analysen begründete Hypothesen über die relativen Unterschiede in der Anschlussfähigkeit (der analysierten Teildiskurse) und ihrer Wirkmächtigkeit ableiten.

Anschlussfähigkeit der Diskurse an Nachhaltigkeitsthemen

Hinsichtlich ihrer Anschlussfähigkeit an die Themen der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik unterscheiden sich die Diskurse nicht grundlegend. So sind alle drei Diskurse diesbezüglich prinzipiell – also von ihrer Grundausrichtung und der in ihnen vertretenen Vorstellung guten Lebens – anschlussfähig. D.h. sie alle enthalten Debattenstränge, in denen umwelt- oder nachhaltigkeitspolitische Themen adressiert und entsprechende Argumente ausgetauscht werden. Sie unterscheiden sich jedoch zum Teil erheblich darin, inwiefern auf Grundlage dieser prinzipiellen Anschlussfähigkeit bereits tatsächliche Bezüge zu Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen hergestellt werden.

Die **Indikatorendebatte** enthält bereits Themen der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. So erkennen alle im Rahmen dieser Studie betrachteten Operationalisierungsansätze an, dass der Zustand der Umwelt und Natur einen Bestandteil des gesellschaftlichen Wohlergehens darstellt. Allen Ansätzen ist auch gemein, dass die Betrachtung des Wohlergehens von lediglich gegenwärtig lebenden Menschen nicht ausreicht, um über die Richtung gesellschaftlichen Fortschritts bzw. der gesellschaftlichen Entwicklung urteilen zu können. Gleichwohl zeigen sich zwischen den Ansätzen Unterschiede darin, wie Umwelt- und Nachhaltigkeitsbelange in dem Indikatorenset operationalisiert werden. Teils wird die Sicht vertreten, für das gesellschaftliche Wohlergehen seien nur diejenigen Aspekte der Natur und Umwelt relevant, die für die Menschen unmittelbar erfahrbar sind. Teils wird die gegenläufige Position vertreten, dass auch Umwelt- und Naturbedingungen, die zwar nicht unmittelbar erfahrbar, aber

³⁹ Dieses hat am 14.03.16 am BMUB in Berlin stattgefunden.

Grundlage für das Wohlergehen von zukünftigen Generationen sind, in einem Indikator für gesellschaftliches Wohlergehen berücksichtigt werden sollen.

Auch der **Postwachstumsdiskurs** schließt unmittelbar an Nachhaltigkeitsdiskurse an. Denn sein Ausgangspunkt liegt in der Suche nach einer gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung, welche sowohl ökologische Ziele als auch Prinzipien globaler und intergenerationaler Gerechtigkeit in Einklang bringt. Auf dem Fachkolloquium wurde darauf hingewiesen, dass innerhalb des Postwachstumsdiskurses die ursprünglichen Ziele der starken Nachhaltigkeit anerkannt würden, dass aber die faktische Ausrichtung der Nachhaltigkeitspolitik auf das Konzept der schwachen Nachhaltigkeit kritisch gesehen werde und nach Alternativen dazu gesucht werde. Die Besonderheit des Postwachstumsdiskurses ist die Lenkung des Fokus der Nachhaltigkeitsdebatte auf eine Veränderung von gesellschaftlichen und ökonomischen Institutionen, die gegenwärtig dazu führen, dass der Ressourcenverbrauch absolut nicht hinreichend stark sinkt. Gleichzeitig suchen die Vertreter/innen von Postwachstumskonzepten ihre Veränderungsvorschläge mit der Realisation eines besseren Lebens für alle gesellschaftlichen Mitglieder zu begründen: Verzicht auf das Überflüssige beim materiellen Wohlstand und mehr Zeit für zwischenmenschliche Beziehungen und Lebensfreuden. Innerhalb des Postwachstumsdiskurses werden damit Begründungen diskursiv erarbeitet, die die Nachhaltigkeitspolitik dafür nutzen könnte, für eine Veränderung grundlegender gesellschaftlicher und ökonomischer Institutionen zu argumentieren (Arbeitszeitverkürzung, Eigentumsrechte, Verfassung von Finanzmärkten und -institutionen, Sozialstaatspolitik).

Der **Glücksdiskurs**, insbesondere der im Rahmen dieser Analyse betrachtete SWB-Diskurs, ist ebenfalls potenziell anschlussfähig an die Themen der Nachhaltigkeitspolitik. In der Praxis halten sich die tatsächlichen Anschlüsse zwischen dem akademischen SWB-Diskurs und der Nachhaltigkeitsdebatte jedoch in Grenzen. Die Anschlussfähigkeit liegt dabei – entsprechend der im SWB-Diskurs vorherrschenden anthropozentrischen Sicht – im (potenziellen) instrumentellen Wert der (ökologischen) Nachhaltigkeit für das subjektive Wohlbefinden der Menschen. De facto spielt Nachhaltigkeit im SWB-Diskurs jedoch eine deutlich untergeordnete, kaum wahrnehmbare Rolle. Nachhaltigkeit ist bezüglich des empirisch gemessenen subjektiven Wohlbefindens ein verhältnismäßig schwacher „Glücksfaktor“, wird also kaum als wichtiger Faktor für das subjektive Wohlbefinden genannt.⁴⁰ Auf dem Fachkolloquium wurde darauf hingewiesen, dass der positive Zusammenhang zwischen ökologischem Verhalten und subjektiven Wohlbefinden durch andere Wertdimensionen wie beispielsweise Achtsamkeit erklärt werde. Auf der anderen Seite sei auch zu beobachten, dass es eine positive Korrelation zwischen ökologischem Fußabdruck und der individuellen Zufriedenheit mit dem Leben gibt.

Dass die Ergebnisse der Glücksforschung für die Kommunikation der Nachhaltigkeitsthemen genutzt werden können, zeigt hingegen der Happy Planet Index. Hier wird der Nachhaltigkeit – explizit dem Indikator des ökologischen Fußabdrucks – ein intrinsischer, vom Menschen unabhängiger Wert zugeschrieben wird, indem sie quasi als Korrektiv für das subjektive Wohlbefinden dient.⁴¹

Die Diskussionen auf dem Fachkolloquium haben insgesamt verdeutlicht, dass der Zusammenhang zwischen den Diskursen zum guten Leben und Nachhaltigkeitsdiskursen stark davon abhängt, welche Auffassung der Nachhaltigkeit (stark oder schwach) vertreten wird. Einzelne Diskurse zum guten Leben scheinen unterschiedlich stark an die jeweilige Auffassung von Nachhaltigkeit anzuschließen. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass Diskurse zum guten Leben nicht ohne eine Verbindung

⁴⁰ Als bezeichnend hierfür kann angesehen werden, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“, trotz seiner Konjunktur, im 90-seitigen Bericht „Wellbeing and Policy“ (O'Donnell u.a. 2014) nicht ein einziges Mal auftaucht.

⁴¹ Ähnliches gilt auch für das Konzept des Bruttonationalglücks. Hier stellen der Schutz der Umwelt und eine sozial gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung zwei der vier Säulen des Konzepts dar. Dementsprechend wird das Konzept relativ häufig herangezogen, um eine ökologisch und sozial nachhaltigere Politik zu fordern (siehe bspw. blog.whathappiness.at (letzter Zugriff 12.12.17)).

zu Themen der distributiven Gerechtigkeit und der Machtverteilung in den Nachhaltigkeitsdiskurs eingebracht werden sollten. Denn Nachhaltigkeitsziele adressierten Fragen der Gerechtigkeit und sie müssten im Lichte von bestehenden Machtasymmetrien realisiert werden. Dieser Punkt wurde auch in den Interviews zur Kritik am Dialog „Gut leben in Deutschland“ betont.

Politische Wirkmächtigkeit der Diskurse

Die bisherigen Analysen erlauben es nicht, verallgemeinerbare Aussagen über die politische Wirkmächtigkeit der einzelnen Diskurse zu begründen. Denn zum einen ist der politische Einfluss von Diskursen extrem schwer empirisch nachzuweisen. Zum anderen kann politische Wirkmächtigkeit auf unterschiedliche Weisen beurteilt werden. Einerseits kann sie sich daran äußern, wie stark konkrete politisch-administrative Prozesse beeinflusst werden. Andererseits kann aber ein Diskurs auch politisch wirkmächtig sein, ohne auf der administrativen Ebene Wirksamkeit zu zeigen, sondern durch Einfluss auf die öffentlichen Meinung oder Mobilisierung der Zivilgesellschaft. Dennoch können anhand der bisherigen Analysen einige Unterschiede zwischen den betrachteten Diskurssträngen im Hinblick auf unterschiedliche Auffassungen politischer Wirkmächtigkeit aufgezeigt werden.

Die **Indikatorendebatte** ist bezüglich seiner Akteure und Arenen direkt in Politik und Verwaltung angesiedelt – und das auch schon seit geraumer Zeit. Dennoch konnte sie bislang keine große politische Wirkmächtigkeit entfalten, da sehr viele unterschiedliche Indizes dafür, was gesellschaftliche Ziele sein sollen, nebeneinander existieren, von denen sich noch keiner als anerkannter Standard durchsetzen konnte. Andererseits hat die prominent besetzte Stiglitz-Kommission politischen Schwung in die Debatte gebracht. Es ist insofern möglich, dass der durch die Stiglitz-Kommission initiierte Prozess der Konstruktion eines alternativen Maßes für die gesellschaftliche Lebensqualität eine breite öffentliche Verbreitung erhält und für die Orientierung staatlichen Handelns genutzt wird und somit eine höhere Wirkmächtigkeit entfaltet. Es ist aber auch möglich, dass er – beispielsweise auf Grund seiner Komplexität oder eines alternativen Indexes, der im Rahmen des Dialogs „Gut leben in Deutschland“ entwickelt wird – keine breite Akzeptanz findet und nur ein Index neben vielen anderen bleibt.

Der **Postwachstumsdiskurs** hat auf der politisch-administrativen Ebene bislang keine politische Wirkmächtigkeit gezeigt. Noch scheint er insgesamt nicht aus einer sozial-ökologischen, zivilgesellschaftlich geprägten Nische herausgewachsen zu sein. Dies zeigt sich einerseits an der homogenen Zusammensetzung des Diskurspersonals; andererseits aber auch daran, dass viele der Werte, die im Postwachstumsdiskurs eine hohe Bedeutung haben wie Autonomie, Suffizienz/Genügsamkeit, Kooperation oder Solidarität, in den anderen beiden Diskursen nicht oder nur marginal betrachtet werden (so stellen diese Werte bspw. in der Indikatorendebatte bzw. in den diskutierten Indikatorensystemen keine eigenständigen Dimensionen dar).

Für ein größeres Wirkmächtigkeitspotenzial des Postwachstumsdiskurses spricht allerdings seine Anschlussfähigkeit an weitere wirtschafts- und sozialpolitische Diskurse wie jenen zur Gemeinwohl-Ökonomie, zum bedingungslosen Grundeinkommen bzw. generell zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme oder zur Fluchtmigration (vgl. Lessenich 2016, Pissarskoi u.a. i.E.). Darüber hinaus ist der Diskurs in der öffentlichen Wahrnehmung präsent, mobilisiert Konferenzen mit breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung und ist auf der akademischen Ebene durch eine DFG-Kollegforscher/innengruppe etabliert.

Der **SWB-Diskurs** hingegen hat aufgrund seiner Resonanz in Politik und Verwaltung bereits eine gewisse politische Wirkmächtigkeit auf der administrativen Ebene entwickelt. So ist er in Großbritannien bereits in politischen Institutionen und Programmen institutionalisiert und handlungsleitend geworden. Darüber hinaus ist angesichts der personellen Verflechtungen der „Happiness Economics“ mit Politik und Verwaltung davon auszugehen, dass die Erkenntnisse und Empfehlungen der aus dem

SWB-Diskurs auf der politisch-administrativen Ebene nicht ungehört verhallen. In Deutschland ist dieser Diskurs zwar weit weniger strukturiert und institutionalisiert. Aktuelle Entwicklungen, beispielsweise rund um den Bürgerdialog „Gut leben in Deutschland“ zeigen aber, dass sich die deutsche Bundesregierung in einem gewissen Maße an den Entwicklungen in Großbritannien orientiert und der SWB-Diskurs auch hierzulande einen größeren institutionellen Stellenwert erhalten könnte.⁴² Denn auch dieser hat eine hohe Anschlussfähigkeit zu weiteren in Deutschland wirkmächtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Diskursen wie jenem der Eigenverantwortung oder des bürgerschaftlichen Engagements.

Diese Gegenüberstellung der relativen Unterschiede in der Anschlussfähigkeit an Nachhaltigkeitsthemen und der politischen Wirkmächtigkeit der drei Diskurse verdeutlicht ein (durchaus vertrautes) Muster. Auf der einen Seite ist der Postwachstumsdiskurs derjenige Diskurs, der die größte inhaltliche Nähe zum Konzept der starken Nachhaltigkeit aufweist, gleichzeitig auch der Diskurs mit der geringsten Wirkmächtigkeit auf der politisch-administrativen Ebene. Auf der anderen Seite hat der SWB-Diskurs die größte Wirkung auf der politisch-administrativen Ebene und die stärkste handlungsleitende Funktion entwickelt, gleichzeitig ist er derjenige Diskurs, in dem Nachhaltigkeit die geringste Rolle spielt. Die Indikatorendebatte nimmt hinsichtlich beider Aspekte die mittlere Position ein.

Die Ergebnisse der Analyse der drei Diskurse sowie die daraus gezogenen Schlussfolgerungen bezüglich ihrer Relevanz für die Nachhaltigkeitspolitik liefern die Grundlage für vertiefte Analysen der Rolle, die Diskurse zum guten Leben für die Stärkung der Nachhaltigkeitspolitik einnehmen können. Die Ergebnisse dieser Auswertungen sind in Pissarskoi et al. (i.E.) dargestellt.

⁴² Im Vokabular der argumentativen Diskursanalyse ließe sich sagen, dass der SWB-Diskurs in Großbritannien bereits die Phase der Diskursstrukturierung hinter sich gelassen und in die Phase der Diskursinstitutionalisierung eingetreten ist. Für Deutschland lässt sich dieser zwar Befund nicht teilen. Dennoch lassen sich auch hier Ansätze für eine stärkere Etablierung dieses Diskurses finden, die eine ähnliche Institutionalisierung und politische Wirkungsmacht dieses Diskurses zumindest möglich erscheinen lassen.

5 Quellenverzeichnis

- Acosta, Alberto (2015): Vom guten Leben: Der Ausweg aus der Entwicklungsideologie. In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik (Hrsg.): Mehr geht nicht! der Postwachstums-Reader, S. 191–197. Berlin.
- Agostino, Ana; & Dübgen, Franziska (2014): Die Politik des guten Lebens. *Leviathan* 42, S. 267–291.
- Abdallah, Saameh; Michaelson, Juliet, Shah Sagar; Stoll, Laura; & Marks, Nic (2012): The Happy Planet Index: 2012 Report, A global index of sustainable well-being. London. <https://static1.squarespace.com/static/5735c421e321402778ee0ce9/t/578cb7e8b3db2b247150c93e/1468839917409/happy-planet-index-report-2012.pdf>. Aufgerufen am 19.12.2017.
- Binkley, Sam (2014): *Happiness as Enterprise: An Essay on Neoliberal Life*. Albany.
- Buchheim, Christoph (1997): *Einführung in die Wirtschaftsgeschichte*. München.
- Caria, Sara; & Dominguez, Rafael (2016). Ecuadors Buen vivir: A New Ideology for Development. *Latin American Perspectives* 43(1), S. 18–33.
- Deutscher Bundestag. (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft. Berlin (No. Drucksache 17/ 13300).
- Diefenbacher, Hans; Held, Benjamin; Rodenhäuser, Dorothee; & Zieschank, Roland (2015): Aktualisierung und methodische Überarbeitung des Nationalen Wohlfahrtsindex 2.0 für Deutschland – 1991 bis 2012 – Endbericht.
- Diefenbacher, Hans; Düwell, Marcus.; Philips, Jos, Leggewie, Claus, Sommer, B., Petschow, Ulrich.; ... ;Zieschank, Roland (2014). Konzepte gesellschaftlichen Wohlstands und ökologische Gerechtigkeit. Dessau-Roßlau (UBA-Texte No. 45/2014). <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/konzepte-gesellschaftlichen-wohlstands-oekologische>. Aufgerufen am 19.12.2017
- Easterlin, Richard A. (1974). Does economic growth improve the human lot? Some empirical evidence. *Nations and households in economic growth* 89, S. 89–125.
- European Commission, & Eurostat. (2015): *Quality of life facts and views: 2015 edition*. Luxembourg. <http://bookshop.europa.eu/uri?target=EUB:NOTICE:KS0514073:EN:HTML>. Aufgerufen am 19.12.2017.
- Eversberg, Dennis; & Schmelzer, Matthias (2015): Degrowth: Kapitalismuskritik muss praktisch werden! Grundkonsens und Differenzen einer entstehenden Bewegung. DFG-Kollegforschergruppe Postwachstumsgesellschaften. https://www.researchgate.net/publication/315701591_Degrowth_Kapitalismuskritik_muss_praktisch_werden_Grundkonsens_und_Differenzen_einer_entstehenden_Bewegung. Aufgerufen am 19.12.2017.
- GCEE; & CAE (2010): *Monitoring economic performance, quality of life and sustainability: joint report as requested by the Franco-German Ministerial Council*. Wiesbaden.
- Georgescu-Roegen, Nicholas (1975): Energy and Economic Myths. *Southern Economic Journal* 41(3), S. 347–381.
- Georgescu-Roegen, Nicholas (1979): *Demain la décroissance*. Entropie – Ecologie - Economie. Paris.
- Hajer, Maarten A. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Janning F.; & Toens, K. (Hrsg.): *Die Zukunft der Policy-Forschung*, S. 211–222. Wiesbaden.
- Haug, Frigga (2011): *Die Vier-in-Einem-Perspektive. Eine Politik von Frauen für eine neue Linke*. Hamburg.
- Henseling, C., Korte, F., Göll, E., & Kahle, K. (2015). Diskurs Nr. 4: Neue Wohlstands- und Entwicklungsmodelle - Entwurf. Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung.
- Illich, Ivan (1973): *Tools for Conviviality*. New York.
- Jackson, Tim (2009): *Prosperity without growth? The transition to a sustainable economy*. Sustainable Development Commission.
- Kahneman, Daniel; & Wakker, Peter P.; & Sarin, Rakesh. (1997): Back to Bentham? Explorations of Experienced Utility. *The Quarterly Journal of Economics* 112(2), S. 375–405.
- Keller, Reiner (2011). *Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms* (3. Aufl.). Wiesbaden.
- Latouche, Serge (2015a): *Es reicht!: Abrechnung mit dem Wachstumswahn*. München.

- Latouche, Serge (2015b). Vom Glück zum BIP - und die Alternative des guten Lebens. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 83–97.
- Layard, Richard (2004): *Happiness*. London.
- Lepenies, Phillip (2013). *Die Macht der einen Zahl*. Berlin.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München.
- Lutz, Christian; Zieschank, Roland; & Drosdowski, Thomas (2015): *Green Economy: Nachhaltige Wohlfahrt messbar machen unter Nutzung der umweltökonomischen Gesamtrechnungs-(UGR) Daten*. Dessau-Roßlau (UBA-Texte 69/2015). <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/green-economy-nachhaltige-wohlfahrt-messbar-machen>. Aufgerufen am 19.12.2017.
- Marteau, Theresa M.; Ogilvie, David; Roland, Martin; Suhrcke, Marc; & Kelly, Michael P. (2011): Judging nudging: can nudging improve population health?. *BMJ* 342(25 3), S. 228–228.
- Martínez-Alier, Joan; Pascual, Unai; Vivien, Franck-Dominique; & Zaccai, Edwin (2010): Sustainable de-growth: Mapping the context, criticisms and future prospects of an emergent paradigm. *Ecological Economics* 69(9), S. 1741–1747.
- Meadows, Dennis H., Club of Rome, & Potomac Associates (Hrsg.). (1972): *The limits to growth: a report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. New York.
- Meyer, Bernd; Diefenbacher, Hans; Zieschank, Roland; & Ahlert, Gerd (2012): *Synopse aktuell diskutierter Wohlfahrtsansätze und grüner Wachstumskonzepte. Studie I im Rahmen des Projektes "Eckpunkte eines ökologisch tragfähigen Wohlfahrtskonzepts als Grundlage für umweltpolitische Innovations- und Transformationsprozesse" für das Bundesumweltministerium*. Berlin (FFU-Report 03-2012). http://edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCs_derivate_000000001938/Wohlfahrtskonzepte_Synopse_FFU-Report_2012_final.pdf. Aufgerufen am 19.12.2017.
- Miegel, Meinhard (2010): *Exit: Wohlstand ohne Wachstum* (3. Aufl.). Berlin.
- Mill, John Stuart; & Birnbacher, Dieter (2004): *Der Utilitarismus* ([Nachdr.], durchges. Ausg. 1985). Stuttgart.
- Muraca, Barbara (2012a). Gutes Leben jenseits von Wachstum: eine ethische Perspektive. *Ethik und Gesellschaft* 1(2012).
- Muraca, Barbara (2012b): Towards a fair degrowth-society: Justice and the right to a „good life“ beyond growth. *Futures* 44(6), S. 535–545.
- Muraca, Barbara (2014): *Gut leben : eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*. Berlin.
- Nussbaum, Martha C. (1993): Non-Relative Virtues: An Aristotelian Approach. In: Nussbaum, M. C.; Sen A. K. (Hrsg.): *The Quality of Life*, S. 242–276. Oxford.
- Nussbaum, Martha C. (2007): *Frontiers of justice. Disability, Nationality, Species Membership*. Cambridge, Massachusetts.
- O'Donnell, Gus, & Legatum Institute (2014): *Wellbeing and policy*. Report commissioned by the Legatum Institute. <https://lif.blob.core.windows.net/lif/docs/default-source/commission-on-wellbeing-and-policy/commission-on-wellbeing-and-policy-report---march-2014-pdf.pdf?sfvrsn=0>. Aufgerufen am 11.12.17.
- OECD (2011): *How's Life?* Paris. <http://www.oecd-ilibrary.org/content/book/9789264121164-en>. Aufgerufen am 19.12.2017.
- OECD (Hrsg.) (2013): *OECD guidelines on measuring subjective well-being*. Paris.
- OECD (2015): *How's Life? 2015*. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development. http://www.oecd-ilibrary.org/content/book/how_life-2015-en. Aufgerufen am 19.12.2017.
- O'Neill, Daniel W. (2015): What Should Be Held Steady in a Steady-State Economy? Interpreting Daly's Definition at the National Level. *Journal of Industrial Ecology*, 19(4), S. 552–563.
- Ott, Konrad, & Döring, Ralf (2008): *Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit* (2. Aufl.). Marburg.
- Paech, Nico (2012): *Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München.
- Pfaff, Tobias (2011): *Das Bruttonationalglück aus ordnungspolitischer Sicht – eine Analyse des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems von Bhutan*. Berlin (RatSWD Working Papers 182).

Pissarskoi, Eugen; Lessenich, Stephan; Tappeser, Valentin; Vogelpohl, Thomas; Petschow; Ulich; & Weiss, Daniel (i.E.): Was kann Nachhaltigkeitspolitik vom guten Leben lernen? Zwischenbericht zum Arbeitspaket 2.2 „Spannungsfelder und Synergiepotentiale zwischen Diskursen zum guten Leben und der Nachhaltigkeitsstrategie“. Dessau-Roßlau (FKZ 3715 31 104 0).

Rätz, Werner; Egan-Krieger, Tanja von; Muraca, Barbara; Passadakis, Alexis; Schmelzer, Matthias; & Vetter, Andrea (2011): Ausgewachsen: Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. Hamburg.

Rauchenberger, Johannes; & Sturn, Richard (2010): Schubumkehr!: Rückbau als Vision. Würzburg.

Russell, Bertrand (2004): In praise of idleness and other essays. Abingdon.

Schmelzer, Matthias (2014). Gutes Leben statt Wachstum: Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung. <http://www.postwachstum.de/gutes-leben-statt-wachstum-degrowth-klimagerechtigkeit-subsistenz-eine-einfuehrung-in-die-begriffe-und-ansaezte-der-postwachstumsbewegung-20140718>. Aufgerufen am 01.03.16.

Seidl, Imi; & Zahrnt, Angelika (Hrsg.). (2010): Postwachstumsgesellschaft: Konzepte für die Zukunft. Marburg.

Self, Abigail (2015): Quality of Life Measurement and Application to Policy: Experiences from the UK Office for National Statistics. Social Indicators Research 130(1), S. 147-160.

Sen, Amartya K. (1993): Capability and Well-Being. In: Sen, A. K.; & Nussbaum; M. (Hrsg.): The Quality of Life, S. 30–53. Oxford.

Smith, Adam (1776): An inquiry and into the nature and cause of the wealth of nations. Oxford

Stiglitz, Jean E.; Sen, Amartya; & Fitoussi, Jean -Paul (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/118025/118123/Fitoussi+Commission+report>.

Straßheim, Holger; & Korinek, Rebecca-Lea (2015): Behavioural Governance in Europe. In Wilsdon, J.; & Doubleday, R. (Hrsg.): Future directions for scientific advice in Europe, S. 153–160. Cambridge.

Straßheim, Holger, & Korinek, Rebecca.-Lea (2016). Cultivating ‘Nudge’: Behavioural Governance in the UK. In J.-P. Voß & R. Freeman (Hrsg.): Knowing Governance, S. 107–126. Basingstoke.

Tomlinson, Michael W., & Kelly, Grace P. (2013). Is everybody happy? The politics and measurement of national wellbeing. Policy & Politics 41(2), S. 139–157.

Van Suntum, Ulrich (2009): Lebenszufriedenheit und Wohlbefinden in Deutschland: Studie zur Konstruktion eines Lebenszufriedenheitsindikators („Glücks-BIP“). Zusammenfassung der Studie. Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. <http://www.insm.de/insm/dms/insm/text/publikationen/studien/kurzfassung-gluecks-BIP/Kurzfassung%20GI%C3%BCcks-BIP.pdf>. Aufgerufen am 08.05.17.

Weimann, Joachim; Knabe, Andreas; & Schöb, Ronnie (2012): Geld macht doch glücklich: wo die ökonomische Glücksforschung irrt. Stuttgart.

Waldmüller, Johannes M. (2015): Gut Leben in Harmonie: Emergenz, Diskurs und Lokal-Indigene Erfahrung eines neuen Paradigmas im Schatten des Rechts auf Selbstbestimmung in Ecuador. Cottbus (Sozialwissenschaftliche Umweltfragen Berichte & Arbeitspapiere No. 7).

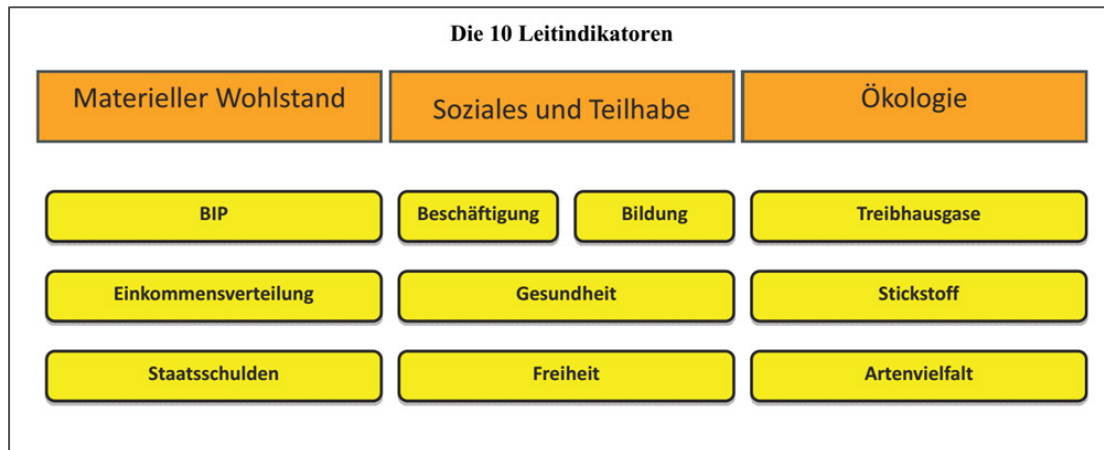
Welzer, Harald (2013): Der Abschied vom Wachstum als zivilisatorisches Projekt. In: Welzer H.; & Wiegandt K. (Hrsg.): Wege aus der Wachstumsgesellschaft. Frankfurt/M.

6 Anhang

6.1 Darstellungen der Dashboard-Indikatoren für die Lebensqualität

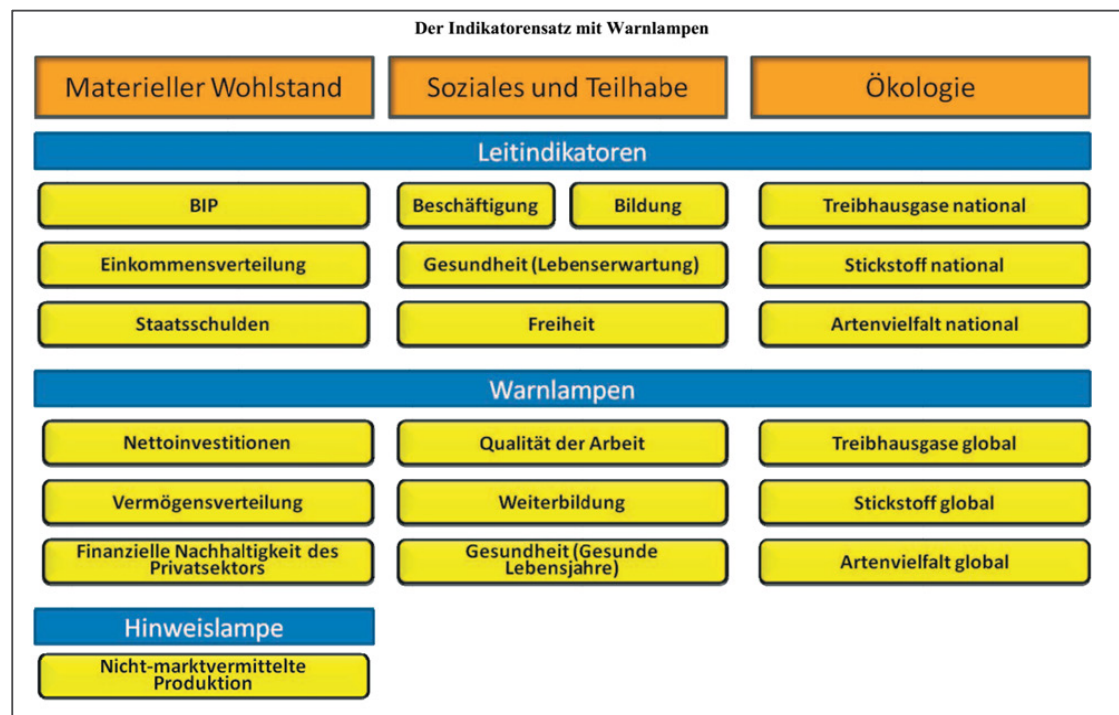
6.1.1 Enquete-Kommission

Abbildung 2: Leitindikatoren



Quelle: Enquete 2013: Abbildung 49, S. 237.

Abbildung 3: Indikatorenansatz mit Warnlampen



Quelle: Enquete 2013, Abbildung 81, S. 275.

6.1.2 Jahreswohlstandsbericht

Abbildung 4: Überblick über die Darstellung der Indikatoren im Jahreswohlstandsbericht



Quelle: Zieschank und Diefenbacher 2015, Abbildung 15, S. 43.

6.2 OECD-Indikatoren für die Messung der Nachhaltigkeit

Abbildung 5: OECD-Indikatoren

Capital stock	Chapter 2	Chapter 3	Chapter 3	Chapter 3
	Indicators relevant to both current and future well-being	Indicators of the "stock" of capital	"Flow" indicators (investment in, and depletion of, capital stocks)	Other risk factors
Natural capital	Annual exposure to air pollution (PM _{2.5})	Concentration of greenhouse gases in the atmosphere Land assets: Forest cover per capita Freshwater resources per capita	Greenhouse gas emissions per capita Freshwater abstractions per capita	Threatened species
Human capital	Educational attainment Cognitive skills among 15 year-old students Competencies of the adult population Long-term unemployment Life expectancy at birth	Educational attainment of 25-34 year olds	Educational expectancy (at age 5 to age 39)	Smoking prevalence Obesity prevalence
Social capital	Voter turnout Government stakeholder engagement	Trust in others Trust in public institutions		
Economic capital	Net wealth of households Net financial wealth of households	Net fixed assets per capita Knowledge capital per capita Financial net worth of the total economy per capita	Gross fixed capital formation Investment in R&D	Indebtedness of the private (household) sector Financial net worth of general government Leverage of the banking sector

Quelle: OECD 2015, S. 110, Tabelle 3.1.

6.3 Ergebnisse der Diskussionsmedienanalyse

Tabelle 4: Anzahl der Beiträge der untersuchten Blogs, politischen Stiftungen und Konferenzen zu den jeweiligen Themen

	Beyond GDP/Indikatoren	Glück/Lebenszufriedenheit	Lebensqualität	Wohlergehen	Gutes Leben	Postwachstum/Degrowth
Zivilgesellschaftliche Blogs (Beiträge)						
Fortschrittsforum	3	3	2	1	4	2
Nachdenkseiten		2	2		3	4
Degrowth	1	1	4	1	3	>10
Postwachstumsblog	1	4	4		1	>10
INSM Ökonomenblog	2	3	1		1	1
Die Transformateure		1	1	1	3	2
Wirtschaftliche Freiheit	2	3	1	2		1
Denkwerk Zukunft	>10	8	1	3	1	4
Freie Welt		6		2	1	1
Forum Freie Gesellschaft						1
Karma Konsum		2			1	7
Le Bohemien	1	1	1			2
Politische Stiftungen (Veranstaltungen)						
Konrad-Adenauer-Stiftung		3	1		1	2
Friedrich-Ebert-Stiftung		3	1		1	2

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit						1
Heinrich-Böll-Stiftung			1			4
Hanns-Seidel-Stiftung			1		1	
Rosa-Luxemburg-Stiftung		1			5	7
Hans-Böckler-Stiftung ⁴³			1			
Otto-Brenner-Stiftung			2			1
Degrowth-Konferenzen (Vorträge)						
Degrowth-Konferenz 2012 Venedig ⁴⁴						
Degrowth-Konferenz 2014 Leipzig	3	1	1	1	2	>10
Tagungen und Konferenzen zu den Stichworten						
Anzahl insgesamt ⁴⁵	2	12	6		11	17

Quelle: eigene Darstellung der Recherchen auf den Internetseiten der jeweiligen Blogs, politischen Stiftungen und Konferenzen

43 Konnte nicht ausgewertet werden, da unzureichender Zugriff auf vergangene Veranstaltungen.

44 Konnte aufgrund fehlender Veranstaltungsdokumentation nicht ausgewertet werden.

45 Inklusive weiterer gefundener Veranstaltungen; Veranstaltungen in Kooperation wurden nur einmal gezählt.

